



**BER
LINER
ZU
STÄNDE
2012**

EIN SCHATTENBERICHT

über Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Hrsg von apabiz und MBR

BERLINER ZUSTÄNDE 2012

**Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus**

© apabiz & MBR 2013

PROFILING

Fotografische Portraitarbeiten mit typographischen Einsätzen

© Ute Langkafel, MAIFOTO 2013

Die Fotostrecke im diesjährigen Schattenbericht ist dem Projekt „Profiling“ von Ute Langkafel, MAIFOTO, entnommen. Die Berliner Fotokünstlerin fokussiert mit ihrer Arbeit das Thema des Rassismus mit künstlerischen Mitteln.

Hier stellt sie aus „Profiling“ 19 fotografische Portraitarbeiten vor, die mit typographischen Einsätzen auf „Augenhöhe“ montiert sind. Die Personen werden nahezu unkenntlich.



PROFILING

Inhalt des Schattenberichts

- 04** Was ist wo?
Inhalt des Schattenberichts
- 07** Vorwort von Mely Kiyak
Liebe Leserin und lieber Leser
- 11** Einleitung zum Schattenbericht
Die Berliner Zustände 2012

Schwerpunkt — Rassismus in den Medien

- 14** Wie rassistisch sind die Medien?
Genormt und verformt von Hadija Haruna, ISD
- 20** Zur Reproduktion rassistischer Stereotype von Rom_nja durch Politik und Medien
„Droht Deutschland eine Roma-Welle?“ von Andrea Wierich, „Amaro Foro e.V.“
- 26** Unabhängige Recherche zwischen Medien und Verfassungsschutz
Der Kampf um die Deutungshoheit von Ulli Jentsch, apabiz e.V.

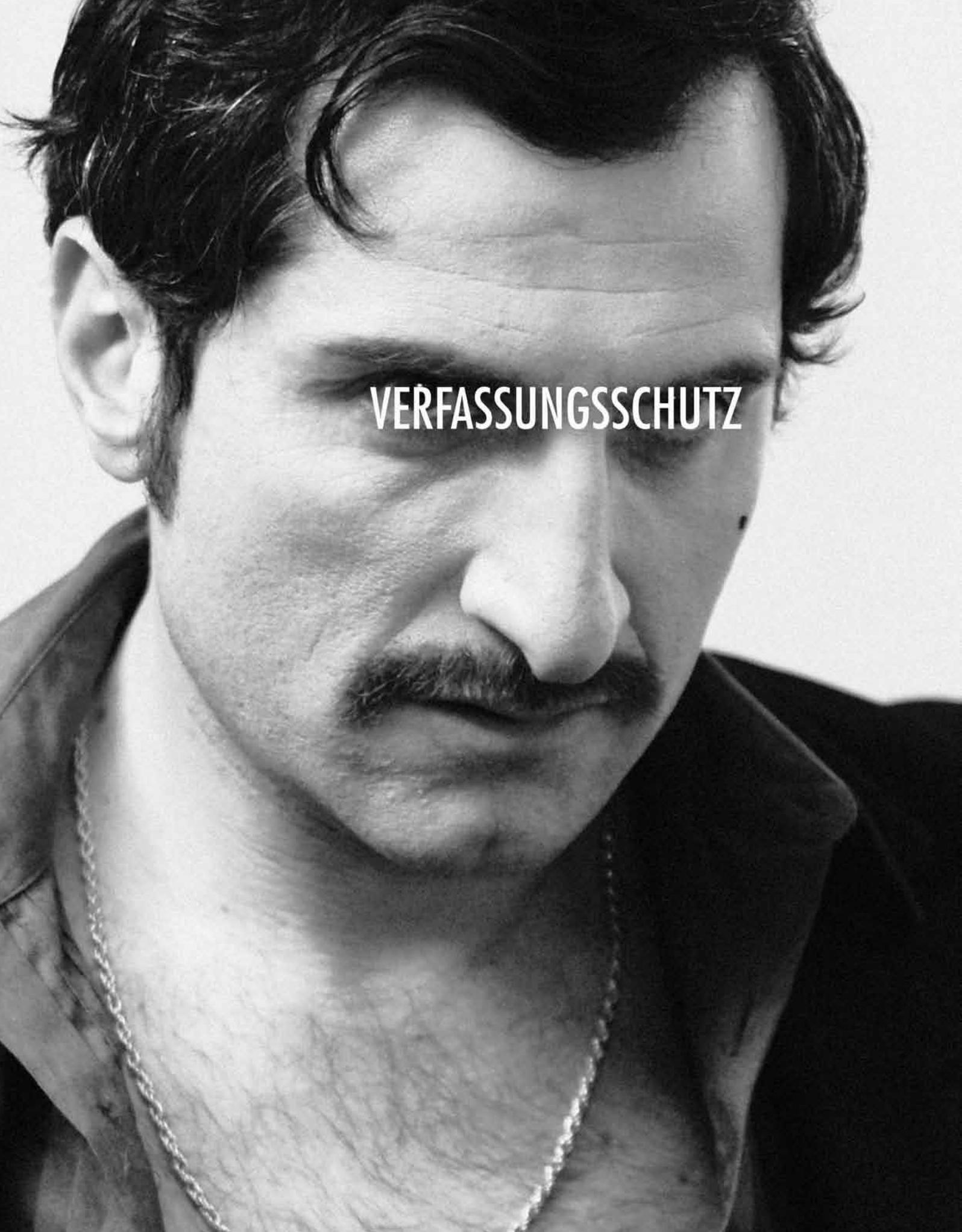
Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin

- 29** **Anfang der Chronik 2012**
- 93** **Ende der Chronik 2012**

Schattenberichte aus den Initiativen

- 30** Entwicklungen im Jahr 2012
Die Situation von Geflüchteten in Berlin von Jonas Feldmann, KuB e.V.
- 34** Flüchtlinge rütteln an den deutschen Zuständen
Aufstand von ganz unten. Ein Interview mit Turgay Ulu von Stefan Otto

- 38** Ereignisse in Berlin 2012, Reaktionen und notwendige Konsequenzen
Islamfeindlichkeit als wachsendes gesellschaftliches Phänomen von L. Nofal, „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“
- 42** Eine Fallgeschichte zu antimuslimischem Rassismus in Berlin
„Sie hatten meinen kranken Sohn nicht mal angesehen.“ von „ReachOut“
- 46** Der Mord an Burak B.
Rassismus wieder das Motiv? von der „Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak B.“
- 50** Interview mit Rabbiner Daniel Alter
Das Wort „Jude“ ist zu einem häufig gebrauchten Schimpfwort geworden von M. Müller u. B. Steinitz, MBR
- 56** Ein Überblick über das Jahr 2012
Das Rechtsaußen-Spektrum Berlins von Mathias Wörsching, VDK e.V.
- 64** Rassistische Kampagnen gegen Migrant_innen
„Reichsbürger“ im Bürgerkrieg von Eike Sanders und Ulli Jentsch, apabiz e.V.
- 68** Das Netzwerk „Nationaler Widerstand Berlin“
Das Ende eines Labels von Bianca Klose und Sebastian Wehrhahn, MBR
- 74** Die meisten Angriffe in Berlin sind rassistisch motiviert
Immer wieder – immer noch von Sabine Seyb, „ReachOut“
- 80** In einem Berliner Kiez
Neonazistische Raumergreifung und antifaschistische Gegenstrategien von Kati Becker und Yves Müller, ZfD
- 84** Diskriminierung auf Grund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität
„Frau rutscht aus, Männer treten zu“ – was ist passiert? von Leo Yannik Wild, „StandUp“
- 88** Restriktive Gesetze und radikale Abtreibungsgegner_innen gefährden die sexuelle Selbstbestimmung
Gesetzliche Hürden und gezielte Einschüchterungen von Sybill Schulz, FPZ BALANCE
- 92** Die Rolle des Verfassungsschutzes
Politische Bildung von Eberhard Seidel, SOR - SMC e.V.
- 96** **Literatur**
- 97** **Adressen**
- 98** **Impressum**



VERFASSUNGSSCHUTZ

Liebe Leserin und lieber Leser,

Es ist nur ein Gedankenspiel – denn wir sind in Deutschland weit davon entfernt – doch angenommen der Chef des Bundeskriminalamtes wäre ein Deutscher mit griechischen Wurzeln, der Bundesinnenminister das Kind ehemaliger Flüchtlinge aus einem afrikanischen Staat und die Chefredakteurin des renommiertesten deutschen Nachrichtenmagazins hätte türkische Eltern, sowie der Deutsche Bundestag einen Immigrationsanteil von 30 Prozent und die Hälfte unserer Staatselite stammte aus einem Arbeiterhaushalt und die Bundeskanzlerin hätte ihre Jugend in einem Lager für Asylbewerber in Bayern verlebt: Wie sprächen wir dann über uns?



Die Art, wie und worüber wir reden, ist maßgeblich davon beeinflusst, wer wir sind und woher wir kommen. Das politische Bewusstsein entwickelt sich nicht aus Versehen, sondern ist Folge einer Prägung. Wer sich niemals in der Situation einer Minderheit befunden hat, nie mit Menschen in Berührung kam, deren Lebensstil sich gravierend vom eigenen unterscheidet, für den bleibt das Leben der sogenannten Anderen immer etwas abstraktes.

Die Ungeheuerlichkeit des NSU

Gemeinsam mit anderen geduldigen Kollegen (unter anderem von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und vom apabiz, dem

Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum) verbrachte ich letztes Jahr viele Stunden auf der Tribüne des Bundestags und verfolgte den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Mordserie des NSU. Ich wurde Zeuge wie im Thema Sicherheit äußerst kundige Parlamentarier aller im Bundestag vertretenen Parteien ihr Staunen, ihre Fassungslosigkeit (manchmal war es pures Entsetzen), über alltägliche Polizeiarbeit und Sicherheitsermittlungen in Deutschland kaum verbergen konnten. Ich erlebte Pressekollegen, die es nicht fassen konnten, mit welcher Nachlässigkeit und Ignoranz über ein Jahrzehnt hinweg, Judikative, Legislative und Exekutive unseres Landes dem Thema Rassismus begegneten und wir deshalb die Mörder bis zum heutigen Tag nicht eindeutig benennen können. Regierungen wechselten, Behördenchefs wurden ausgetauscht, zahlreiche SOKO-Ermittler, ganz gleich aus welchem Bundesland, waren zu keinem Zeitpunkt in der Lage ein so simples Phänomen wie Rassismus als Tatmotiv der Česká-Mordserie in Erwägung zu ziehen. Die Ungeheuerlichkeit des NSU besteht keinesfalls darin, dass Rechtsradikale zu Mördern wurden, sondern darin, dass Opferangehörige Nazis als Täter stets in Betracht zogen. Zwischen denen, die Rassismus erleben und denen, die für Sicherheit sorgen, scheint es keine gemeinsame Sprache gegeben zu haben. Die bisherigen Erkenntnisse aus 2012 zeigen, dass Rechtsextreme deutschen Ermittlern näher standen und als weniger gefährlich eingestuft wurden, als deutsch-türkische und griechische Opferfamilien, die ausnahmslos alle als Täter gehandelt und wie solche behandelt wurden.

„Wo wart ihr, als ich euch brauchte?“

Dies scheint ein Grundproblem unserer Gesellschaft zu sein. Zwar hat diese Mordserie, aber verschiedentlich auch andere Formen des Rassismus, die Opfer in vielerlei Hinsicht beschädigt haben, Empathie aufgelöst, aber sie hat unsere Diskurse über den NSU im Speziellen und Rassismus im Allgemeinen bis heute nicht verändert. Kein Journalist der überregio-

nen Medien wagt zuzugeben: „Hätte ein Kollege mit Türkischkenntnissen auf meinem Platz gesessen, wäre er nur einmal in den vergangenen sieben Jahren zur Familie Yozgat gegangen oder zur Witwe Elif Kubaşık, die nur bedingt deutsch sprechen, hätte ein dreiminütiges Interview geführt und es veröffentlicht unter der Schlagzeile, „Opfer vermuten Nazis hinter den Morden!“ Elif Kubaşık hat Recht mit ihrem wütendem Vorwurf an die Presse: „Wo wart ihr, als ich euch brauchte?“ Die Frage, ob mehr Menschen mit Migrationshintergrund, verschiedenen Herkunftsn, unterschiedlichen Zweitsprachen in der Öffentlichkeit publizieren sollten, hat nicht nur mit Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu tun, sondern auch damit, dass mehr unterschiedliche Journalisten zu einem sensibleren, gebildeten, differenzierten, kurz: zu einem besseren Journalismus führt. Das gilt auch für Parlamente, das Justizwesen und vor allem für Polizisten. Rassismus kann nur geahndet werden, wenn er erkannt wird. Bloß die, die ihn erkennen, aus dem einfachen Grund, weil sie ihn kennen, sitzen nicht dort, wo Entscheidungen getroffen werden. Ich sah, wie Politiker während des NSU-Ausschusses Zeuge von rassistisch geprägter Ermittlungsarbeit wurden und sich vor Erschütterung kaum beruhigten. Ich aber saß oben und dachte: Wo lebt ihr eigentlich?

Die „Romaberichterstatter“ der deutschsprachigen Presse

Die politischen Fronten verhärten sich. Zu meiner größten Enttäuschung auch in den Redaktionsstuben. Die Art, wie wir über rumänische und bulgarische Zuwanderer sprechen, sie als „Roma“ markieren und Kollegen in ihre Badezimmer gehen und schamlos Fotos ihrer Not mit Bildunterschriften wie Dreck und Unrat veröffentlichen, ist an Widerwärtigkeit kaum zu überbieten. Ein politischer Journalismus, der Armut und Unterdrückung dieser Gruppe nicht als Ursache benennt und den Fokus auf die Politik legt, sondern sich damit begnügt Wohnhäuser zu besuchen und genüsslich Details des Elends zu beschreiben, ist ein

Journalismus, der nur noch mit pathetischen Begriffen wie Schande markiert werden muss. Ich kenne keinen einzigen Kollegen, der rumänisch oder bulgarisch spricht, geschweige denn Romani. Die „Roma-Berichterstatter“ der deutschsprachigen Presse fahren herum und irgendwo findet sich immer irgendwer, der dilettantisch übersetzt. So lange bestimmte Bevölkerungsteile, über die polemisch und populistisch kommuniziert wird, die Berichterstattung mangels Sprachkenntnisse nicht kommentieren, korrigieren oder lauthals verurteilen können, so lange wird es keine seriöse Berichterstattung für diese Gruppen geben. Das Problem der publizierenden Öffentlichkeit: wer spricht, wer spricht für wen, wer spricht warum, ist eine Frage, die zur Rezeption eines jeden Textes gehört. So kennen wir jene Kollegen, bei denen wir die Haltung schon wissen, wenn wir nur ihre Namen lesen. Die öffentliche Stellungnahme eines Kollegen, der sich nur äußert, weil er „sich neulich sehr geärgert hat“ als er die Stellungnahme eines anderen Kollegen zu irgendeinem gesellschaftlichen Problem las, nimmt zu. Sie ist Teil des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs. Wir müssen lernen, aus den publizierten Meinungen Agitationsversuche heraus zu filtern. Das gilt auch für politische Organisationen und Initiativen, die sich die Aufgabe gestellt haben, Rassismus zu bekämpfen. Ein Text ist nicht dazu da, gegen etwas zu kämpfen, sondern allenfalls für etwas: für mehr Aufklärung, mehr Wahrheit, mehr Wissen.

Bitte lesen Sie, lesen Sie genau

Deshalb: Bitte lesen Sie, lesen Sie genau, lesen Sie zwischen den Zeilen, lesen sie auch Texte, die wenig beleuchtete Perspektiven aufgreifen.

Herzlich willkommen zur 7. Ausgabe der Berliner Zustände, die auch bekannt ist unter dem schönen zweideutigen Begriff „Schattenbericht“.

Mely Kiyak



Mely Kiyak arbeitet und lebt als Publizistin in Berlin.



FOKUSSION



DEFINITIONSMACHT

Die Berliner Zustände 2012

von Tina Neumann und Ulli Jentsch, apabiz & Sabine Hammer, MBR

Im Jahr 2012 wurde offensichtlich, dass der rechtsextreme „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) nur durch die Fehler der Behörden so lange unentdeckt agieren und zehn Menschen ermorden konnte. Die Erkenntnisse über die rassistischen Morde und Anschläge sowie die Unterstützer/innen sind noch immer gering. Ob die Hintergründe der Aktivitäten jemals ganz aufgedeckt und alle Schuldigen gefunden werden, erscheint bereits jetzt unmöglich. Ebenso schwierig scheint die Frage nach der Verantwortung der Gesellschaft. Rassismus ist gängiges Handlungsmuster und Erklärungsmodell und es besteht wenig Bereitschaft, diese Tatsache zu beenden.



Aus der Frage, wie eine Gruppe von rechtsextremen Mörder/innen unerkannt in der Mitte der Gesellschaft leben konnte, werden unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Viel zu schnell werden neue Behörden als politische Lösungen präsentiert, durch die alles sicherer werden soll. Die Untersuchungsausschüsse der Länder und des Bundestages suchen nach den Ursachen für eine einseitige und voreingenommene Ermittlungsarbeit, der Prozess gegen den NSU beschäftigt sich mit den Täter/innen und Unterstützer/innen.

Viel zu selten wird auf die Betroffenen geschaut, auf die Angehörigen der Mordopfer, auf die Überlebenden der Anschläge, auf Menschen, die alltäglich Rassismus ausgesetzt sind, die bedroht und beschimpft werden. Ihnen begegnet die weiße Mehrheitsgesellschaft voller Vorurteile und Stigmatisierungen und benennt sie als Ursache für soziale und gesellschaftliche Zustände. Rassismus ist in Deutschland sowohl auf individueller Ebene, als auch auf institutioneller Ebene fest verankert und dient der Aufrechterhaltung einer Struktur, in der Menschen benachteiligt und als „die Anderen“ wahrgenommen werden.

Medien spielen in dieser Betrachtung eine herausragend wichtige Rolle. Durch sie werden (vermeintlich neutrale) Informationen verbreitet, Meinungen transportiert und Bilder geschaffen. Rassistische Stereotype werden durch Medien weitergegeben und verfestigt, hier wird diskutiert, welche Begriffe rassistisch und diskriminierend sind. Die Berichterstattung über den NSU-Prozess erfolgt durch Medien, die damit auch ihre eigenen Erklärungen über die Motive der Mörder/innen kolportieren. Bei der Nutzung von Quellen versäumen Medien häufig auf eine Ausgewogenheit zu achten und unkritisches Abschreiben von Meldungen führt zu sehr einseitigen Darstellungen.

Vor diesem Hintergrund haben wir in den „Berliner Zuständen 2012“ das Thema „Medien und Rassismus“ zum Schwerpunkt gewählt, um folgenden Fragen nachzugehen:

Wie gehen Medien mit ihren eigenen Vorurteilen um?

Wer ist in den Medien vertreten und bestimmt daher auch über die Perspektive einer Debatte?

Welche Quellen werden von Medien als vertrauenswürdig erachtet?

Welche medialen Darstellungen reproduzieren gesellschaftliche Ressentiments?

Welche Medienmacher_innen positionieren sich gegen Rassismus und Sexismus in Deutschland?

In dem Schwerpunktteil „Medien und Rassismus“ der „Berliner Zustände 2012“ greifen die Autor_innen diese Fragen auf.

Hadija Haruna stellt in ihrem Text „**Genormt und verformt. Wie rassistisch sind die Medien?**“ anhand vieler Beispiele dar, wie Rassismus in den Medien funktioniert und in der alltäglichen Praxis stattfindet. Die Autorin der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD) zeigt dabei auch, welche Reaktionen erfolgen, wenn die Verantwortlichen für rassistische Darstellungen kritisiert werden.

In dem folgenden Schwerpunktartikel „**Droht Deutschland eine Roma-Welle? Zur Reproduktion rassistischer Stereotype über Rom_nja durch Politik und Medien**“ zeigt Andrea Wierich von „Amaro Foro“, dass Medien immer wieder auf rassistische Stereotype zurückgreifen, um die Situation von Rumän_innen und Bulgar_innen zu beschreiben. Diese reproduzierten Bilder sind so verinnerlicht, dass sie große Wirkmächtigkeit haben und bei Rezipient_innen einfach funktionieren.

Das „antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.“ (apabiz) zeigt, dass das Feld der journalistischen Recherche hart umkämpft ist. In unserem dritten Schwerpunktartikel „**Der Kampf um die Deutungshoheit. Unabhängige Recherche zwischen Medien und Verfassungsschutz**“ beschreibt Ulli Jentsch, dass der Verfassungsschutz von Medien häufig als Quelle genutzt wird, ohne dass ein Bewußtsein darüber besteht, dass die Behörde nicht neutral ist, sondern eigene Ziele verfolgt.

Die „Schattenberichte aus den Initiativen“ beginnen

mit einer Beleuchtung rassistischer Zustände in Berlin. **Einen Überblick über die Situation von Geflüchteten in Berlin** bietet der Text von Jonas Feldmann von der „Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen“.

Es folgt der Artikel **„Aufstand von ganz unten. Flüchtlinge rütteln an den deutschen Zuständen“**, in dem Turgay, Aktivist von „refugeetentaction“ aus seiner Situation den Protest der Geflüchteten beschreibt.

Auch im Jahr 2012 wurden wieder viele Menschen angegriffen und bedroht, weil sie als Muslime wahrgenommen wurden. **„Islamfeindlichkeit als wachsendes gesellschaftliches Phänomen“** ist die Analyse des „Netzwerkes gegen Diskriminierung von Muslimen“ mit der Forderung nach systematischer Erfassung von Vorkommnissen von Antimuslimischem Rassismus.

Die anschließende **Fallgeschichte**, die von „ReachOut“ aufgezeichnet wurde, stellt die persönliche Erfahrung einer Muslima mit antimuslimischem Rassismus in Berlin dar.

Die **„Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B.“** schreibt über die vielen offenen Fragen zu den tödlichen Schüssen auf eine Gruppe von Jugendlichen am 5. April 2012 in Neukölln. Entstanden war die Initiative, um der Frage nachzugehen, ob es sich wieder um einen rassistischen Mord handelt. Inzwischen treffen sich auch die Angehörigen und Freund_innen des Ermordeten in der Initiative, um sich auszutauschen und um zu verhindern, dass der Mord vergessen wird.

Antisemitische Angriffe sind im Jahr 2012 weiter angestiegen. Der neue Beauftragte zur Bekämpfung des Antisemitismus und für einen interreligiösen Dialog der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Rabbiner Alter, beschreibt in einem Interview seine **Einschätzungen zum Antisemitismus in Berlin** und welche Ziele er in seinem Amt verfolgt.

Der „Verein für Demokratische Kultur e.V.“ (VDK) gibt einen berlinweiten **Überblick zu rechtsextremen Parteien, Organisationen und Gruppierungen**. Ihre öffentlichen Auftritte und Agitationsversu-

che zeugen von einer politischen Hilflosigkeit, aber sie zeigen auch das Bestreben, sich an verschiedenen berlinweiten Debatten zu beteiligen.

Einen besonderen Fokus auf die **Tätigkeiten der „Reichsbürger“** legt der Text vom apabiz. Die Gruppierung ist im Jahr 2012 stärker in die Öffentlichkeit gerückt. Ihre Aktivitäten, z.B. das Verschicken von antimuslimischen Drohbriefen, werden im Artikel beleuchtet.

Ein weiteres Augenmerk wird auf **das rechtsextreme Netzwerk „NW-Berlin“** gelegt. In ihrem Artikel stellt die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) klar, dass nur die Hartnäckigkeit der Zivilgesellschaft zu einem Handeln der Behörden geführt hat. Es bleibt die Frage, ob das Ende von „NW-Berlin“ nun absehbar ist.

Das Beratungsprojekt „ReachOut“ stellt auch für 2012 fest, dass Rassismus der Hauptgrund ist, aus dem Menschen in Berlin angegriffen und bedroht werden, dies ist besonders häufig in Neukölln der Fall. Der Artikel **„Immer wieder - immer noch: Die meisten Angriffe in Berlin sind rassistisch motiviert“** stellt einzelne Aspekte der ReachOut-Chronik heraus und belegt die Zahlen mit Beispielen. Die ReachOut-Chronik ist die Dokumentation rechter rassistischer und antisemitischer Übergriffe und ist vollständig in diesem Heft abgedruckt.

In Schöneweide ist die Zivilgesellschaft ein bedeutender Motor gegen rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten. Das „Zentrum für Demokratie“ beschreibt die **Möglichkeiten und Grenzen des Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus** und verweist auf viele ganz verschiedene erfolgreiche Strategien.

Eine Betrachtung aus dem Beratungsprojekt „StandUp“ der Schwulenberatung beleuchtet **Diskriminierungen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität**. Die Beratungs- und Unterstützungslandschaft in Berlin hat sich ausdifferenziert, um Menschen vielfältige Hilfe anzubieten.

Gruppierungen radikaler Abtreibungsgegner/innen versuchen zunehmend Aufmerksamkeit durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu erzielen.

Der Artikel des „Familienplanungszentrum BALANCE“ beschreibt, **wie solche Organisationen und auch restriktive Gesetze dazu beitragen, sexuelle Selbstbestimmung einzugrenzen**.

Abschließend erfolgt ein Blick auf die unabhängige politische Bildungsarbeit. Eberhard Seidel von „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ **kritisiert den gezielten Einfluss der Verfassungsschutzbehörden auf die schulische und außerschulische Bildungsarbeit** und fordert eine klare Trennung nach dem Münchner Manifest.

Die „Berliner Zustände 2012“ bieten einen vielfältigen und umfassenden Überblick über die Arbeit von Berliner Projekten und Einrichtungen und diskutieren wichtige Fragen, die angesichts eines verbreiteten Rassismus und Rechtsextremismus gestellt werden müssen.

Wir danken allen Projekten für ihr Engagement, und besonders denjenigen, die sich mit einem Beitrag an den „Berliner Zustände 2012“ beteiligt und diesen mit Diskussionsbeiträgen bereichert haben.

Insbesondere möchten wir Ute Langkafel, MAIFOTO, für die Gestaltung und die Fotostrecke danken.

Wir danken auch besonders Andreas für die redaktionelle Mitarbeit im Rahmen eines Praktikums bei der MBR.



A black and white photograph of a middle-aged man with a serious expression, looking downwards and to the left. He is wrapped in a thick, white, textured blanket that covers his shoulders and back. The background is blurred, suggesting an outdoor setting. The word "ERMITTLUNG" is printed in a bold, white, sans-serif font across the center of his face, partially obscuring his eyes.

ERMITTLUNG

Genormt und verformt

von Hadija Haruna, „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“

Sprache konstruiert Wirklichkeit.

Sie strukturiert alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens. Was bedeutet das genau?

Ein Mensch, eine Frau, ein Geflüchteter: Welche Vorstellungen werden mit diesen Begriffen

verknüpft? Und: Welchen Unterschied machen

Begriffe wie: Häuptling, Stammesführerin oder Volksvertreter¹? Was vermittelt die Überschrift:

„Afrika versinkt im Elend“?



Rassismus in Wörtern und Bildern

Wer sich mit dem Thema Rassismus in den Medien auseinandersetzt, muss sich die Frage nach seinem Wesen, seiner Sprache und seiner Funktion stellen. Zeitungen, Radio und das Fernsehen transportieren Meinungen, bilden sie ab und übernehmen alltägliches Denken. Sie stellen Deutungsangebote bereit, mit denen sie Einfluss darauf üben, was in der Gesellschaft als relevant gilt und was nicht. Medien haben eine Autoritätsfunktion und schaffen Identifikation. Sie spitzen zu und reproduzieren Bilder und Haltungen einer Gesellschaft – auch rassistische.

Das zeigt sich auch in der Sprache und Darstellung von Schwarzen Menschen, denen bestimmte Rollen zugeschrieben werden. Wer die Medienlandschaft analysiert, stößt nicht selten auf „versteckte Rassismen“. Die Gründe dafür sind vielfältig: Unwissenheit, Desinteresse oder weil bestimmte Bilder zwar eine lange, rassistische Vorgeschichte haben, aber für

viele einfach immer schon so waren und wenige sie hinterfragen.

Es macht Sinn, sich sprachkritisch mit Texten und deren Bildern auseinanderzusetzen. Sechs Jahre war von „Döner-Morden“ die Rede, weil die Opfer der Mordserie stereotyp als „Döner-Verkäufer“ bezeichnet wurden. Zudem wurden hinter der Mordserie Täter aus dem türkischen Drogenmilieu vermutet. Dabei töteten die Mitglieder des rechtsextremen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zehn Menschen. Als diese Wahrheit 2011 ans Licht kam, zierte der Begriff noch eine Weile die Schlagzeilen, bis die Einsicht über seinen verharmlosenden und rassistischen Charakter kam und der Begriff zum Unwort des Jahres 2011 gewählt wurde. Leider hat diese Erkenntnis zu keinem generellen medialen Umdenken oder mehr Reflektieren über das gesellschaftliche (Selbst) Bild und Rassismus in der deutschen Sprache geführt. Noch immer gibt es zuhauf diskriminierende und rassistische Unwörter und Bilder, die rege gebraucht werden.

Wer bestimmt, was rassistisch ist: Blackfacing

Die Wahrnehmung in der weiß-deutschen Kultur- und Medienlandschaft ist von einer beharrlichen Deutungshoheit über das geprägt, was als rassistisch bezeichnet wird. Nicht sein kann, was nicht so gemeint ist. Dieser Argumentation begegnen Schwarze Menschen immer wieder, wenn sie versuchen auf rassistische Praxen aufmerksam zu machen. Wie zum Beispiel in der 2011 aufgetretenen Mainstream-Debatte über das an deutschen Theatern praktizierte so genannte „Blackfacing“. Es bezeichnet eine rassistische Schauspieltradition, bei der weiße Menschen schwarz geschminkt werden. Diese Tradition geht auf die amerikanischen „Minstrel Shows“ von

1830 zurück, bei der bemalte Weiße das Klischee vom ewig fröhlichen Schwarzen verkörperten. Das rassistische „Stilmittel“ wurde auf den Bühnen der USA der 1920er Jahre eingesetzt, um Schwarze Menschen lächerlich zu machen und um ihnen gleichzeitig den Zugang zu den Bühnen zu verwehren.

In den USA gilt Blackface bis heute als Symbol für das Trauma des Rassismus und der Sklaverei. Doch die rassistische Maskerade ist kein rein amerikanisches Stilmittel. In der britischen und französischen Kultur gilt sie als Ausdruck des Rassismus in der Kolonialzeit. Karikierende oder stereotypisierende Darstellungen von Afrikaner_innen gehören beispielsweise zur frühneuzeitlichen Karnevalstradition oder der Darstellung Schwarzer Menschen in DEFA-Filmen.

Für Aufregung sorgte zuletzt Günter Wallraff, der sich 2009 für seinen Film „Schwarz auf Weiß“ in einen „Afrikaner“ verwandelte. Übertragen auf die aktuelle Situation in Deutschland – wo laut der Erfahrungen Schwarzer Schauspieler_innen zu wenig Rollen zur Verfügung stehen, um sie in einem Ensemble zu beschäftigen – ist „Blackfacing“ ein Ausdruck dieser Ausgrenzung. Anders als in England oder Amerika ist es in Deutschland für Schwarze Schauspieler_in bis heute schwer, im Theater Fuß zu fassen. Während in England ein Schwarzer Macbeth heute zum Theateralltag gehört und viele Schwarze Schauspieler_innen in Ensembles beschäftigt werden, sind sie in Deutschland weiter auf wenige Rollen festgelegt. Zudem wird die Geschichte des Rassismus fortgesetzt, wenn weiße Schauspieler_innen schwarz geschminkt werden – selbst wenn sie keinen minderwertig dargestellten Charakter darstellen.

Im November 2011 wurden dem Deutschen Theater in Berlin die Aufführungsrechte für das Stück Clybourne Park wieder entzogen, unter anderem, weil der Autor, Bruce Norris, des Stückes „Blackface“

SCHWERPUNKT: RASSISMUS IN DEN MEDIEN

ablehnte und nicht wollte, dass sein Stück damit in Verbindung gebracht wird.

Einen größeren medialen Aufschlag brachte aber die weiterführende Debatte Anfang 2012, als der weiße Schauspieler Joachim Bliese für eine Rolle als Schwarzer Rentner in „Ich bin nicht Rappaport“ am Steglitzer Schlosspark schwarz geschminkt wurde. Kurz darauf: In Michael Thalheimers Inszenierung von Dea Loher's Stück „Unschuld“ am Deutschen Theater treten, so der Text, zwei „illegale schwarze Immigranten“ auf, die an diesem Abend mit schwarz angemalten Gesichtern und dicken, rot bemalten Lippen gezeigt werden. Schwarze Aktivist_innen, Autor_innen, Produzent_innen, Künstler_innen und Schauspieler_innen wollen sich mit dieser Situation nicht zufriedengeben. Die Medien berichten unterschiedlich, nicht immer mit Verständnis über den Sturm der Entrüstung und geben der Debatte über die Grenzen künstlerischer Freiheit ein öffentliches Gesicht². Zahlreiche Gruppen und Initiativen formieren sich, um eigene Produktionen auf die Beine zu stellen und weiterhin Kritik an der deutschen Kultur- und Medienlandschaft auszuüben. Die aus der Kampagne gegen „Blackfacing“ hervorgegangene Gruppe „Bühnenwatch“ ist inzwischen eine feste Konstante in der Diskussion um Rassismus an deutschen Theaterhäusern. Beispielsweise demonstrierten über 40 Aktivist_innen, indem sie während einer Vorstellung von „Unschuld“ am Deutschen Theater demonstrativ den Saal verließen.

Koloniale Altlasten: Die N-Wort Debatte

In Deutschland wird nicht gerne über Rassismus gesprochen, was sich in der mangelnden Aufarbeitung der kolonialen Geschichte Deutschlands zeigt³. Ein aktuelles Beispiel dafür ist auch die mediale Verrenkung, mit der 2012/2013 auch der Fortbestand diskriminierender Begriffe in Kinderbüchern verteidigt wurde. Die Mainstream-Debatte wurde durch ein Interview mit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und der Entscheidung des Thienemann Verlags ausgelöst, der entschieden hatte, diskriminierende Wörter wie das N-Wort⁴ aus Offried Preußlers „Kleine Hexe“ zu streichen. Zeit-Journalist Ulrich Greiner empörte sich daraufhin, wie man „in der menschenfreundlichen Absicht, auf die Gefühle von Minderheiten Rücksicht zu nehmen“ zur „Zensur“ greife⁵. Ob wir auf dem

Weg zur „Trottelsprache“ wären, fragte Spiegel-Autor Jan Fleischhauer⁶.

Zuletzt machte ARD-Buchmann Denis Scheck in Blackface⁷-Tradition, mit schwarz angemaltem Gesicht und weißen Handschuhen, ganz offen eine Anspielung auf die rassistische Tradition der Minstrel-Shows. Auf die „Absurdität der Diskussion“ habe er mit Mitteln der Satire reagieren wollen, hieß es in einer Erklärung.

Das N-Wort steht als Beispiel einer verdrängten Geschichte

Das N-Wort steht als Beispiel einer verdrängten Geschichte. Die Begegnung mit dem N-Wort zählt zu den alltagsrassistischen Erfahrungen Schwarzer Menschen – aus langer Tradition. Die Bezeichnung weist eine lange gewaltvolle Geschichte auf. Erinnert sei an das Lied und die Geschichte der „zehn kleinen N-lein“ von 1884. Das Jahr, in dem in Berlin die „Kongokonferenz“ über die Aufteilung Afrikas am grünen Tisch entschied. Zusammen mit dem deutschen Imperialismus prägte sich mit dem N-Wort ein zunehmend herablassender Blick auf Schwarz positionierte Menschen ein, den schon Kant in seinen Vorlesungen 1791 skizzierte: Sie seien wie Kinder und benötigten Erziehung, zudem hätten „die N. von Afrika [...] von der Natur kein Gefühl, welches über das Läppische stiege.“

Immer wieder wurde unter Zuhilfenahme von damals noch für wissenschaftlich gehaltene Thesen darauf hingewiesen, dass „dem „N“ bestimmte stereotypische Eigenschaften „angeboren“ seien: „naturnah“, „wenig intelligent“, „impulsiv“ oder „wild“. Diese klar rassistischen Ansichten tragen ihre Spuren bis in die heutige Zeit hinein. Grada Kilomba, Professorin für Postkoloniale Studien, definiert sie in ihrem Essay „das N-Wort“ als Reinszenierung kolonialer Szenen, die das Gefühl von Unterlegenheit vermitteln. Erinnert sei an den Völkermord der Deutschen an den Herero und Nama im heutigen Namibia Anfang des 20. Jahrhunderts. Damals und später zählte Rassismus zum guten Ton und die Welt wurde von Kolonialismus und Antisemitismus geprägt. Es war normal, bestimmte Menschen abzuwerten und ihnen Namen zu geben. Schwarze Menschen in Deutschland wurden nicht dazu befragt und werden es heute auch nicht. Statt

dessen werden sie zu Fremden gemacht, die aus der Minderheitenecke rufen und sich am deutschen Kulturgut vergreifen wollen. Dabei sind in Deutschland seit vielen hundert Jahren nicht alle Menschen weiß und damit auch nicht alle Leser_innen.

„War nicht so gemeint.“ oder ein: „Sei doch nicht so empfindlich.“ sind gängige Antworten, die auf Kritik an Sprache und Darstellung folgen. Das zeigte sich auch in der so genannten Kinderbuchdebatte. Unzählige Talkrunden und Kommentare wurden zum Thema Political Correctness verfasst und der Frage, ob und wann sie sein muss. Die Frage: Muss mit dem N-Wort ein Teil des deutschen Kulturgutes bewahrt werden? „Die kleine Hexe ist ein Synonym für eine innere Leitkultur, die nicht auf Veränderungen reagieren will“, schrieb der „Süddeutsche“-Feuilletonchef Andrian Kreye⁸. Politische Korrektheit beschreibt er als Kampfbegriff, mit dem man nichts anderes als ein Gerechtigkeitsverständnis diskreditiere. „Was macht ein Kinderbuch zum zeitlosen Kunstwerk? Ist es die packende Geschichte, die spannende Sprache – oder die Aura des Originals?“, fragt Daniel Bax⁹ in einem taz Artikel. Der Direktor des Instituts für Jugendbuchforschung Hans Heino Ewers¹⁰ wirft der Literaturkritik „Scheinheiligkeit“ vor und erklärt in einer Stellungnahme, dass zeitgemäße, sprachliche Anpassungen in Kinderbüchern wichtig und alltäglich sind, weil Kinder abwertende Begriffe auf sich selbst und auf andere beziehen. Grimms Märchen etwa würde kaum jemand im Original vorlesen. Michael Ende nannte noch zu Lebzeiten in Jim Knopf das Land „China“ in „Mandala“ um, weil er sich mit dem System dort nicht identifizieren konnte. Charles Dickens strich in späteren Auflagen von „Oliver Twist“ antisemitische Untertöne.

Die Entstehung der Anderen

Diskriminierende Begriffe für Menschen, Bilder von kopftuchtragenden Frauen mit mehreren Kindern und einer Aldi-Tüte in der Hand, falsche Zahlen was die Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien angeht, in denen die Herkunft der Täter_innen thematisiert wird oder die subtile Beeinflussung durch Polizeimeldungen, obwohl der Pressekodex die Erwähnung von Nationalität oder Aussehen missbilligt, außer es handelt sich um eine Fahndungshilfe. All diese medialen Darstellungen haben sich in den letzten

Jahren nicht geändert. Die Art der Stereotypisierung Schwarzer Menschen in den Medien bezeichnet Kilomba als „Dezivilisierung“ und „Primitivierung“. Sie verkörpern meist Gewalt und Strukturlosigkeit, während die Mehrheitsgesellschaft als das genaue Gegenteil gilt. Der Grund dafür ist geschichtlich verankert. Um das gesellschaftspolitische Konzept der Sklaverei und des Kolonialismus zu legitimieren, erfand Europa vor hunderten Jahren „sein Afrika“. Konstruiert wurde ein Bild des Kontinents als das homogene und unterlegene „Andere“, das der „Zivilisierung“ bedarf. Die Sprache war dabei ein wichtiges Kriterium, was sich in der kolonialen Benennungspraxis zeigt, die Selbstbezeichnungen gänzlich ignorierte. So sind es auch heute Bilder des sogenannten „schwarzen Kontinents“, in denen sich Sehnsüchte von Safari-Tourismus und unberührter Wildnis mit grausamen Kriegsbildern und denen von Goldkettchen behangenen Gangstern oder lustigen Dummköpfen ohne Persönlichkeit vermischen. So kommt es auch, dass in den wenigsten Fällen Schwarze Menschen in der Berichterstattung intellektuell oder im Fernsehen nur in Ausnahmefällen als Anwälte oder Lehrer zu sehen sind. Hinzu kommt der Exotismus, als eine Form von Rassismus, der Schwarze Menschen „positiv“ kategorisieren soll: Zum Beispiel damit, dass sie von Natur aus tanzen oder singen könnten, ausgelassen oder temperamentvoll seien.

Ein Blick auf die thematische Darstellung „Afrikas“ zeigt beispielsweise, dass sie seit Jahrzehnten dieselbe ist. So wiederholen sich die Stereotypen des Kontinents und die permanente Überbetonung von „Schwarzsein“, verewigt das kolonialhistorische Bild von „Afrika“ als Inbegriff der „Dunkelheit“. Die Assoziation von „schwarz“ mit dem Bösen und Irrationalen und „weiß“ mit dem Guten und Vernünftigen reicht bis in die Antike und die Anfänge des Christentums zurück. Die Kategorien „Schwarz“ und „weiß“ wurden Teil eines Systems, in dem sich Kolonisierende und Kolonisierte gegenüberstanden. Die Unterscheidung von Schwarz und weiß ist hierbei nicht als Beschreibung von Hautfarbe zu verstehen, sondern als ein gesellschaftliches Machtverhältnis. Es geht nicht darum, wie Rassismus empfunden wird, sondern darum, wer ihn definiert. Doch ist er erwiesenermaßen ein Phänomen der Mitte. Menschen können rassistisch handeln oder sich einer rassistischen Sprache bedienen, obwohl Schwarze Menschen zu ihrem

sozialen Umfeld gehören, sie Neonazis verabscheuen und die Verbrechen des Holocausts verurteilen. Eine derartige Argumentationsrichtung lässt sich oft in den Medien ablesen: So wird einerseits in Beiträgen der Neonazi kritisiert, weil auf den naturgemäß keiner etwas hält. Und andererseits wird über „Farbige“¹¹ geschrieben oder unverkrampft das N-Wort für Schlagzeilen, Buchtitel zu Marketingzwecken gebraucht und immer wieder reproduziert. Die ZEIT erinnerte in ihrem vieldiskutierten Dossier zur Kinderbuchdebatte mit dem Titel „Kinder, das sind keine N*“ auch an die Veröffentlichung von Axel Hackes Buchreihe: „Der weiße N* Wumbaba“ von 2004 und seine Fortsetzung in 2007¹².

Obwohl der Fokus zwischen Aids, Korruption, Hungersnöten und Konflikten heute mehr als früher variiert, sind doch die meisten Themen der Afrika-Berichterstattung meist noch Teil eines Klischees. Es entsteht der Eindruck, dass es egal ist, aus welchem afrikanischen Land berichtet wird, da dort überall die gleichen negativen Probleme zu beobachten sind. Diese Verallgemeinerungen beruhen vornehmlich darauf, dass mediantaugliche Einzelfälle fortwährend als Bestätigung und Erweiterung der bekannten, erwarteten und begreifbaren Klischees inszeniert werden. Deshalb wird „Afrika“ auch heute noch vom Großteil als homogener, gleich bleibender Raum konstruiert, der sich aus den 48 Ländern „südlich der Sahara“ zusammensetzt, was zu einer Einteilung in zwei Afrikas führt. Der Begriff macht spezifische Ländernennungen oder eine Unterscheidung zwischen Regionen unnötig. Nur so lässt sich erklären, warum zig Zeitungen über Geschichten aus „Afrika“ (ohne Stadt, Land oder Region zu nennen) berichten oder warum „Afrika“ im selben Atemzug mit einzelnen Ländern aufgelistet wird. Es bleibt das alte Bild: Afrika hat wenig oder nichts. Dabei ist der Schluss oftmals, dass dieses Nichtshaben auf ein Nichtskönnen zurückzuführen ist. Im besten Fall kann „den“ Afrikaner_innen dann Mitleid entgegen gebracht werden.

Respekt oder ein Gefühl der Gleichwertigkeit sind im Licht dieser Darstellung so gut wie ausgeschlossen. Reduziert auf Krisen und subtil unterstellte Unfähigkeit à la Schwarze Menschen haben wenig aus sich gemacht, so das diskriminierende Bild. Doch ist ein Klischee erst einmal da, ist es schwer wegzubekommen. So spiegelt die Darstellung Schwarzer Men-

schen oder People of Color¹³ auch ihre Alltagsdiskriminierungs-Erfahrungen wider. Spärliche Veränderungen des öffentlichen Afrikabildes belaufen sich meist auf die leere Rhetorik der Political Correctness. Eindeutig kolonialistisch geprägte Begriffe wie „Rasse“ oder „Stamm“ werden zum Teil durch weniger vorbelastete Ausdrücke ersetzt und finden doch immer wieder Verwendung. Die diskriminierende und problematische Bedeutung um Begriffe wie „N*“, „Stamm“ oder „Schwarzafrikaner“ sind im deutschen Mainstream wenig bekannt, genau wie die Hintergründe etwaiger Missstände, und eine eigene, europäische, deutsche oder weiße Implikation werden selten hinterfragt. Die weiße Mehrheitsgesellschaft gilt als die vorherrschende Normalität bei der Berichterstattung und Wörter leisten ihren Beitrag dazu, sie zu privilegieren und Schwarze Menschen oder People of Color auszugrenzen. Auf ihre vermeintliche Herkunft wird verwiesen, um sie als Fremde im eigenen Land zu platzieren. Für das weiße Deutschland und Europa ist es wichtig, dass Afrika und ihm zugeschriebene Menschen „arm, exotisch und chaotisch“ bleiben. Nur so kann sich die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland als rational und nicht-stereotypisiert herstellen und der Status quo in den Beziehungen zwischen „Süden“ und „Norden“ erhalten bleiben.

Die Verantwortung liegt bei den Autor_innen und Redaktionen

Was ist Redaktionen bei der Berichterstattung wichtig, wen sehen sie als ihr Publikum und welche Verantwortung übernehmen sie für ihre Darstellung? Warum sich selbst renommierte, bildungsbürgerliche mediale Stimmen bei vielen der Ausdrucksweisen nicht entrüsten, wird durch unterschiedliche Aspekte deutlich. Für viele Medien ist es einfacher, bestimmte Vorurteile zu bestätigen als gegen sie anzuschreiben. Zumal die Rezipient_innen sich durch ihre Medien bestätigt fühlen wollen. Viel vom Rassismus in den Medien ist durch das Heischen nach Schlagzeilen bedingt, weil das Markieren von Menschen als „die Anderen“ oft viel interessanter als die „Norm(alität)“ erscheint. Zudem bergen rassistische Aussagen nicht selten auch das Potential für eine gute Story. Studien zeigen, dass es dabei nicht vorrangig um einen Tabubruch geht, der die Leser_innen oder Zuschauer_innen anlocken soll, sondern erst, wenn rassistische Aussagen als gesellschaftlich anerkannt gelten, können sie ihr Potenzial für eine medienwirksame Polemik entfalten.



JUGENDBANDE

JUGENDBANDE

OAKDALE

MUSIC FESTIVAL

1910 MAY

HILLS

09 - 12 PM

FRED & HIS BIG BAND CRIM
GOODIES GREEN CROW SON O
ROBERT DANLY HEAVY

Eine entscheidende Rolle spielt also bei der Berichterstattung, wer und was inhaltlich zur Sprache kommt und wer eine Handlungsposition einnimmt. Bis heute zeigt die deutsche Afrikanerterminologie, dass sich der koloniale Diskurs nachhaltig in die Gesellschaft eingeschrieben hat. Rassismus-frei wäre es, Schwarze Charaktere in ihrem normalen Alltag darzustellen ohne auf phänotypische Merkmale besonders aufmerksam zu machen und die Wortwahl der Beschreibung bestimmter Kontexte zu achten und beispielsweise gebräuchliche Wörter zu verwenden. Tatsächlich verändern können sich die Diskurse nur, wenn aus einer anderen Position geschrieben und damit die durchgesetzten Bedeutungen und Vorstellungen herausgefordert werden. Um das Afrikabild in Deutschland von seinen kolonialen Fesseln zu lösen und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Politik, Gesellschaft und Kultur der 53 afrikanischen Länder zu ermöglichen, ist es unabdingbar, sich vom rassistischen und kolonialen Afrikavokabular zu trennen; aber nicht, ohne sich mit dessen Geschichte und Funktion auseinander zu setzen. Nur das Bemühen, die vielgestaltigen Länder des afrikanischen Kontinents realistisch und differenziert darzustellen, kann neo-kolonialistische Bilder, die das weiße Selbstverständnis rechtfertigen, aus der deutschen Öffentlichkeit verbannen.



FUSSNOTEN

1 Für eine Vielzahl von Begrifflichkeiten von Herrscher_innen in afrikanischen Gesellschaften der Begriff „Häuptling“ eingeführt. Er setzt sich aus dem Wortstamm „Haupt-“ und dem verkleinernden Suffix „-ling“ zusammen. Er gilt als abwertend, da er Unterlegenheit suggeriert. Auch bleibt bei dem mit Männern assoziierten Wort die Machtausübung von Frauen im Kontext afrikanischer Gesellschaften völlig ausgeblendet. Ein anderes Beispiel ist der „Stammesbegriff“. In Anlehnung an die historisierende Bezeichnung „germanische Stämme“ wurden Organisationsformen in Afrika pauschal als „Stämme“ benannt. Zum einen werden damit bis heute afrikanische Gesellschaften, wenn überhaupt, als höchstens mit einer früheren Epoche europäischer Geschichte vergleichbar gemacht. Zum anderen wird so die Diversität von Gesellschaften in Afrika negiert.

2 Eine kleine Quellenauswahl:

http://www.nachtkritik.de/index.php?view=article&id=6615%3Adie-blackfacing-debatte-oder-das-politische-im-aesthetischen&option=com_content&Itemid=60

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/blackfacing-bruce-norris-protestiert-gegen-deutsches-theater-a862347.html>

<http://www.fr-online.de/theater/blackfacing-keine-debatte-erwuenscht,1473346,20645228.html>

<http://www.taz.de/!90172/>

3 <http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-von-mely-kiyak-liebe-kolonialgeschichte,1472602,22189582.html>

4 Aufgrund der despektierlichen Natur des Wortes „Neger“ wird durchgängig auf die Reproduktion verzichtet.

5 <http://www.zeit.de/2013/04/Kinderbuch-Sprache-Politisch-Korrekt>

6 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/warum-kinderbuecher-politisch-korrekt-umgeschrieben-werden-a-878115.html>

7 <http://www.sueddeutsche.de/medien/denis-scheck-zur-aktuellen-kinderbuch-debatte-mit-schwarzem-gesicht-fuer-den-neger-1.1585084>

8 <http://www.sueddeutsche.de/politik/streitkultur-was-hinter-den-deutschen-debatten-steckt-1.1590737>

9 <http://www.taz.de/!110302/>

10 <http://www.muk.uni-frankfurt.de/44877380/026>

11 Viele Menschen glauben, dass „Schwarz“ die falsche Bezeichnung für Menschen sei. Nicht selten wird sie mit einem rassistischen Ausdruck

oder etwas schlechtem assoziiert. Der Hintergrund dieses Irrglaubens ist simpel. Er ist sozialisiert. Die Geschichte der bösen Jungen aus dem „Struwelpeter“, die den kleinen „Mohr“ ärgern und zur Strafe ins Tintenfass gesteckt werden, um noch schwärzer zu werden, erklärt das Denkmuster. Die Unterscheidung ging mit einer Politik unterschiedlicher „Wert-Einstufungen“ der Menschen einher, die weiße Menschen als besser und schöner bewerten und sich bis heute weltweit fortsetzt. So gilt auch der Begriff „Farbig“, der das N-Wort ablöste, als die „höfliche“ Form der Aufwertung vom Schwarz-sein und einer Positionierung näher zum Weiß-sein. Ein Begriff, der einen angeblichen Makel beschönigen soll und damit, wie alle anderen Beschreibungen, zu einer rassistischen Farce wird.

12 Auf dem Cover ein dickbäuchiger „weißer Afrikaner“ mit dicken Lippen im Buschrock und Knochen im Haar. Im Buch geht es um das Missverstehen gesungener Texte. Kritische Stimmen fragten zu Recht: Warum braucht es diesen Titel, dieses Bild - derart prominent? Axel Hacke kann den Aufreger auch in seinen Ausführungen in 2013 in der ZEIT nicht verstehen.

13 People of Color (PoC) ist eine selbstgewählte Bezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrung.

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD):

Die Geschichte Schwarzer Menschen sichtbar machen, ein positives Selbstbild etablieren und die antirassistische Arbeit sind die Hauptthemenfelder der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD).

Die Selbstorganisation wurde Mitte der 80er gegründet und setzt sich in ihrer Arbeit für die Emanzipation Schwarzer Menschen gegenüber einer weißen Mehrheitsgesellschaft und die politische Partizipation Schwarzer Bürger_innen ein - mit dem Ziel ihre Perspektiven, Geschichte, Lebensentwürfe und Konzepte in Deutschland sichtbar zu machen.

Der Verein versteht sich als Interessenvertretung Schwarzer Menschen in Deutschland, interveniert bei Fällen von Diskriminierung und Rassismus und bezieht Stellung gegenüber der Öffentlichkeit.

Die Mitglieder der ISD etablierten nach ihrer Gründung lokale Initiativen in Städten wie München, Stuttgart, Freiburg, Hamburg, Hannover, Berlin, in großen Teilen Nordrhein-Westfalens und in der Rhein-Main-Region. Nach dem Mauerfall kamen weitere Mitglieder hinzu, die sich in Ost-Deutschland vernetzten. In diesem Sinne etablierte sich auch die Tradition eines jährlichen Bundestreffens, auf dem diskutiert, Wissen ausgetauscht und Meinungen gebildet werden.

Die ISD versteht sich nicht als alleinige Vertreterin der Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland, sondern steht mit ihrem Ansatz in einem bundesweiten Kontext mit anderen Vereinen und Persönlichkeiten der so genannten Community zusammen, die ebenfalls die Lebenssituation Schwarzer Menschen in Deutschland auf ihre Agenda schreiben.

2015 wird die jüngere Schwarze Bewegung und der Verein in Deutschland auf 30 Jahre Geschichte zurückblicken.

Es sind Jahre des Sich-Selbst-Definierens, des Suchens und Freilegens verschütteter Geschichte in Deutschland. Jahre der Vernetzung auf persönlicher und organisatorischer Ebene, lokal, regional, bundesweit und international.

„Droht Deutschland eine Roma-Welle?“¹

von Andrea Wierich, „Amaro Foro e.V.“

In jüngster Zeit findet in Deutschland eine in ihrem Umfang überwältigende und sich offenbar verselbstständigende mediale Debatte über Rom_nja aus Rumänien und Bulgarien ihren bisherigen Höhepunkt. Zeitungen und Fernsehen warnen vor der drohenden Invasion von zigtausenden Rom_nja aus diesen beiden Ländern, die nach Deutschland kämen, um Sozialleistungen zu erschleichen. Losgetreten wurde diese Debatte von der Politik; zum einen vom deutschen Städtetag, der den drohenden Bankrott der betroffenen Kommunen prophezeit, und zum anderen von Bundesinnenminister Friedrich, der in Wahlkampfzeiten begeistert auf dieses Thema aufspringt und seither bei jeder Gelegenheit betont, dass für Einwanderer_innen ins deutsche Sozialsystem die Grenzen geschlossen werden müssten. In diesem Beitrag sollen die in dieser Debatte gestreuten Informationen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden, um die Wirkungsmuster rassistischer Stereotype aufzuzeigen.



Zunächst sei kurz darauf hingewiesen, dass die mediale Darstellung der angeblich bevorstehenden „Roma-Welle“ sich überwiegend durch einen erschreckenden Mangel an Sachkenntnis und durch fehlende Bereitschaft zur kritischen Überprüfung der von der Politik gelieferten Informationen auszeichnet. So werden unterschiedlichste Gruppen (EU-Bürger_innen, Asylbewerber_innen und illegalisierte Menschen) miteinander vermischt, Fehlinformationen gestreut (etwa dass Rumän_innen und Bulgar_innen als Tourist_innen hier einreisen würden) und es wird offensichtlich kaum für notwendig erachtet, eine_n Angehörige_n der betroffenen Gruppe selbst zu Wort kommen zu lassen. Stattdessen werden beispielsweise deutsche Sinte_ze als Expert_innen präsentiert, als ob alle europäischen Rom_nja ungeachtet der sozioökonomischen, regionalen und individuellen Unterschiede gleich und austauschbar wären.

Es ist bisher auch nur wenigen Journalist_innen überhaupt aufgefallen, dass die von der Politik gelieferten Informationen einer kritischen Überprüfung nicht standhalten. Dies gilt beispielsweise für die Zahlen der angeblichen Armutseinwanderung, die, wie der Mediendienst Integration festgestellt hat, schlichtweg falsch sind. In den angeblichen 147.000 Zuzügen aus Rumänien und Bulgarien in 2011, von denen der Deutsche Städtetag spricht, sind nicht nur Student_innen und Saisonarbeiter_innen enthalten, es wurde darüber hinaus auch versäumt, die Fortzüge in beide Länder abzurechnen. Berücksichtigt man diese Einschränkungen, erhält man eine wesentlich geringere Zahl. Auch handelt es sich nicht per se um sogenannte Armutseinwanderung. Die Beschäftigungsstatistik zeigt vielmehr, dass die Zahlen der hier lebenden Rumän_innen und Bulgar_innen und die der hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus beiden Ländern in etwa gleich stark gewachsen sind.

Der am schärfsten zu kritisierende Fehler in der öffentlichen Debatte ist jedoch die völlig unzulässige Fokussierung auf eine bestimmte ethnische Gruppe. Die geschilderte Situation von rumänischen und bulgarischen Rom_nja in Deutschland ist zu großen Teilen die Situation von sehr vielen rumänischen und bulgarischen Staatsbürger_innen, die hier leben, und keinesfalls ein „Roma-Problem“. Dafür spricht im Übrigen auch die Tatsache, dass es gar keine verlässlichen Angaben über die Zahl der in Deutschland lebenden rumänischen und bulgarischen Rom_nja gibt, weil die ethnische Zugehörigkeit im Gegensatz zur Staatsbürgerschaft nicht erfasst wird. Wie ist die Situation von rumänischen und bulgarischen Staatsbürger_innen in Deutschland und wie weicht sie von der medialen Darstellung des „Roma-Problems“ ab?

„Roma betreiben in Deutschland Scheinselbstständigkeit bzw. melden überhaupt nur fiktive Gewerbe an, um dadurch Vorteile zu erlangen.“ (Darstellung in der FAZ und bei Spiegel TV)²

Für rumänische und bulgarische Staatsbürger_innen gilt bisher nur die eingeschränkte Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit. Es ist ihnen nicht erlaubt, hier sozialversicherungspflichtig zu arbeiten. Aufgrund dieser Beschränkung ist die Selbstständigkeit für Rumän_innen und Bulgar_innen – sofern es sich nicht um qualifizierte Fachkräfte handelt – die einzige legale Erwerbsmöglichkeit. Dies wird in Wirtschaftsbereichen wie der Baubranche oder bei Reinigungsdiensten von Arbeitgeber_innen genutzt, um durch die pauschale Bezahlung von Arbeiten sämtliche Lohnstandards zu umgehen. Übrigens geschieht dies auch in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlich finanzierten Baustellen. Alle Risiken trägt der/die Selbstständige; er/sie lebt in der Unsicherheit, Aufträge akquirieren zu müssen, sich selbst versichern zu müssen und ist gezwungen, Niedrigstlöhne und mündliche Absprachen

SCHWERPUNKT: RASSISMUS IN DEN MEDIEN

statt schriftlicher Verträge zu akzeptieren. Auch der Bundesrat stellte kürzlich (Drucksache 28/1/13 vom 18.02.2013) fest, dass die eingeschränkte Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit zu Lohndumping führt und Arbeitsstandards drastisch senkt. Es handelt sich also keineswegs um fiktive Gewerbe, mit denen Vorteile erschlichen werden, sondern um eine Form der prekärsten Beschäftigung, von der nicht die Betroffenen, sondern ausschließlich die deutsche Wirtschaft profitiert.

„Roma weigern sich, in eine Krankenversicherung einzuzahlen, wissend, dass im Krankheitsfall notfalls die Kommune einspringen muss.“ (Darstellung in der FAZ)³

Rumänische und bulgarische Staatsbürger_innen sind vom deutschen Krankenversicherungsschutz faktisch ausgeschlossen. Viele sind in ihren Herkunftsländern aufgrund von strukturellen Problemen nicht versichert. Das deutsche Recht schließt gemäß SGB V (§5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V) Menschen ohne Vorversicherungszeiten vom Krankenversicherungsschutz aus. Deshalb wird vielen Rumän_innen und Bulgar_innen die Aufnahme ins deutsche Versicherungssystem verweigert. Selbst wenn es gelänge, diese Hürde zu nehmen, entsprächen die hohen Sätze für Selbstständige nicht der Realität dieser prekär beschäftigten Menschen. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Betroffenen sich darauf ausruhen würden, dass die Behandlungskosten im Notfall übernommen werden. Vielmehr sind diese Menschen über Jahre hinweg nicht in der Lage zum Arzt zu gehen, ohne sich zu verschulden, da die Kommunen ohnehin nur im äußersten Notfall sehr widerwillig einspringen. In der Regel werden überhaupt keine Leistungen in Anspruch genommen.

„Roma leben im Park oder in großen Clans in kleinen Wohnungen unter katastrophalen hygienischen Bedingungen, weil dies ihrer Natur/ihrem Wesen entspricht.“ (Darstellung im Tagesspiegel und bei Spiegel-Online)⁴

Der deutsche Wohnungsmarkt ist äußerst angespannt; es herrscht ein Mangel an verfügbarem und bezahlbarem Wohnraum. Viele Rumän_innen und Bulgar_innen leben in prekären Wohnverhältnissen, da ihnen entweder die Vermieter_innen — aus

unterschiedlichen Gründen — die Ausstellung eines Mietvertrags verweigern oder dubiose Zeit- oder Nutzungsverträge geschlossen werden. In vielen Fällen handelt es sich um irreguläre Weitervermietung, überhöhte Mieten für heruntergekommenen Wohnraum und völlige Überbelegung der Wohnungen durch die Vermieter_innen. Den davon betroffenen Menschen steht jedoch aufgrund ihrer finanziellen Situation, der Diskriminierung durch deutsche Vermieter_innen und häufig auch aufgrund ihrer Unkenntnis der Rechtslage keine Alternative zur Verfügung. Es ist absurd, wenn nicht zynisch, Menschen, die in prekärsten Verhältnissen leben, zu unterstellen, sie täten dies freiwillig oder weil es ihrer Natur entspräche.

„Roma schicken ihre Kinder nicht in die Schule, sie lassen sie lieber betteln.“ (Darstellung in der BZ)⁵

Hier wird ein parasitäres Verhalten unterstellt, das in aller Regel nicht der Realität entspricht. Betteln mit Kindern ist in Deutschland auch bei Roma eine Ausnahmeerscheinung, auch wenn es einzelne Fälle geben mag, die — dies liegt in der Sache einer so öffentlich ausgeübten Beschäftigung — dann besonders stark wahrgenommen werden. Tatsächlich wird jedoch vielen Rumän_innen und Bulgar_innen in Deutschland der Schulbesuch trotz größter Bemühungen ihrerseits erheblich erschwert und teilweise unmöglich gemacht. Dies beginnt damit, dass viele Schulen für die Anmeldung eine behördliche Meldebestätigung fordern, obwohl gemäß dem deutschen Recht jedes Kind unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf Beschulung hat. Für viele Rumän_innen und Bulgar_innen ist es schwierig, eine Meldebestätigung zu bekommen, weil ihre Vermieter_innen ihnen einen schriftlichen Mietvertrag verweigern. Selbst wenn diese Hürde genommen ist, können viele Kinder nicht zur Schule gehen, weil schlichtweg nicht genug Schulplätze zur Verfügung stehen. Dabei ist es der überwiegenden Mehrheit der Eltern äußerst wichtig, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

„Roma kommen hierher, um Sozialleistungen zu erschleichen.“ (Darstellung in der ZDF-Sendung 'Maybrit Illner')⁶

Für Rumän_innen und Bulgar_innen in Deutschland ist der Zugang zu Sozialleistungen stark eingeschränkt und in vielen Fällen faktisch unmöglich. Ar-

beitsuchende werden gemäß §7 SGB II von Leistungen komplett ausgeschlossen. Dies ist europarechtlich strittig, wie auch die Diakonie Deutschland jüngst noch einmal betont hat. Gemäß dem europäischen Recht müssen Leistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts dienen, jedem_r Unionsbürger_in gewährt werden. Die Praxis deutscher Behörden ist jedoch, zunächst einen einwandfreien Einkommensnachweis zu fordern, bevor ergänzende Leistungen gewährt werden. Dies ist für Selbstständige meist schwierig. Die Realität stellt sich also gänzlich entgegengesetzt zum Klischee dar: Rumän_innen und Bulgar_innen wollen hier keine Sozialleistungen erschleichen, sondern sie haben einen europarechtlichen Anspruch darauf, dessen Einlösung von deutschen Behörden verweigert wird. Selbst Menschen, die über Jahre hinweg unter dem Existenzminimum leben, erhalten daher keine Leistungen; die meisten beantragen auch gar keine.

„Roma sind vorwiegend kriminell tätig, sie operieren in großen Clans, deren Hintermänner oft in den Herkunftsländern sitzen und sowohl den Transport der Menschen hierher als auch die kriminellen Aktivitäten in Deutschland koordinieren.“ (Darstellung im focus und in der taz)⁷

Kriminalität ist kein ethnisches, sondern ein soziales Phänomen und sollte auch als solches betrachtet werden. Keineswegs lässt sich speziell bei den hier lebenden Rumän_innen und Bulgar_innen eine besondere Neigung zur Kriminalität feststellen. Die Vorstellung des großen Clans ist ein verschwörungstheoretisch anmutendes Klischee. Die Menschen, die nach Deutschland kommen, entscheiden als Subjekte, ihr Recht auf ein besseres Leben aktiv und selbstständig einzulösen. Die Ausbeuter_innen und Profiteur_innen ihrer Situation sitzen, wie gezeigt wurde, nicht in ihren Herkunftsländern, sondern in der deutschen Verwaltung und Gesellschaft. Diese verhalten sich kriminell oder jedenfalls im Grenzbereich des Legalen, nicht die Rumän_innen und Bulgar_innen.

Alltägliche Diskriminierung

Soweit die strukturellen Bedingungen. An dieser Stelle ist eine Einschränkung nötig: die skizzierte Situation stellt keineswegs die Lebensrealität aller rumänischen und bulgarischen Staatsbürger_innen dar.



SCHEINSELBSTSTÄNDIGKEIT

Viele Rumän_innen und Bulgar_innen kommen in Deutschland hervorragend zurecht, was im Rahmen dieser Debatte immer wieder betont werden sollte. Die erfolgreiche Inklusion gelingt allerdings vor allem Student_innen und Menschen, die über materielle Ressourcen, Bildung und andere Qualifikationen verfügen.

Eine ethnische Spezifizierung der Situation auf Rom_nja lässt sich nur in einer Hinsicht vornehmen: Rumänische und bulgarische Rom_nja bzw. Menschen, die aufgrund ihrer Erscheinung für Rom_nja gehalten werden, sind massiver Diskriminierung seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt. Dies gilt sowohl für die Mitarbeiter_innen deutscher Behörden als auch für Akteure in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Immer wieder bekommen Rom_nja in deutschen Behörden rassistisch abwertende Kommentare zu hören; immer wieder begegnen sie einem Generalverdacht, der unterstellt, dass sie durch eigenes Verschulden in eine bestimmte Situation geraten sind. Beim Jugendamt, aber auch bei den kommunalen Gesundheitszentren für Menschen ohne Krankenversicherung, wird Druck auf Rom_nja ausgeübt, Verhütungsmittel zu benutzen. Dies stellt eine völlig inakzeptable Einmischung in private und intime Angelegenheiten dar. In den Gesundheitszentren werden außerdem Termine an Rom_nja – sofern sie überhaupt welche erhalten und nicht die Zuständigkeit sofort bestritten wird – gerne mit fünfstündiger Wartezeit vergeben. Deutsche Vermieter_innen drohen trotz bestehender Verträge – illegalerweise – immer wieder mit Kündigungen. Sparkassenmitarbeiter_innen halten sich für befugt, zu fragen, ob denn jemand auch den Deutschkurs besucht, und überprüfen eine Schufa-Bescheinigung lieber mehr als einmal, und zwar so, dass der_die Kund_in dies bemerken muss. Im Supermarkt wird bereits die Polizei gerufen, wenn jemand nur ganz offensichtlich vergessen hat, einen Artikel aufs Band zu legen. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens lässt sich eine rassistische Diskriminierung von Rom_nja feststellen.

Ein weiteres erhebliches Problem ist in der Auswahl der Dolmetscher_innen, die in öffentlichen Einrichtungen beschäftigt werden, zu sehen. In Behörden und Einrichtungen wie etwa den Gesundheitszentren werden Dolmetscher_innen eingesetzt, die aus Rumänien und Bulgarien kommen und zum großen Teil extreme Vorurteile gegen Rom_nja hegen und pflegen. Bringen die Betroffenen Dolmetscher_innen

ihres Vertrauens mit, so werden diese von den Behörden häufig nicht akzeptiert oder sie müssen auf eigene Kosten vereidigt werden, was für viele schwer zu leisten ist. Es ist offensichtlich, dass die Dolmetscher_innen in einer sehr verantwortungsvollen und vor allem einer sehr mächtigen Position sind; in der Regel kann keine der beiden Seiten kontrollieren, ob korrekt übersetzt wurde. Deshalb wäre es von Seiten der Politik und Verwaltung umso mehr geboten, sicherzustellen, dass diese Positionen nicht mit rassistisch eingestellten Menschen besetzt werden.

Funktionsweise von rassistischen Stereotypen

Eine ethnische Fokussierung auf Rom_nja ist also nur in Hinblick auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft und ihre diskriminierenden Praktiken zulässig, die bewirken, dass Rom_nja neben den geschilderten strukturellen Bedingungen von Rumän_innen und Bulgar_innen noch mit zusätzlicher Feindseligkeit und Benachteiligung zu kämpfen haben. Dies schlägt sich auch in der Form und den Inhalten der medialen Debatte nieder und gerade in der ethnischen Spezifizierung, die dort vorgenommen wird. Wie kommt es zu einer so offenkundig am Thema vorbeigehenden öffentlichen Debatte voller eindeutig falscher Informationen?

Es gibt im kollektiven Bewusstsein der europäischen Mehrheitsgesellschaften, auch der deutschen, eine Reihe von rassistischen Stereotypen von Rom_nja, die seit Jahrhunderten tradiert und verfestigt wurden und immer noch werden. Diese rassistischen Stereotypen und jahrhundert lange Tradition der Ausgrenzung haben zum nationalsozialistischen Genozid geführt. Umso bestürzender ist es, dass sie auch danach nicht kritisch reflektiert worden sind. Zu diesen Stereotypen gehören unter anderem die Vorstellungen, dass „Zigeuner“⁸ notorisch kriminell seien, eine parasitäre Veranlagung mitbrächten, schmutzig, verwildert, unzivilisiert und nicht zu Bildung, Anpassung oder Integration bereit seien. Ganz offensichtlich tauchen all diese Stereotype in der aktuellen Debatte wieder auf. Hier werden also leicht abrufbare Vorurteile benutzt, um eine einfache Erklärung für eine Situation zu liefern, die gar nichts mit einer bestimmten Ethnie zu tun hat – betroffen sind gering qualifizierte und finanziell schlecht gestellte rumänische und bulgarische Staatsbürger_innen, und zwar aufgrund der strukturellen Bedingungen, die sie in Deutschland vor-

finden. Für Rom_nja ist die Situation nur aufgrund der massiven Diskriminierung noch katastrophaler. Besonders perfide, an der Funktionsweise solcher rassistischer Exklusionsmechanismen, ist ihre Fähigkeit zur Selbstreproduktion: Durch die geschilderten strukturellen Barrieren, die die Situation vieler rumänischer und bulgarischer Staatsbürger_innen in Deutschland prägen, kommt mitunter eine Lebensrealität zustande, die dann genau die rassistischen Stereotype auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft, die eine der Ursachen für diese Lebensrealität sind, scheinbar bestätigen. Wenn etwa eine Wohnung durch Vermieter_innen überbelegt wird, heißt es, Rom_nja würden immer in großen Clans zusammenleben. Es ließen sich weitere Beispiele anführen. Dies entspricht der klassischen Funktionsweise sich selbst reproduzierender rassistischer Stereotype.

Die Existenz solcher Stereotype ist schlimm genug. Was jedoch wirklich empörend ist, ist die Bereitschaft, mit der sie von Politiker_innen und Journalist_innen aufgegriffen und bekräftigt werden. Zwar gibt es rumänische und bulgarische Rom_nja, die auf der Flucht vor Armut, Perspektivlosigkeit und Diskriminierung nach Deutschland kommen, und es gibt sicherlich einen – seit Jahren bekannten – politischen Handlungsbedarf. Was hier jedoch momentan geschieht, sind das Schüren von Ängsten, die Provokation von reflexartigen Abwehrhaltungen und der Aufbau einer Drohkulisse. Aufgabe eines seriösen Journalismus wäre es, die strukturelle Benachteiligung kritisch zu beleuchten und auch darauf hinzuweisen, dass die Probleme nicht etwa durch den „fehlenden Integrationswillen“ der Rom_nja entstehen. Auf Seiten der deutschen Politik wäre es dringend geboten, strukturelle Barrieren zu beseitigen und der eigenen Verantwortung innerhalb Europas gerecht zu werden. Es geht in dieser Debatte um EU-Bürger_innen, deren Recht auf Einreise und Aufenthalt rechtlich nicht angezweifelt werden kann. Qua Staatsangehörigkeit können die Menschen nicht illegalisiert werden. EU-Bürger_innen genießen zudem einen besonders festgeschriebenen Schutz vor Diskriminierung. Sie haben gemäß der europäischen Verfassung und dem europäischen Gedanken das Recht, frei zu entscheiden, in welchem Land der EU sie leben wollen.

Es ist empörend, wenn deutsche Politiker_innen versuchen, sich ihrer Verantwortung zu entledigen, indem sie mit Hilfe rassistischer Stereotype die Schuld den Eingewanderten zuschieben und ein Klima der

Bedrohung und Angst erzeugen. Diese Stimmungsmache zeigt bereits Folgen, denn Rom_nja sehen sich in jüngster Zeit einer wachsenden Zahl rassistischer Anfeindungen ausgesetzt. Es verbreitet sich unter ihnen die Angst, dass womöglich Rom_nja gezielt ausgewiesen werden könnten. Diese Angst erinnert an die Angst vor Verfolgung, mit der Rom_nja nicht nur während des Nationalsozialismus konfrontiert waren. Es ist unglaublich beschämend, dass vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte Rom_nja in Deutschland heute wieder Angst haben.



FUSSNOTEN

1 Titel eines Bild-Artikels, vgl. www.bild.de, 27.2.13.

2 So wird es etwa in der FAZ vom 18.2.13 („Friedrich will stärker gegen Armutseinzug vorgehen“) oder in Spiegel TV vom 14.9.11 dargestellt.

3 Dieses Bild entsteht etwa in einem FAZ-Artikel vom 21.02.13 („Dortmund rechnet mit Milliardenkosten für Roma“), in dem erwähnt wird, dass die Stadt Dortmund die Kosten für die Methadon-Substitution von fünf Personen tragen musste. Durch die Auswahl dieses – keinesfalls repräsentativen – Beispiels wird der Eindruck erweckt, dass Roma nach Deutschland kommen, um sich hier ihre Drogensucht bzw. den Entzug finanzieren zu lassen.

4 Dieser Eindruck entsteht etwa in den Tagesspiegel-Artikeln vom 12.8.11 („Machen es sich Roma in der Opferrolle bequem?“) und vom 15.8.11 („Ärger mit Roma im Görlitzer Park“), in den Redebeiträgen von Lucy Diakovska in der Sendung „Menschen bei Maischberger“ vom 26.2.13 und in Spiegel Online vom 6.12.12 („Roma-Zuwanderung: Das Haus des Schreckens“)

5 Dieser Eindruck entsteht etwa im BZ-Artikel vom 20.3.12 („Immer mehr Kinder auf Bettel-Tour“). Ähnliches wird auch im taz-Artikel vom 9.2.13 („Am Ende des Traums“), in der Welt vom 21.2.13 („Roma in Deutschland – ausgebeutet, illegal, kriminell“) und in der FAZ vom 24.2.13 („Elend als Geschäftsmodell“) suggeriert.

6 Neben den meisten in diesem Beitrag erwähnten Artikeln erzeugt auch der Einspieler zu Beginn der Maybritt-Illner-Sendung vom 28.2.13 diesen Eindruck.

7 So wird es beispielsweise im Focus vom 1.7.12 („Invasion der Einbrecherbanden“), in der taz vom 9.2.13 („Am Ende des Traums“) und in der FAZ vom 24.2.13 („Elend als Geschäftsmodell“) dargestellt.

8 Dieser abwertende Begriff wird hier bewusst verwendet, weil er der abfälligen Sicht auf die so bezeichneten Menschen entspricht und durch seine Verwendung zugleich die Diskrepanz zwischen den Zuschreibungen und der Realität der beschriebenen Menschen, die sich selbst bewusst anders bezeichnen, deutlich wird.

Amaro Foro e.V. (Unsere Stadt)

„Amaro Foro e.V.“ ist der Berliner Landesverband von „Amaro Drom e.V.“ und ein Verein von jungen Rom_nja und Nicht-Rom_nja mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen. Der Verein unterstützt eine Jugendgruppe und betreut ein Kinderprogramm, fördert Bildung und Weiterbildung von jungen Rom_nja, engagiert sich in Kultur- und Community-Building-Projekten sowie an Berliner Schulen und betreibt eine Sozialberatungsstelle für Rom_nja-Migrant_innen aus neuen EU-Mitgliedsländern.

MACHENSCHAFTEN



Der Kampf um die Deutungshoheit

von Ulli Jentsch, apabiz

Wer sich kontinuierlich mit Nazis beschäftigt, sei es als Journalist_in, als Engagierte in Initiativen oder in einem der staatlich finanzierten Projekte, kommt früher oder später nicht um die VS-Behörden oder die Analysen des polizeilichen Staatsschutzes herum. Die meisten bedauern das, aber manchmal muss es eben sein.



Die Papiere, die diese Behörden verfassen, sind oft nicht der Rede wert, manchmal banal, immer wieder ärgerlich. Antifaschistische Initiativen stehen zudem selbst im Visier des VS und des Staatsschutzes, werden bespitzelt, überwacht und denunziert. Und der VS drängt seit Jahren verstärkt in die politische Bildung und dient sich der Politik als billige, staatliche Demokratievermittlungsinstanz ohne öffentlichen Auftrag an (siehe Artikel von Eberhard Seidel auf Seite 93). Die erste und nahe liegende Auseinandersetzung dreht sich um die öffentliche Deutungshoheit über das Thema „Rechtsextremismus“. Hier geht es um Analysen, Zahlen, Strukturen und Entwicklungstendenzen der extremen Rechten und um die Zurückweisung des vom Amt verwendeten „Rechtsextremismus“-Begriffs. Wir, das apabiz, stellen der Öffentlichkeit seit vielen Jahren nicht nur unser Archiv und die darin enthaltenen Materialien zur Verfügung, sondern auch unsere „Expertise“. Wir reden gerne mit möglichst vielen Menschen über die verschiedenen Aspekte und Entwicklungen in der Naziszene – und geben gerne

unseren eigenen Senf dazu. Nach unserer Erfahrung ist für viele der Umgang mit Behördenquellen überaus pragmatisch. Es sind Quellen unter anderen, sie sind staatlich, was ihnen ein gewisses Gewicht verleiht. In der kritischen Forschung, mehr noch als im Journalismus, gilt das Behördenurteil aber vergleichsweise wenig. Der darin verwendete Extremismusbegriff entwertet die Analysen und hat sich in der Forschung, obwohl beide von „Rechtsextremismus“ reden, überwiegend diskreditiert.

VS ist praktisch

Aber alle wollen Zahlen. Zahlen sind griffig, sie verdeutlichen ein offenbar ansonsten diffuses Phänomen. Hier haben nicht-staatliche Initiativen ein echtes Problem. Sie erheben nur wenig belastbares Zahlenmaterial. Ausnahmen sind die durch die Opferberatungsprojekte erhobenen Zahlen der Opfer rechter Gewalt sowie die journalistischen Recherchen über die Todesopfer rechter Gewalt.

Seriöse Angaben, beispielsweise über die Mitgliederzahl der NPD in einzelnen Bundesländern, machen zu können, ist schwierig. Jahrelang haben selbst überaus staatskritische antifaschistische Initiativen die Zahlen des VS verwendet. Und mal 20 oder 30 Prozent oben drauf gerechnet, so zu sagen um den durchschnittlich anzunehmenden Verharmlosungsfaktor der Behörde auszugleichen. Das mag hier banal klingen, ist aber in der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit nicht zu unterschätzen. Die Forschung dürfte solche Zahlen streng genommen außer als weiter führenden Hinweis nicht verwenden, denn sie kann ihre Validität an keinem Punkt prüfen. Die Medien, zumindest die kritischen, verlangen auch deshalb oft nach alternativem Zahlenwerk, das aber leider nur in Ausnahmefällen vorhanden ist. So bleiben die Zahlen des VS trotz aller Mängel gesetzt, sie

erlangen Faktizität weil es an Alternativen fehlt. Dies bleibt sicherlich eine der Herausforderungen für eine seriöse Forschung zur extremen Rechten, an die sich aber bisher niemand herangewagt hat.

Antliche Aussagen sind seriös

Die Redaktionen der großen Medien, aber auch die einzelnen Journalist_innen tragen ohnehin einen großen Anteil daran, die Arbeit des VS immer wieder zu legitimieren. Manche Chefetagen halten Artikel über das Thema „Rechtsextremismus“ für überwiegend unseriös, so lange sie im Text kein Zitat der Behörden finden, sei es auch noch so flach. Thomas Leif hat in einem zu wenig beachteten Artikel (Bestellte Wahrheiten. Ganz exklusiv. Online unter <http://carta.info>) deutlich niedergelegt, wie der Informationshandel zwischen den Behördenquellen und den Medien im Bereich der Geheimdienste funktioniert und schreibt Klartext: „Die beiden relevanten Nachrichtenmagazine, ganz wenige führende Tageszeitungen und die ‚Geheimdienst-Experten‘ der öffentlich-rechtlichen Anstalten werden privilegiert und abgeschottet ‚informiert‘. Im Gegenzug wird von ihnen erwartet, dass sie die platzierten Interpretationen, Warnungen und Analysen eins zu eins übernehmen und möglichst als breaking news agenturfähig vermarkten. Was als ‚exklusiv‘ verkauft wird, ist oft nicht mehr als eine bestellte Botschaft.“ Selbst als „Edelfedern“ gepriesene Autor_innen lieferten im NSU-Komplex Artikel ab, deren Informationsgehalt aus einer einzigen, ungeprüften Nachricht von einer nicht genannten Person aus „Sicherheitskreisen“ bestand: kein Konjunktiv, keine zweite Quelle, kein Hinweis auf die generelle Fragwürdigkeit der Behördenaussagen in diesem konkreten Fall. Da fällt es den Behörden wahrlich leicht, die Medien für die eigenen PR-Kampagnen einzuspannen. So zuletzt geschehen im Oktober 2012,

SCHWERPUNKT: RASSISMUS IN DEN MEDIEN

als das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem Hintergrundgespräch ausgewählten Medienvertreter_innen die angebliche Gefährdung ihrer V-Leute durch die Vielzahl der Aktenweitergaben nahe brachte. Es hagelte prompt entsprechende „bestellte Artikel“.

VS-Berichte: gerichtsfest bis zum Beweis des Gegenteils

Auch der Umgang mit den zu Recht viel gescholtenen VS-Berichten ist oft problematisch. Während antifaschistische Initiativen monatelange Prozesse in Kauf nehmen, um falsche Anschuldigungen aus den VS-Berichten tilgen zu lassen, – so geschehen im Fall der Zeitschrift *lotta* aus Nordrhein-Westfalen und des Projektes a.i.d.a. aus München – gelten ansonsten hier nieder geschriebene Wertungen als „gerichtsfest“. Das ist praktisch und einfach für die Rechtsvertretung und vor allem für die Medien: Bring mir einen Auszug aus einem VS-Bericht und das Gericht ist schon beinahe überzeugt. Nun urteilen nicht alle Gerichte nach Aktenlage und stellen amtliche Schriftstücke über alle anderen Beweise, aber der Fingerzeig auf die VS-Aussage erleichtert die Beweisführung doch erheblich. Und kurze Beweisführungen gefallen den meisten Gerichten und den Anwält_innen und Mandant_innen auch. Ein wissenschaftlich begründeter „Rechtsextremismus“-Begriff, der jenseits staatlicher Expertise auf die Inhalte der extremen Rechten eingeht und ihre antidemokratischen Inhalte analysiert, sollte zwar auch vor Gericht stand halten können, doch solche mühevollen Beweisführungen bleiben die Ausnahme.

Die Analysen hinterher getragen

Antifaschistische Initiativen haben der Politik und den Behörden in den letzten zwanzig Jahren so manche Analyse hinterher getragen. Es ist ja ein Teil des Selbstverständnisses des VS, wie aller anderen im Staatsschutz aktiven Behörden, dass sie sowohl die Verfolgung von Straftaten ermöglichen, als auch Grundlagen für weiter gehendes staatliches Handeln wie beispielsweise Partei- und Vereinsverbote liefern sollen. Über ihr Versagen darin, sei es nun absichtlich, aus Versehen oder strukturell bewirkt, wissen wir inzwischen einiges mehr. Der Druck, offen neonationalsozialistische Strukturen überhaupt wahr zu nehmen, kam in vielen Fällen aus der Gesellschaft

und nicht aus den Behörden. Bei den letzten Vereinsverboten gegen die „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) oder die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG) beispielsweise waren es Recherchen von antifaschistischen Initiativen und Journalist_innen, die die Politik in Gang gebracht haben. So wurde in Berlin jahrelang die Existenz relevanter HDJ-Strukturen geleugnet, weil deren Wald- und Wiesenaktivitäten eher in den Flächenländern stattfanden. Währenddessen saß fast die komplette Bundesführung in und um Berlin und führte beispielsweise wöchentliche Kampfsportkurse für den Nazi-Nachwuchs durch. Entsprechend aufmerksam wurde das apabiz-Dossier über den Gau Preußen daher auch in der Innenverwaltung registriert.

Auch der Blick in die momentan so im Fokus stehenden 1990er-Jahre zeigt, dass es damals bei anderen Phänomenen nicht viel anders lief. Es brauchte beispielsweise jahrelange Hinweise auf die gewaltbereite Nazi-Skinhead-Szene, bis diese wahrgenommen wurde. Und selbst dann wurde ihre Bedeutung notorisch klein geschrieben: als subkultureller Bereich ohne besondere organisatorische Bedeutung. Viele Publikationen jener Jahre hinterließen den Eindruck, dass den Behörden alle Organisationsformen, die keine Mitgliedsausweise verteilen, nicht ins Raster passten. Heute wissen wir, welche Bedeutung diese politisch, organisatorisch und sozial hatten, denn sie waren der Geburtsort des bedeutendsten rechtsterroristischen Netzwerkes Deutschlands, dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Inzwischen verläuft der „Kompetenztransfer“ aus der Zivilgesellschaft in die Politik und die Behörden sicherlich über mehr und einflussreichere Kanäle als früher, es sind nicht die „kleinen Antifagruppen“ alleine, die sich daran abmühen. Aber der Informationsfluss geht dennoch meistens von unten nach oben. So wird denn nach wie vor in manchen VS-Analysen gerne und völlig opportunistisch aus „Antifa“-Quellen abgeschrieben, die sonst überwacht werden. Und selbst Fotos oder ganze Vortragskonzepte wurden von Behörden schon abgekupfert ohne einen Hinweis auf die Verfasser_innen, die solche Arbeitsweise in der Regel nur Achsel zuckend zur Kenntnis nehmen können. Das Urheberrecht, so hieß es auf Nachfrage, gelte für die Dokumentationen der Behörden nicht. Und Transparenz schadet nur, möchte man hinzu fügen.

Einen „alternativen Verfassungsschutz“ kann es nicht geben

Die Arbeit der antifaschistischen Initiativen ist in den letzten Monaten oft und manchmal durch berufenen Mund gelobt worden. Unser aller ehrenamtliches und kritisches Engagement gilt zunehmend als „seriös“, kompetent und mit einem größeren Potential ausgestattet als die Verfassungsschutz-Behörden. Wir selbst wurden namentlich und öffentlich als Alternative genannt zu einer offensichtlich überforderten VS-Behörde von Mecklenburg-Vorpommern. Grund dafür war die Unfähigkeit des Landesamtes, die dort erscheinenden Nazi-Publikationen aufmerksam auszuwerten. Dadurch entging ihnen ein offener Gruß an den NSU aus dem Jahr 2002 in dem Editorial des Nazi-Blättchens „Der Weiße Wolf“. Nach einem Hinweis veröffentlichten wir diesen Beleg auf eine frühe Zusammenarbeit von Terrorzelle und Naziszene. Es folgte ein Ermittlungsverfahren und eine Hausdurchsuchung gegen den damaligen Macher, heute Abgeordneter der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Das geschmähete Amt soll sich angeblich jede Mühe gegeben haben, von uns nicht noch einmal erwischt zu werden. Heraus kam ein frisch erschienener VS-Bericht, in dem die antifaschistische Band „Feine Sahne Fischfilet“ mit mehr Zeilen bedacht ist als der gesamte NSU, der in diesem Bundesland immerhin einen Menschen ermordet hat und mehrerer Banküberfälle verdächtig wird. Und sie erhält ebenfalls mehr Aufmerksamkeit als ein neonazistischer Online-Infodienst (MUPINFO), der von eben jenem NPD-Abgeordneten betrieben wird, der noch 2012 im Besitz eines Briefes des NSU war. Vom VS wird dieser neonazistische Infodienst sogar ganze zwanzig Mal als Quelle bemüht. „Allerdings braucht es keinen Verfassungsschutzbericht, um zu wissen, was auf MUPinfo steht, da reicht ein Blick auf die Seite selbst. Hintergrundinformationen? Woher denn?“, kommentierte der Journalist Patrick Gensing auf seinem Blog publikative.org zutreffend. So etwas wie einen „alternativen Verfassungsschutz“ kann es nicht geben und wir kennen keine antifaschistische Initiative, die sich für so etwas hergeben würde. Der Ruf nach alternativer Beobachtung und Recherche ist älter als die aktuelle Geheimdienst-Krise und diese Beobachtung wird seit Jahrzehnten auch durchgeführt, eben durch Antifaschist_innen. Dies

geschieht, wie dankenswerter Weise Manche in der heutigen Debatte nicht müde werden zu betonen, teilweise unter Einsatz der Gefährdung von Leib und Leben der Beteiligten. Beim Spaziergang durch einen abgelegenen Wald im herbstlichen Dauerregen von einem entgegen kommenden „Dienst“-Pärchen augenzwinkernd begrüßt zu werden, gehört dabei noch zu den witzigen Momenten der antifaschistischen Feldforschung. Die anwesenden Dienste treten einem hier wenigstens nur bildlich gesprochen auf den Füßen herum.

Antifaschistische Recherche wird durch polizeilichen Staatsschutz und VS beständig kriminalisiert. In Berlin hat es in schöner Regelmäßigkeit Versuche gegeben, das Fotografieren von Nazi-Aufmärschen oder überhaupt die Dokumentation neonazistischer Aktivitäten zu unterbinden. Die hierzu verwendete Konstruktion lautete immer, die Dokumentation geschehe zur Vorbereitung von Straftaten. Oder sie sei an sich schon strafbar. Aus solchen Erfahrungen heraus haben wir vor Jahren begonnen, die öffentliche Dokumentation von Nazi-Aufmärschen offensiv nach außen zu vertreten. „Dokumentation ist gerechtfertigt und notwendig!“, lautete damals die Botschaft. Diese Arbeit hat bisher zu einer Reihe von Strafverfahren und Verurteilungen gegen gewalttätige Nazis aufgrund der Ton- und Bilddokumente geführt. Aber auch zu einem eingestellten Ermittlungsverfahren gegen das apabiz, das auf die Anzeige durch eine stadtbekannt Neonazistin beim Berliner Staatsschutz zurückging. Absurderweise hieß es, wir hätten gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen, weil wir eine indizierte Naziseite als Quelle (!) in einem Dokument angegeben hatten. So konterkarieren die „Extremistenjäger“ eine Arbeit, die der Berliner Senat fördert.

In der jetzigen Debatte über den VS wird leicht übersehen, dass manche Landesämter sich in den letzten Jahren um einen Imagewandel bemüht hatten, hin zu einem Konzept des „offenen Demokratieschutzes“. Dazu gehörte neben dem Ausbau der Bildungsarbeit der Versuch, sich als eine Art Politikagentur im öffentlichen Raum zu etablieren. Hier wird dann nicht das Gewicht der eigenen, staatlichen Kompetenz in den Vordergrund gestellt, sondern man möchte in einer soften Variante als ein Akteur unter vielen im öffentlichen Diskurs wahrgenommen werden. Da fallen in Podiumsdiskussionen gerne solche Sätze wie: „Eigentlich machen sie und wir doch die gleiche Arbeit!“, um daran irgendeine anscheinende Pers-

pektive der Zusammenarbeit zu knüpfen. Es kostet Mühe, sich dieser Avancen zu erwehren und oft noch mehr, den Anwesenden die Gründe für solche Distanz zu Strafverfolgungs- und Geheimdienstbehörden darzulegen. Manche Kommunalpolitiker_innen und Mitarbeiter_innen bei Verwaltung und Justiz, aber auch viele Lehrer_innen, klammern sich gerne an das, was ihnen als Behördenurteil sakrosant scheint. Mit diesen Anmaßungen müssen sich vor allem überwiegend staatlich finanzierte Projekte der Mobilien Beratungen und Opferberatungen herum schlagen. Und auch nicht jedes Landesamt hat diesen Aspekt des „offenen Demokratieschutzes“ bereits umsetzen können. Denn Kooperation und Dialog wollen die Innenminister_innen nur „allgemein anerkannten Initiativen der Gesellschaft“ angeheißen lassen, was sie selbstverständlich selber definieren. So zumindest die Innenminister_innen in einem „Eckpunktepapier zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzverbundes“ vom 28.8.2012. Und das sind im Zweifelsfall wenige und vermutlich die bequemereren.

Kritik und Reform des Verfassungsschutzes

In irgendeiner Konkurrenz zum VS, vor allem zu dem in Berlin, sahen wir uns aber bisher nie. Sicher klatschen wir uns im Archiv ab, wenn im Fernsehen in einer Meldung die Worte „apabiz“, „Verfassungsschutz“ und „abschaffen“ in einem einzigen Satz fallen. Und wir registrieren auch aufmerksam, wenn die eigenen Veröffentlichungen woanders abgeschrieben werden. Dies sind Hinweise auf die Reichweite der eigenen Arbeit. Ob das mit der Konkurrenz andersherum auch so gesehen wird, bezweifeln wir aber zunehmend. Im Zusammenhang mit dem „offenen Demokratieschutz“ stehen die Bemühungen des VS, sich verstärkt in der politischen Bildungsarbeit zu engagieren, in den Schulen und außerhalb.

Die momentane Diskussion über den Sinn des Verfassungsschutzes ist erfreulich, birgt aber auch Gefahren. Denn hier verlaufen zwei Diskussionen parallel zueinander: Die Kritiker_innen wollen den Inlandsgeheimdienst abschaffen oder zumindest degradieren, um damit die demokratische Kontrolle über diesen Bereich zu verbessern. Die anderen, die „Sicherheitsarchitekten“, wollen die institutionelle Krise nutzen, um mehrere Behörden zu effektivieren, sie umzubauen und zu zentralisieren. Auch in diesem Szenario könnte der eine Dienst oder die andere Landesbehörde fak-

tisch „abgeschafft“ werden – zugunsten einer neuen effizienten „Superbehörde“. Generalbundesanwalt Harald Range hat sein Amt dafür schon mal ins Spiel gebracht.

Bei dieser Debatte drohen Aspekte ins Hintertreffen zu geraten, die allen antifaschistischen Initiativen und Projekten wichtig sein sollten: Wie wichtig ist der Gesellschaft ein verlässliches Frühwarnsystem über die Entwicklungen der extremen Rechten, speziell auch der gewalttätigen neonazistischen Szene? Es ist ein Witz der Geschichte, dass Deutschland seine Aufklärungsarbeit über „Rechtsextremismus“ einem Geheimdienst in die Hände gelegt hat. Es braucht zivile, nicht-staatliche Beobachtung und Aufklärung, denn der Staat, ja dessen eigene Instanz für Beobachtung und Aufklärung, der Inlandsgeheimdienst selber, hat seinen eigenen Beitrag zu der Existenz und Weiterentwicklung der neonazistischen Strukturen geleistet. Der VS hat nicht hier und da versagt, er hat sich mitschuldig gemacht. Und die Parlamente, auch das Berliner Abgeordnetenhaus, haben sich jahrelang um die Kontrolle des VS nicht ansatzweise geschert. Sie sind wie so viele in diesem Land auch erst nach der Enttarnung des NSU aufgeschreckt. Verglichen damit ist in diesem Land die Kontrolle von Lebensmittelprodukten besser geregelt.

Was können antifaschistische Projekte von den weiteren Debatten erwarten? Die Law-and-Order-Strategen bringen sich in den letzten Monaten wieder deutlich in Stellung und werden alles daran setzen, ihre Agenda einer reformierten und modernisierten „Superbehörde“ umzusetzen. Es wird übrigens viel davon abhängen, wie sich die SPD am dieser Stelle weiter verhalten wird. Sollte sie sich gegen diese „Verschlimmbesserung“ stellen und eine wirkliche demokratische Kontrolle verlangen, könnte es nach den Neuwahlen im Herbst 2013 auch tatsächliche Veränderungen geben. Ihr momentanes Verhalten spricht aber eher dafür, dass sie sich dafür entscheidet, die „Superbehörde“ hinzunehmen und sich im Gegenzug mit einem neuen NPD-Verbotsverfahren zufrieden geben wird. Also fordern wir das Unmögliche: die sofortige Abschaffung des Verfassungsschutzes. Den Rest müssen die Projekte, wie gehabt, mal wieder selber machen.



Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

(apabiz)

Das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.“ (apabiz) bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Das apabiz betreibt den Blog „Berlin rechtsaußen“ (www.blog.schattenbericht.de) über die extreme Rechte in Berlin.



Chronik

Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin

Seit 2003 veröffentlicht ReachOut jährlich die recherchierten Angriffe in einer Chronik. Dokumentiert werden vorwiegend Körperverletzungen und massive Bedrohungen. Sachbeschädigungen und Brandstiftungen werden nur dann veröffentlicht, wenn dabei Personen direkt gefährdet oder verletzt werden.

Differenzen zu polizeilichen Angaben ergeben sich zum einen durch unterschiedliche Einschätzungen der Tathintergründe. Zum anderen werden nicht alle Gewalttaten und Bedrohungen, von denen ReachOut erfährt, werden veröffentlicht. Manchmal sind die Geschehnisse so komplex, dass sie sich nicht in einer kurzen, sachlichen Meldung darstellen lassen. Einige der Opfer lehnen aus Angst vor weiteren Gewalttaten jede Form der Veröffentlichung des Angriffs zunächst ab.

Die Situation von Geflüchteten in Berlin

von Jonas Feldmann, KuB e.V.

Nach einer langen Flucht aus ihrem in ihrem Umfang überwältigende und sich Berlin um Asyl zu beantragen und Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung zu erhalten. Die Asylantragsstellung in Berlin hat aber nicht automatisch den Verbleib in Berlin zur Folge.



Asylsuchende werden in Deutschland direkt nach der Antragstellung nach dem sogenannten EASY-Verfahren an die Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in den 16 Bundesländern verteilt. Das Verteilungsverfahren wird durch einen Computer anhand der Variablen Wirtschaftsstärke und Einwohnerzahl des Bundeslands sowie Herkunftsland der Asylbewerber_innen durchgeführt. Für Geflüchtete in Berlin bedeutet dieses Verfahren, dass sie oft direkt nach der Antragstellung in Berlin in einen anderen Teil Deutschlands geschickt werden. Ausnahmen werden in der Regel nur gemacht, wenn nachgewiesen werden kann, dass Mitglieder der Kernfamilie bereits in Berlin leben. Zuweisungen für Berlin bekommen aktuell hauptsächlich Antragsteller_innen aus der Russischen Föderation, Afghanistan, Syrien, Bosnien-Herzegowina, Irak, Iran, Syrien, Vietnam, Serbien und Pakistan. Ihr Asylverfahren wird in Berlin weitergeführt.

Neue Notunterkünfte in den Bezirken

Nach Aufnahme des Asylantrags sind die Antragsteller_innen gesetzlich verpflichtet, sechs Wochen bis drei Monate in der ihnen zugewiesenen Aufnahme-

einrichtung zu wohnen. In Berlin befinden sich diese offiziellen Aufnahmeeinrichtungen in Spandau und Lichtenberg und verfügen über insgesamt 750 Plätze. Aufgrund der gestiegenen Zahl von Anträgen seit dem dritten Quartal 2012 und fehlenden Kapazitäten zur Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften ist das Land Berlin dazu übergegangen, Notunterkünfte in verschiedenen Bezirken zu eröffnen. Im Februar 2013 gab es neun Notunterkünfte mit Kapazitäten zwischen 20 bis 265 Plätzen. Diese erfüllen, aufgrund der meist kurzfristigen Eröffnung und einem Mangel an geeigneten Objekten, oft nicht einmal minimale Qualitätsstandards.

Neben den Aufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften gibt es weitere 18 Unterkünfte, in denen Geflüchtete langfristig, das heißt oft Monate oder Jahre, untergebracht werden. Laut Statistik des Landesamts für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) lebten Ende Februar 2013 insgesamt über 5000 Menschen in den verschiedenen Einrichtungen Berlins. Die Anzahl der Plätze in den Unterkünften variiert unter den Bezirken. Der Bezirk Lichtenberg nahm etwa 1200, der Bezirk Tempelhof-Schöneberg circa 800 und Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau jeweils etwa 600 Menschen auf. Bezirke wie Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf und Neukölln nahmen aber nur 100 oder weniger Menschen auf.

Wegen der Existenz der vielen Notaufnahmen ist das Land Berlin bemüht, neue Gemeinschaftsunterkünfte mit längeren Laufzeiten zu eröffnen. Aus diesem Grund wurden allein im Jahr 2012 fast 100 Objekte durch das LAGeSo geprüft, jedoch fast immer von den Bezirken auf der Grundlage baulicher Gründe abgelehnt. Geplante Neueröffnungen von Unterkünften, wie z.B. in Neukölln und Reinickendorf, wurden von Bezirksvertreter_innen der Parteien CDU und

NPD genutzt, um rassistische Vorurteile zu schüren und die Bürger_innen aus der Umgebung gegen die Geflüchteten aufzubringen.

Unterbringung in Wohnungen

Seit Anfang 2003 hat sich in Berlin die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen kostengünstiger ist als in den Gemeinschaftsunterkünften. Aufgrund eines Senatsbeschlusses war es den betroffenen Menschen möglich, im Rahmen des Sozialhilfesatzes nach einer eigenen Wohnung zu suchen. Äußerst problematisch war aber, dass zwar die Kosten der Wohnung übernommen wurden, aber in der Mehrzahl der Fälle keine Übernahme der Kautions erfolgte. Diese musste von vielen Mieter_innen selbst aufgebracht werden, was oft zu einem schnellen Scheitern der Wohnungsbewerbung führte. Erst seit Mitte 2012 gibt es hierzu etwas verbindlichere Formulierungen in den Mietkostenübernahmebescheinigungen des LAGeSo und die Übernahme von Kautions wird geprüft. Trotz der Verbesserung der sozialrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungssuchende ohne festen Aufenthalt bestehen weiterhin große Probleme. Da die Geflüchteten über kein langfristiges Aufenthaltspapier verfügen, bestehen schlechte Voraussetzungen bei den Bewerbungen auf dem freien Wohnungsmarkt. Viele Vermieter_innen schließen diese Gruppe grundsätzlich von Bewerbungen aus, andere bevorzugen im Vergabeverfahren Mietinteressent_innen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder sicherem Aufenthalt.

Aufgrund der Probleme bei der Wohnungssuche hat das Land Berlin 2011 einen Kooperationsvertrag im Rahmen des Projekts „Wohnungen für Flüchtlinge“ mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften geschlossen. Durch diesen Vertrag soll, neben der Möglichkeit eine eigene Wohnung zu suchen, ein

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

geschütztes Kontingent von jährlich 275 Wohnungen für Geflüchtete entstehen. Bis heute steht aber nicht einmal die Hälfte der vereinbarten Wohnungsanzahl zur Verfügung. Obwohl die Ziele des Projekts nicht erreicht wurden, fehlt es an politischem Druck auf die beteiligten Wohnungsbaugesellschaften zur Schaffung dieses Wohnraums.

Unzureichende medizinische Versorgung

Geflüchtete werden in Berlin über das Land Berlin bei der AOK Nordost angemeldet. Sie bekommen pro Quartal einen Krankenschein und können hiermit zu Allgemeinmediziner_innen gehen und von dort auch an Fachärzt_innen überwiesen werden. Die Versorgung findet aber nur eingeschränkt statt, da nur die Behandlung von akuten Krankheiten und Schmerzzuständen durch das Asylbewerberleistungsgesetz abgedeckt sind. Für chronisch kranke Menschen bedeutet dies einen Ausschluss von der medizinischen Versorgung, falls ihre Krankheiten nicht schmerzhaft sind. In Bremen und Hamburg wird den Geflüchteten eine normale Chipkarte ohne die oben beschriebenen eingeschränkten Leistungen ausgestellt. Berlin sträubt sich gegen diese Regelung, obwohl das Bremer Modellprojekt nicht nur die Diskriminierung von Geflüchteten in der medizinischen Versorgung minimiert, sondern auch die anfallenden Behandlungs- und Verwaltungskosten deutlich reduziert.

Geldleistungen unterhalb des Existenzminimums

Aufgrund der Kämpfe von Geflüchteten ist das Sachleistungsprinzip in Berlin in den Bezirken schrittweise seit dem Jahr 2003 durch Barleistungen ersetzt worden. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.07.2012 (1 BvL 10/10; 1 BvL 2/11) sind die Leistungen ab August 2012 auf ein „menschewürdiges Existenzminimum“ erhöht worden, welches für alleinstehende oder alleinerziehende Personen einen Betrag von 354€ vorsieht. Dieses Existenzminimum gilt aber nicht für Menschen, die nach Auffassung der Ausländerbehörde die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, meist „freiwillige“ Ausreise oder Abschiebung, selbst zu verantworten haben. Diese Personengruppe muss weiterhin mit Kürzungen von bis zu 137€ leben, da es aus Sicht verschiedener Politiker_innen und Behörden scheinbar keinen Anspruch



1. Berlin-Friedrichshain, 4. Januar 2012

Drei Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren werden gegen 23.45 Uhr am und im S-Bahnhof Frankfurter Allee von drei 34- und 36-jährigen Männern antisemitisch beleidigt und mit Steinen beworfen. Einem Jugendlichen wird ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 5.01.2012, Div. Medien z.B.: Berliner Morgenpost, 5.01.2012

2. Berlin-Neukölln, 5. Januar 2012

In der Nacht werden drei Fensterscheiben einer Wohnung in der Karl-Marx-Straße eingeworfen. Eine Person, die in dem Zimmer schläft, wird zufällig nicht verletzt. Die Scheiben der Wohnung wurden am 17. Mai 2011 schon mal eingeworfen, weil dort ein Plakat gegen Nazis hing.

Autonome Neuköllner Antifa

3. Berlin-Kreuzberg, 5. Januar 2012

Beim Verlassen des Schwuz, einem schwul-lesbischen Club am Mehringdamm, wird gegen 4.35 Uhr ein 32-jähriger Mann von einem Unbekannten geschlagen, getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 03.2012

4. Berlin-Prenzlauer Berg, 8. Januar 2012

Gegen 5.20 Uhr wird ein 23-jähriger Mann an der Kreuzung Eberswalder Straße Ecke Schönhauser Allee von drei unbekanntenen Männern rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Dem auf den Boden liegenden Mann wird gezielt gegen den Kopf getreten, wodurch er schwer verletzt wird.

Polizei Berlin, 9.01.2012, 10.01.2012, Div. Medien z.B.: Tagespiegel, 9.01.2012, 10.01.2012

A black and white photograph of a woman with dark, curly hair, wearing a dark scarf and a dark top. She is looking upwards and to the right with a slight smile. The word "EXTREME" is overlaid in white, bold, sans-serif capital letters across her eyes. The background is blurred, showing what appears to be a car and some architectural elements.

EXTREME

auf ein generelles „menschwürdiges Existenzminimum“ gibt. Da aber immer mehr Menschen erfolgreich gegen diese Kürzungen vor dem Sozialgericht klagen, bleibt zu hoffen, dass auch diese Praxis bald der Vergangenheit angehört.



KuB e.V. – Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen

Jonas Feldmann ist Mitarbeiter der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen (KuB) e.V., die seit 30 Jahren in Berlin kostenlose Beratung zu aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragestellungen anbietet. Die KuB vertritt den Standpunkt, dass allen Menschen ein sicherer Aufenthaltsstatus sowie politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung zustehen.



Chronik

5. Berlin-Weißensee, 11. Januar 2012

Ein 41-jähriger Punk wird gegen 2.30 Uhr von einer 21-jährigen Frau, die sich selbst als der „rechten Szene zugehörig“ bezeichnet, in der Nähe einer Tramhaltestelle in der Berliner Allee mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen. Der 41-Jährige wird verletzt.

Polizei Berlin, 11.01.2012 Div. Medien z.B.: Tagesspiegel, 11.01.2012, Antifa Pankow

6. Berlin-Wilmersdorf, 13. Januar 2012

Gegen 12.20 Uhr wird ein 19-Jähriger auf dem Hohenzollerndamm in Schmargendorf von zwei Personen rassistisch beleidigt. Der junge Mann wird von einem 30-jährigen Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 2.05.2012

7. Berlin-Lichtenberg, 14. Januar 2012

Ein 25-jähriger Mann wird gegen 1.30 Uhr auf dem U-Bahnhof Lichtenberg von zwei unbekanntem Männern geschlagen und am Boden liegend getreten. Er mischt sich ein als sein 26-jähriger gehandicapter Begleiter von den Männern beleidigt wird.

Polizei Berlin, 14.01.2012, 19.01.2012, Berliner Morgenpost, 14.01.2012, B.Z., 14.01.2012

8. Berlin-Prenzlauer Berg, 17. Januar 2012

Gegen 15.30 Uhr wird ein 20-jähriger Mann auf der Eberswalder Straße von einem 48-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Der Täter kann flüchten und wird später von der Polizei gestellt.

Polizei Berlin, 18.01.2012, Div. Medien z.B.: rbb-online, 18.01.2012, Antifa Pankow

9. Berlin-Friedrichshain, 21. Januar 2012

Auf dem S-Bahnhof Ostkreuz wird gegen 6.00 Uhr eine Frau aus rassistischen Gründen von zwei ihrem äußeren Erscheinungsbild nach rechten Männern angegriffen und verletzt.

Antifa Friedrichshain

Aufstand von ganz unten

Ein Interview mit Turgay Ulu von Stefan Otto, Übersetzung von Berna Gezik

Refugees nennen sich die Flüchtlinge vom Berliner Oranienplatz. Besitzlos und in vielen Rechten eingeschränkt haben sie sich erhoben. Sie wollen nicht mehr abgeschottet sein von der Bevölkerung, in Heimen zusammengepfercht, kaum mit dem Nötigsten versorgt und zur Untätigkeit gezwungen. Bis die Ausländerbehörde über ihr Asylgesuch richtet. Ein Interview mit Turgay Ulu.



Zur Person:

Als Turgay Ulu vor zwei Jahren nach einer abenteuerlichen Flucht aus Istanbul Deutschland erreichte, versprach er sich als politisch Verfolgter Schutz und ein würdiges Leben. Aber der 39-Jährige landete in Sammelunterkünften, in denen Flüchtlinge isoliert sind und perspektivlos vegetieren. Weil er dies nicht mehr aushielt, verließ er im September 2012 sein Heim in Hannover und schloss sich in Würzburg dem Flüchtlingsmarsch an, der 600 Kilometer zu Fuß nach Berlin lief.

In der Türkei verbrachte Turgay Ulu 15 Jahre im Gefängnis. Angeblich soll er als marxistisch orientierter Student an dem Fluchtversuch eines mutmaßlichen Mitglieds einer militanten Gruppe beteiligt gewesen sein. Dafür erhielt er die Todesstrafe, später wurde das Strafmaß in eine

lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Nachdem Amnesty International sich für ihn einsetzte, weil das Verfahren gegen ihn von Fehlern und Rechtsbrüchen begleitet war, wurde die Haft unterbrochen. Er nutzte die Gelegenheit und setzte sich 2011 nach Griechenland ab. Auch dort landete er wieder im Gefängnis. Nach einem Hungerstreik mit mehreren anderen Häftlingen kam er jedoch nach drei Monaten Haft frei und flüchtete nach Deutschland.

Ungeachtet eines Reiseverbotes habt Ihr im September 2012 den Flüchtlingsmarsch gestartet. Warum seid ihr losgegangen?

Wir begannen in Würzburg mit dem Marsch, weil dort der Iraner Mohammad Rahsepar in einem Flüchtlingslager im Januar 2012 Selbstmord begangen hatte. Er hielt die isolierte Situation in dem Heim und seinen unsicheren Aufenthaltsstatus als Flüchtling nicht mehr aus. Mit seinem Selbstmord wollte er gegen die Zustände in Deutschland demonstrieren. Freunde trugen seinen Protest weiter und errichteten in der Würzburger Innenstadt ein Camp. Auch in anderen Städten gab es immer wieder Demonstrationen. Bis wir uns dazu entschlossen, gemeinsam nach Berlin aufzubrechen, um unseren Widerstand zu zentralisieren.

Für Euch war der Marsch nicht ganz ungefährlich. Schließlich gilt für Flüchtlinge in Deutschland die Residenzpflicht, die Eure Bewegungsfreiheit einschränkt.

Ja, wir setzten uns ganz bewusst darüber hinweg. Zu Beginn unseres Marsches waren wir manchmal nur 15 Leute, und einige von uns waren verunsichert, weil nicht klar war, ob sie uns laufen lassen würden. Aber niemand hielt uns auf. Mit der Zeit

sind wir mutiger geworden. Auf unserem langen Weg durch Deutschland besuchten wir viele Lager, und weil die Medien über uns berichteten, konnten wir unmögliche Zustände an die Öffentlichkeit bringen. Jetzt im Rückblick erscheint mir der Marsch zwar sehr beschwerlich, aber es war auch romantisch.

Warum das?

Nun, die Natur war großartig. Es gab überall Bäume, auch viele Obstbäume, die Vögel sangen. Ich war ja 15 Jahre in der Türkei im Gefängnis. Da hatte ich es vermisst, einen so langen Marsch zu machen. Wir schliefen draußen, abends schlugen wir Zelte auf, machten ein Lagerfeuer und kochten Essen. Natürlich war es auch sehr anstrengend. Ich hatte viele Blasen an den Füßen. Einmal musste sogar ein Arzt kommen, um meine Wunden zu behandeln. Aber dann ging es weiter. 600 Kilometer liefen wir, ohne einmal in ein Fahrzeug zu steigen. Für mich war es eine Reise in die Freiheit. Mein Kopf, der war frei. Nur hatten wir leider auch mit Nazis zu tun. In Erfurt, Leipzig und Potsdam demonstrierte die NPD gegen uns.

Was ist dort passiert?

Es waren immer nur wenige Nazis, die provozierten. Sie konnten nichts ausrichten, weil wir von einer Mehrheit unterstützt wurden. In Erfurt liefen 700 Menschen mit uns, in Leipzig 1000. Bei der ersten Demonstration nach unserer Ankunft in Berlin kamen sogar 8000 Menschen. Hier machte die Partei Pro Deutschland auch eine Aktion gegen uns am Brandenburger Tor.

Hattet Ihr Angst vor Übergriffen?

Nein. Überhaupt nicht. Wir erfuhren viel Unter-

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

stützung von antifaschistischen und antirassistischen Gruppen. Immer wenn wir bedroht waren, wie in Potsdam, als vielleicht 20 Nazis uns aufhalten wollten, gab es Initiativen, die uns beschützt hatten.

Warum seid ihr nach Berlin gelaufen?

Berlin ist die Hauptstadt. Und wir richten uns schließlich gegen Gesetze, die hier verabschiedet werden. Wir wollen, dass die Lager für Flüchtlinge geschlossen werden, dass die Residenzpflicht abgeschafft wird, und dass die Abschiebungen gestoppt werden. Deshalb war klar, unser Marsch kann nur hier enden. Wenn man in die Geschichte schaut, dann werden alle Konflikte im Zentrum der Macht, in den Hauptstädten ausgefochten. Im Moment leben in dem Camp auf dem Oranienplatz und in der leerstehenden Schule, die wir im Dezember 2012 in der Reichenberger Straße besetzten, 125 Menschen, manchmal sind wir auch mehr als 200 Flüchtlinge, die aus ganz Deutschland nach Kreuzberg gekommen sind. Berlin ist das Zentrum unseres Streiks.

Noch nie gab es in Deutschland einen so entschlossenen Protest von Flüchtlingen. Wie hat Eure Bewegung 2012 an Dynamik gewonnen?

Wir haben es geschafft, viele Menschen darüber zu informieren, wie miserabel in Deutschland mit Flüchtlingen umgegangen wird. Es hat darüber eine breite Diskussion gegeben, die für uns erfolgreich war: In einigen Bundesländern haben wir es geschafft, dass die Residenzpflicht gelockert wurde und wir mehr Bewegungsfreiheit bekommen. Einige Orte haben auch das Gutschein-system aufgehoben.

Also habt Ihr schon einiges erreicht?

Schon. Es es ist das Ergebnis unserer ständigen Aktionen. Aber das reicht natürlich nicht aus.

Was für Aktionen sind das?

Wir haben beispielsweise im Oktober die nigerianische Botschaft besetzt. Weil Deutschland die nigerianischen Flüchtlinge abschieben wollte. In Nigeria ist aber die Lage sehr angespannt, weil es



Chronik

10. Berlin-Tiergarten, 21. Januar 2012

Ein 22-jähriger Pressefotograf, der gegen 12.55 Uhr während einer Demonstration auf dem Platz der Republik eine Gruppe von ca. 20 „Autonomen Nationalisten“ fotografiert, wird von einem 27-Jährigen aus der Gruppe heraus mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 16.03.2012

11. Berlin-Tiergarten, 22. Januar 2012

Ein 71-jähriger Wohnungsloser, der im Fritz-Schloss-Park in Moabit in einer Bretterbude wohnt, wird gegen 15.30 Uhr von einer Gruppe von unbekanntem Jugendlichen mit Steinen und Stöcken beworfen. Ein 60-jähriger Zeuge wird von einem der Angreifer geschubst.

Polizei Berlin, 23.01.2012, Div. Medien z.B.: Berliner Morgenpost, 23.01.2012

12. Berlin-Lichtenberg, 22. Januar 2012

Auf dem S-Bahnhof Rummelsburg greift ein 20-jähriger Mann drei Bahnmitarbeiter_innen an, schlägt und tritt sie und verwendet extrem rechte Parolen. Die Bahnmitarbeiter_innen waren auf ihn aufmerksam geworden, weil er in der S-Bahn Feuerwerkskörper gezündet hat.

Bundespolizei, 23.01.2012, Tagesspiegel, 23.01.2012, Antifa Hohenschönhausen

13. Berlin-Neukölln, 25. Januar 2012

Ein Mann mit einem Kind wird bei der Überquerung der Straße von einem Autofahrer, der in der zweiten Reihe parkt, rassistisch beleidigt. Als der Mann kurze Zeit später erneut an der Stelle vorbeikommt, wird er von dem Autofahrer mit einer Eisenstange in der Hand verfolgt, geschlagen und verletzt. Kinder, die das beobachtet haben, benachrichtigen zivile Polizeibeamte, die den Mann trotz seiner offensichtlichen Verletzung als Täter behandeln. Andere Zeugen mischen sich ein und helfen dem Mann.

ReachOut

bewaffnete Konflikte mit der islamistischen Bewegung Boko Haram gibt. Es gab bei der Besetzung massive Polizeigewalt mit 26 Festnahmen, fünf Personen von uns waren verletzt und mussten teilweise sogar im Krankenhaus behandelt werden. Dagegen haben wir wiederum protestiert. Es kam immer wieder zu Übergriffen seitens der Polizei.

Zwischenzeitlich schien es, als würde sich Euer Protest spalten. War die Gruppe der Hungerstreikenden anderen zu radikal?

Ich glaube nicht, dass eine Spaltung drohte. Wir hatten zwei Strategien. Die einen zogen ihren Hungerstreik durch, die anderen blieben im Camp. Wir leben alle gemeinsam auf der Straße und haben viele Aktionsformen.

War es angebracht, einen Hungerstreik als Protestform zu wählen?

Ein Hungerstreik ist natürlich drastisch, weil es genau zwei Möglichkeiten gibt, die eintreffen können: Entweder werden die Forderungen erfüllt, und es bewegt sich was, oder das Leben ist vorbei. Die Hungerstreikenden vor dem Brandenburger Tor übten Druck auf die Politik aus, und nicht zuletzt deshalb kam es zu einem Treffen mit Politikern aus dem Innenausschuss des Bundestags.

Hat das Eure Situation verbessert?

Ich weiß nicht. Die Grünen, die Linke und die Piraten haben unsere Ziele unterstützt, die anderen Parteien haben sich gegen uns gestellt. Zum Beispiel verließ ein Abgeordneter der CDU bei dem Treffen den Raum. Wir haben lediglich einen Flyer verteilt, auf dem stand, dass die Residenzpflicht eine rassistische Auflage ist. Darüber waren einige Abgeordnete erbost. Es scheint sie zu stören, dass wir politisch argumentieren und uns als politische Bewegung verstehen.

Wie verlief das Treffen?

Wir führten eine hitzige Diskussion. Die CDU-Parlamentarier wollten unbedingt, dass wir einzeln unsere Probleme schildern. Wir sagten ihnen aber, dass wir eine politische Gruppe sind, und es nicht nur um die Schicksale einzelner geht. Sondern wir wollen mit aller Entschlossenheit dafür einstehen, dass die Gesetze geändert werden. Unsere Hal-

tung hat sie sehr verwundert. Damit konnten sie nicht umgehen.

Als der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan im Oktober Kanzlerin Angela Merkel in Berlin besuchte, war das für Dich ein besonderes Ereignis?

Ja, natürlich. Wir zogen natürlich mit unseren Bannern zum Brandenburger Tor und demonstrierten dort lautstark. In der Türkei gibt es noch immer 10 000 politische Gefangene, von denen ich ja auch einer war. Erdoğan hat Merkel auf dem Treffen eine Liste gegeben, auf der 70 Personen türkischer Staatsangehörigkeit standen, um deren Auslieferung er bittet. Ich erfuhr, dass nach diesem Staatsbesuch drei Personen, die auf der Liste standen, in Griechenland verhaftet wurden. Dieses Vorgehen gegen Flüchtlinge und die Isolation in den Lagern in Deutschland und anderswo in der EU das ist natürlich nur eine Ebene. Man muss diese Situation im Zusammenhang mit dem kapitalistischen System betrachten, das eine Individualisierung und eine Vereinzelung forciert. Unsere Proteste gegen die Isolierung sind somit nicht nur ein Flüchtlingsproblem.

Nein?

Man muss den Gesamtzusammenhang sehen. Wenn man sich anschaut, warum Menschen flüchten, warum Afghanistan bombardiert wird und im Irak Bomben hochfliegen. Dann lautet die Antwort, dass Kriege auch wegen geostrategischen Aspekten geführt werden und wegen Rohstoffressourcen, die es in den Ländern gibt. Die Bevölkerung wiederum flüchtet, weil sie nicht im Bombenhagel sterben will. Das ist nach der Genfer Konvention legitim.

Wenn nun hier in den Zielländern der Flüchtlinge eine Wirtschaftskrise herrscht und sich die Situation zuspitzt, dann erhöht sich in diesen Ländern der Rassismus erheblich. Die Aggression trifft zuerst die Flüchtlinge, weil sie arm und weil sie Außenseiter sind.

Flüchtlinge gehören zu den Schwächsten in der Gesellschaft.

Ja sicherlich. Es gibt viele Ungerechtigkeiten. So existiert etwa für die EU-Bürger eine komfortable Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaftsstaaten.

Aber wir Flüchtlinge sind davon ausgeschlossen. Ich darf zum Beispiel nicht von Hannover hierher ins Camp kommen. Aber wir brechen mit diesen Beschränkungen, Tag für Tag, bis sie abgeschafft werden.



RIVALITÄT

adidas



Islamfeindlichkeit als wachsendes gesellschaftliches Phänomen

von Lydia Nofal, „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“

Kaum mehr als die Hälfte der Westdeutschen und sogar weniger als die Hälfte der Ostdeutschen sieht in der zunehmenden Vielfalt religiöser Gemeinschaften eine kulturelle Bereicherung. In der Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“ heißt es: „Gera-
dezu dramatisch sind die Unterschiede zwischen Deutschland und den anderen westeuropäischen Ländern, wenn man nach der persönlichen Haltung der Menschen zu den Mitgliedern unterschiedlicher religiöser Gruppen fragt.“¹ Es gibt einen Zusammenhang zwischen Wort und Tat und so bietet die bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichende Haltung einen Nährboden für islamfeindliche Taten, deren Anwachsen wir 2012 beobachten mussten.



Islamfeindliche Aktionen gegen Moscheen in Berlin

„Eure Moscheen werden wir umbauen in Konzentrationslager und dann werdet ihr so konzentriert, dass

man euch im Asche-Eimer entsorgen kann.“ So klang es in einem Drohbrief, der im Juni 2012 an das Islamische Kultur- und Erziehungszentrum (IKEZ) in Neukölln gesendet wurde. Als Absender war die „Bundesregierung“ angegeben worden. Auch die Islamische Föderation Berlin hat dieses Schreiben im April 2012 erhalten und auch die As-Sahaba Moschee berichtet von einem Drohbrief in 2012, nachdem sie 2010 bereits Opfer von zwei Anschlägen geworden war, bei denen einmal der Täter die Scheiben mit einem Hammer eingeschlagen, „Krieg“ an die Wände geschrieben und einen Moscheebesucher bedroht hatte. Im zweiten Fall waren blutende Körperteile eines frisch geschlachteten Wildschweins vor der Moschee abgelegt worden.

In einem weiteren Drohbrief, einem achtseitigen Pamphlet der „Reichsbewegung“, das nach Angaben der DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) 2012 60 mal an Moscheen und Adressen von muslimischen Privatpersonen, aber auch an jüdische Einrichtungen versandt wurde, werden „alle Türken, Muslime und Neger“ aufgefordert, Deutschland zu verlassen. Sein Inhalt erinnert an die wirren Gedanken des norwegischen Attentäters Anders Breivik. In dem rassistischen Schreiben wird sowohl gegen Muslime, gegen Juden als auch gegen weitere gesellschaftliche Gruppen gehetzt. Es enthält esoterische Spinnereien und spricht von einem „Heiligen Atlantischen Reich Europäischer Völker“. In Rot geschrieben heißt es: „Wir weisen Sie hiermit unmißverständlich und mit sofortiger Wirkung aus Deutschland aus und fordern Sie auf, Deutschland innerhalb der nächsten sechs Monate (allerspätestens bis zum 1. August 2012) zu verlassen.“

Dem „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ wurden im April 2012 auch ein Farbanschlag auf die Şehitlik Moschee in Neukölln und die Ablage von Schweineköpfen vor selbiger gemeldet. (Der rechtsradikale Täter konnte 6 Monate später von der Polizei gefasst werden.) Im Juli wurde die Bilal Moschee im Wedding mit Hakenkreuzen beschmiert, im Oktober die in der Nähe liegende Al Rahman Moschee und auch an der Kocatepe Moschee in Spandau gab es rechtsradikale Schmierereien.

Bei der Ayasofya Moschee ging im Dezember 2012 eine islamfeindliche und überaus ekelige Karikatur ein. Auch am Eingang der Moschee „Haus der Weisheit“ in Moabit wurden im Dezember 2012 zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen Karikaturen, die den Prophet Mohammed diskreditieren, angebracht. Der Vorsitzende der Şehitlik Moschee berichtete dem Netzwerk von mehreren volksverhetzenden Karikaturen, die ihnen 2012 zugefaxt wurden. Außerdem erhielt die Şehitlik Moschee einen Drohanruf. Des Weiteren berichten mehrere Moscheen über Hass-Mails oder Mails mit beleidigendem Inhalt, denen zumeist aber wenig Beachtung geschenkt wird und die dann einfach gelöscht werden.

Gesellschaftlicher Umgang mit islamfeindlichen Aktionen gegen Moscheen

Bei diesen Vorfällen handelt es sich nur um die Meldungen, die 2012 von den Moscheen an das „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ gemeldet wurden. Meldungen von Einzelpersonen sind hier nicht enthalten. Es gibt keine verlässlichen Angaben über das Dunkelfeld, wir gehen allerdings davon aus, dass bisher nur ein kleinerer Teil der Vor-

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

fälle auch beim Netzwerk gemeldet wird. Auch wenn daher der Austausch mit den Moscheen und weitere Sensibilisierung der Moscheen notwendig ist, bleibt festzuhalten, dass das „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ bundesweit das einzige Projekt ist, das überhaupt muslim- und islamfeindliche Kriminalität und Diskriminierung systematisch erfasst. Hier besteht ein dringender Nachholbedarf: wir brauchen eine bundesweite, einheitliche und systematische Erfassung von islamfeindlicher Kriminalität und Diskriminierung durch die muslimischen Organisationen. Bisher können diese nur sehr unvollständige Auskünfte zu Übergriffen auf die zu ihnen gehörenden Moscheen geben. Der Zentralrat der Muslime erfasst teilweise Medienberichte und die IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs) erfasst auch Einzelfälle von Diskriminierungen, die ihnen von den Mitgliedsvereinen weitergeleitet werden, eine systematische Erfassung gibt es dennoch bisher nicht.

Gerade einmal über vier der oben geschilderten Vorfälle wurde in den Medien berichtet - und dies zum Teil auch nur in kurzen Meldungen. Über die sehr hetzerischen und volksverhetzenden Karikaturen, die 2012 vermehrt bei den Moscheen eingegangen sind, gibt es keinen einzigen Medienbericht. Da es sich hierbei um ein relativ neues Phänomen handelt, das in Zusammenhang mit dem wissenschaftlich belegten Anwachsen islamfeindlicher Haltungen in der Bevölkerung steht, und nach unserer Wahrnehmung die Zahl der Fälle auch steigt, ist nach unserer Auffassung eine größere mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit geboten. Zurzeit werden diese Vorfälle überwiegend nur in der muslimischen Community wahrgenommen und schaffen dadurch ein Gefühl der Ausgrenzung oder gar Bedrohung. Klare Verurteilung und gesellschaftliche Solidarität sind sehr wirksame Mittel, um die Ziele der Täter zu torpedieren: um ihren Bemühungen, in der muslimischen Bevölkerung ein Gefühl des „Nicht-Dazugehörens“ und der Bedrohung zu erzeugen, wirksam etwas entgegenzusetzen und um sogar ihre Taten für eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen den Menschen unterschiedlicher Religion und Herkunft in unserer Stadt zu nutzen.



Chronik

14. Berlin-Mitte, 26. Januar 2012

Ein Mann wird von einem Unbekannten gegen 22.00 Uhr im U-Bahnhof Friedrichstraße rassistisch beleidigt und angegriffen.

ReachOut

15. Berlin-Prenzlauer Berg, 29. Januar 2012

Gegen 0.40 Uhr werden eine Frau und ein Mann von einem Neonazi am S-Bahnhof Greifswalder Straße als „Scheißzecken“ beleidigt und bedroht. Der Mann wird von dem Neonazi gegen die Wand geworfen und erst, nachdem eine Person zum „Aufhören“ auffordert, entfernt sich der Neonazi unerkannt.

ReachOut

16. Berlin-Charlottenburg, 18. Februar 2012

Gegen 18.50 Uhr fordert am S-Bahnhof Charlottenburg eine 31-jährige Frau ca. 10 Hertha-Fans auf, das Singen von „Nazi-Liedern“ zu unterlassen. Sie wird daraufhin von ihnen aus der Bahn gestoßen und dadurch verletzt.

Polizei Berlin, 24.07.2012, ReachOut

17. Berlin-Charlottenburg, 24. Februar 2012

Im Gefängnis Plötzensee in der Lehrter Straße in Moabit wird gegen 19.40 Uhr ein 21-jähriger Mann von einem 24-jährigen Mann aus rassistischer Motivation mit einem Messer lebensgefährlich verletzt. Der Täter hatte am 9.10.2011 schon einmal aus rassistischen Motiven einen Imbissbetreiber in der Wilhelminenhofstraße niedergestochen und schwer verletzt.

Tagesspiegel, 28.12.2012, Taz, 29.02.2012

18. Berlin-Charlottenburg, 24. Februar 2012

Ein 46-jähriger Mann wird gegen 17.45 Uhr am Theodor-Heuss-Platz von einem unbekanntem Mann homophob beleidigt, bedroht und durch einen Kopfstoß im Gesicht verletzt.

Polizei Berlin, 25.02.2012, Berliner Zeitung, 25.02.2012, queer.de, 27.02.2012

Notwendigkeit der spezifischen polizeilichen Erfassung islam- oder muslimfeindlicher Kriminalität und Dunkelfeldforschung

Weder in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik der Länder sowie des Bundes (PKS) noch im von Bund und Ländern ebenfalls betriebenen Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) finden sich Straftaten, die ein muslim- bzw. islamfeindliches Motiv aufweisen. Diese werden im Fall der Anzeigenerstattung als Hasskriminalität oder fremdenfeindlich als Unterpunkt der PMK-rechts eingestuft, obwohl geschätzt 45% aller Muslime die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und eine islamfeindliche Gesinnung nicht immer mit einer rechtsradikalen Gesinnung zusammenfallen muss.

Eine Auswertung des polizeilich registrierten Aufkommens islam- oder muslimfeindlicher Straftaten ist auf Grund dieser Einstufung nicht möglich. So gab es beispielsweise laut Kriminalitätsstatistik des Landes Berlin 2011 (Zahlen von 2012 liegen noch nicht vor) insgesamt 61 Gewaltdelikte die der „Politisch Motivierten Kriminalität – rechts“ zugeordnet werden. Davon entfällt einer auf den Bereich „antisemitisch“, 24 entfallen auf den Bereich „gegen links“ und 30 auf den Bereich „fremdenfeindlich“. Wie viele dieser Fälle einen islamfeindlichen Hintergrund haben, geht aus der Statistik nicht hervor. Es ist damit auch nicht möglich, dass die Polizei im Zuge ihrer präventions- und vorfeldorientierten Gefahrenabwehraufgabe tätig wird. Daher wird eine bundesweite spezifische Erfassung islamfeindlicher Übergriffe, keine allgemeine, aus der wir den islamfeindlichen Hintergrund nicht ablesen können, benötigt. Denn die Erfassung muslim- bzw. islamfeindlich motivierter Straftaten entspricht nicht mehr der Realität der gegen Muslime gerichteten Kriminalität.

Der Kriminologe und Polizeiwissenschaftler Charles von Denkowski unterstreicht in einem Aufsatz in der Fachzeitschrift „Die Polizei“ (Heft 1, 2012, 29-34), dass eine kriminalstatistisch spezifische Erfassung antisemitisch motivierter Straftaten seit dem Jahr 1993, also schon im Vorläufer des KPM-D-PMK, zu Recht erfolgt. Denn Juden und ihre Einrichtungen werden in Deutschland jede Woche Opfer politisch motivierter Straftaten. Auf Basis dieser Erfassung ließen sich Täter-Opfer-Konstellationen erkennen und bis auf die kommunale Ebene kriminalstrategische Folgerungen für sicherheitsbehördliche Interventionen, aber auch für gesamtgesellschaftliche Präventionsmöglichkei-

ten gegen diese Form von Hasskriminalität ziehen. Zudem bieten die Aussagen des KPM-D-PMK über tatauflösende politische Motivationen eine Grundlage für die interdisziplinäre Erforschung des Antisemitismus. Angesichts einer wissenschaftlich belegten Zunahme von gruppenbezogener-menschenfeindlicher Einstellungen gegenüber Muslimen innerhalb der deutschen Bevölkerung (Studie von Zick/Küpper, 2012, IKG Bielefeld), der Opferwahl des NSU sowie der vermehrt registrierten Angriffe auf Moscheen und Beleidigungen von Muslimen sei es dringend geboten, im KPM-D-PMK auch islam- und muslimfeindliche Straftaten kriminalstatistisch gesondert bundesweit zu erfassen.

Die nächsten Fragen, die sich im Zusammenhang mit islam- und muslimfeindlicher Kriminalität stellen, sind: was ist notwendig, um die Helffelderfassung zu verbessern und wie groß ist das Dunkelfeld? Wie viele Hassbriefe, Drohungen und Schmierereien an Moscheen gab es, von denen niemand etwas erfahren hat? Wir können es nicht sagen, aber wir wissen aus unserer Arbeit mit den Moscheevereinen, dass das Bewusstsein, dass es sich hier um Straftaten handelt, die angezeigt und gemeldet werden müssen, in den letzten zwei Jahren deutlich angestiegen ist, es aber noch immer auf einem recht niedrigen Niveau liegt. Daher ist eine weitere Sensibilisierung für das Thema unseres Erachtens notwendig. Wäre es nicht auch Aufgabe der Polizei, alle Moscheen in Berlin aufzusuchen, Aufklärung anzubieten und die Vorstände der Moscheen darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Ereignissen um Straftaten handelt, die angezeigt werden sollten? Auch Aufklärung, was strafrechtlich relevante Hasskriminalität ist, sowie die Sensibilisierung der Community zur Steigerung der Anzeigebereitschaft bei personenbezogener Hasskriminalität sind notwendige Maßnahmen.

Aber während die Polizei im Zusammenhang mit der Prävention gegen religiös begründeten Extremismus durchaus den Kontakt und die Zusammenarbeit mit Moscheen sucht, fehlen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung von Muslim- und Islamfeindlichkeit polizeiliche Konzepte.

Neben einer verbesserten Helffelderfassung ist für die professionelle Weiterentwicklung einer Bekämpfung der integrations- und identifikationsschädigenden Wirkung von muslim- und islamfeindlicher Kriminalität notwendig, Dunkelfeldforschung sowohl zu islamfeindlichen Übergriffen auf Moscheen wie auch zu

Hasskriminalität gegenüber Personen auf Grund ihrer muslimischen oder zugeschriebenen muslimischen Identität durchzuführen.

Ein weiteres Problem, das hier nur am Rande erwähnt werden kann, ist der Mangel an Dunkelfeldforschung zu Diskriminierungserfahrungen insbesondere junger Muslime und deren Folgen. In den 65 Veranstaltungen mit mehr als 1.200 Teilnehmern, die das von Insan und dem ADNB durchgeführte Projekt „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ in Berliner Moscheen durchgeführt hat, haben die Teilnehmer über ihre Diskriminierungserfahrungen und deren Folgen berichtet. Es hat sich gezeigt, dass viele Teilnehmer diese Erfahrungen nicht als Einzelfälle wahrnehmen, sondern als Teil einer grundsätzlichen, weit verbreiteten Ablehnung in der Gesellschaft. Die Diskriminierungserfahrungen haben zu einer Minderung des Vertrauens in den deutschen Staat beigetragen. Dies gilt es, wissenschaftlich fundiert zu erfassen und daraus Handlungskonzepte gegen desintegrative Erfahrungen zu entwickeln. Zudem fehlt eine empirische Untersuchung zu der Frage, in wieweit Diskriminierungserfahrungen zu einer Radikalisierung extremistischer Jugendlichen beitragen.

Fazit

Islamfeindlichkeit ist ein wachsendes gesamtgesellschaftliches Problem, dem sich die Politik und Gesellschaft entschlossener als bisher stellen muss. Nur durch entschiedeneres Handeln können wir das Wertefundament unserer Gesellschaft gegen menschenverachtende und rassistische Ideologien und Taten verteidigen. Auch fehlt bisher ein Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Wort und Tat. Es reicht nicht, Täter zu verfolgen, vielmehr brauchen wir in der Mitte der Gesellschaft eine Stärkung des Bewusstseins für die Grundwerte, auf denen das Zusammenleben in unserem Land fußt (oder fußen sollte): zuallererst Artikel 1 des Deutschen Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, aber auch Gleichberechtigung und Wertschätzung von Vielfalt und Pluralismus.



FUSSNOTE

1 Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“. Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster unter Leitung Prof. Dr. Detlef Pollack, Münster 2010, Seite 2

Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen

*Seit August 2010 wird das Kooperationsprojekt „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ durch Inssan und ADNB des TBB durchgeführt. Das Netzwerk bietet in enger Kooperation mit den Berliner muslimischen Organisationen Empowerment an, erfasst diskriminierende und islamfeindliche Vorfälle, entwickelt Advocacy Strategien gegen Diskriminierung insbesondere im Bereich Schule, sensibilisiert Multiplikatoren und die Öffentlichkeit für das Thema Islamfeindlichkeit und Diskriminierung, baut Netzwerke auf und bietet Beratung und Unterstützung für Betroffene an.
www.netzwerkdiskriminierung.de*

Chronik

19. Berlin-Neukölln, 1. März 2012

Eine 23-jährige Frau wird gegen 12.50 Uhr in Buckow in einem Bus der Linie M46 von einem anderen Fahrgast rassistisch beleidigt. Als sie an der Haltestelle Kormoranweg aussteigt, wird sie von dem unbekanntem Mann geschlagen und bespuckt.

Polizei Berlin, 1.03.2012

20. Berlin-Neukölln, 3. März 2012

Im Bus der Linie 171 wird ein Mann von einem anderen Fahrgast rassistisch beleidigt und auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen. Als die Polizei kommt, wird der Geschädigte von einem der Polizisten als Täter behandelt, obwohl er sichtbare Verletzungen im Gesicht hat.

ReachOut

21. Berlin-Tiergarten, 5. März 2012

In der Köbisstraße wird gegen 14.30 Uhr ein 45-jähriger Mann von einem 48-jährigen Mann homophob beleidigt. Der 48-Jährige hetzt seinen Hund auf den Mann.

Polizei Berlin, 24.07.2012

22. Berlin-Friedrichshain, 10. März 2012

Gegen 4.30 Uhr werden eine 36-jährige und eine 38-jährige Frau in der Nähe des U-Bahnhofs Samariterstraße von zwei unbekanntem Männern homophob beleidigt. Die 38-jährige wird von einem Mann ins Gesicht geschlagen und als sie zu Boden stürzt, wird auf ihren Kopf eingetreten und sie wird verletzt. Die 36-Jährige wird von dem anderen Mann geschlagen.

Polizei Berlin, 10.03.2012, Berliner Zeitung, 10.03.2012, Polizei Berlin, 24.7.2012

„Sie hatte meinen kranken Sohn nicht mal angesehen.“

von Sahra (Name von der Redaktion geändert, 38 Jahre alt)

Sahras Vater reiste 1975 nach Deutschland ein. Ein Jahr später holte er die Familie nach. In ihrem Geburtsland war Bürgerkrieg ausgebrochen. Sahra war 1976 drei Jahre alt und lebt seitdem in Berlin. Sie ist in Charlottenburg aufgewachsen und dort zur Schule gegangen. In ihrer Klasse waren sehr wenige Schüler_innen mit Migrationshintergrund. Aufgrund ihres Vornamens hatte sie öfter Schwierigkeiten.



Als ich in der 5. Klasse auf meine erste Klassenfahrt fuhr, hatte ich Probleme an der Schweizer Grenze. Die Beamten dort wollten mich nicht über die Grenze lassen und sagten, ich müsse dort alleine warten. Sie sagten, sie könnten ja nicht sicher sein, ob ich nicht in der Schweiz illegal leben und arbeiten wolle. Zudem meinten sie, sei mein Name eigentlich ein Männername. Als wir eine Klassenfahrt in die DDR machten, war ich wieder die Einzige, die aus dem Bus aussteigen musste, da ich kein Visum hatte. Ich musste alleine in einen Container, in dem Soldaten mit Gewehren standen. Nachdem ich etwas unterzeichnet hatte, durfte ich wieder in den Bus steigen. Nach der fünften Klasse habe ich zum Glück die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Das war für

mich und meine Geschwister eine große Erleichterung, denn das hieß, dass wir nie wieder zur Ausländerbehörde gehen mussten, wenn wir z.B. auf Klassenfahrt fahren wollten. Es war jedes Mal schrecklich zur Ausländerbehörde gehen zu müssen, da man morgens schon um 7.30 Uhr anstehen musste und die Menschen, die dort arbeiteten, waren nie nett zu einem.

Seit 1996 lebt Sahra mit ihrem Mann in Berlin-Kreuzberg. Als sie ihren Mann heiratete, musste sie wieder zur Ausländerbehörde.

Es war hart wieder dort hingehen zu müssen. Jedoch habe ich mich diesmal stärker gefühlt, da ich die deutsche Staatsbürgerschaft hatte. Es war trotzdem wirklich hart mit dem Neugeborenen so früh morgens anstehen zu müssen. Seit ich 15 Jahre alt bin, habe ich gearbeitet. Ich habe auch gut verdient und konnte gut von meinem Geld leben. Nach ein paar Monaten, nachdem mein Mann aus dem Libanon gekommen war, reichte das Geld leider nicht mehr aus für uns beide zusammen.

Eine Freundin gab mir den Rat, dass ich zum Sozialamt gehen könne, da mein Mann einen dreijährigen Aufenthalt bekommen habe und somit Anspruch auf Leistungen habe. Ich ging also zusammen mit meinem Mann das erste Mal in meinem Leben zum Sozialamt. Die Frau, die uns damals im Kreuzberger Sozialamt gegenüber saß, sagte zu mir: «Selbst Schuld! Warum heiraten Sie denn auch einen aus dem Libanon? Jetzt müssen wir hier auch noch ihren Mann bezahlen.» Als ich später bei der Sozialberatung war, sagte mir die Frau dort, dass ich mir ja nicht vorschreiben lassen dürfe, wen ich heiraten würde.

Sahra hat vier Kinder. Als sie mit ihnen und deren Cousinen am Potsdamer Platz ein Eis essen ging, machte ein Passant abfällige Bemerkungen in Bezug auf «die vielen Kinder.»

Die Kinder liefen freudig vor, da sie die Eisdielen schon kannten. Da sagte ein Mann auf der Straße zu seiner Frau: «Die haben wohl nichts anderes zu tun, als Kinder in die Welt zu setzen.» Leider ist mir in diesem Moment keine Antwort oder Reaktion eingefallen. Aber ich war schockiert darüber, wie andere Menschen von außen einfach so über mein Leben urteilen, ohne zu wissen, was die Hintergründe sind. Auch im Krankenhaus, als ich mein viertes Kind bekommen hatte, sagte meine Bettnachbarin in einem abfälligen Ton: «Peter, die hat schon ihr viertes Kind bekommen.» Dies sagte sie so laut, dass es für mich nicht zu überhören sein konnte. In diesem Krankenhaus ist mir einmal etwas Schreckliches passiert, was ich bis heute nicht vergessen kann. Ich musste mit meinem kleinen Sohn, der eine Lungenentzündung hatte, in das Krankenhaus gehen. Es ging meinem Sohn sehr schlecht und er brauchte dringend Medikamente. Es war sehr heiß an diesem Tag. Mein Mann und ich hatten natürlich vorher geduscht und wir sind auch so immer sehr gepflegt. Als die Ärztin in das Behandlungszimmer kam, sagte sie zu uns: «Das nächste Mal, wenn sie diese Einrichtung aufsuchen, dann duschen sie bitte zuerst. Sie sehen doch, wie klein diese Räumlichkeiten sind.» Ich war so perplex und schockiert über diese Aussage, dass ich nicht wusste, was ich machen oder sagen sollte. Sie hatte meinen kranken Sohn nicht mal angesehen oder uns beraten, ob er Medikamente benötigt.

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

Schockiert ging ich mit meinem Mann und meinem Sohn aus dem Krankenhaus. Als wir draußen waren, sahen wir, wie hinter uns die Fenster aufgerissen wurden, um den Raum, aus dem wir gerade kamen, zu lüften.

Dieses Erlebnis war für mich und meinen Mann so einschneidend und demütigend, dass wir uns bis zum heutigen Tag vor jedem Arzt- und Krankenhausbesuch duschen und waschen.

Auch von Familienangehörigen und Freundinnen weiß Sahra, dass sie eine Menge rassistischer Diskriminierungen erfahren haben. So musste ihr Mann wegen einer Sache bei Gericht erscheinen.

Es ging um einen kleinen Fall, der nichts mit seinen Sprachkenntnissen zu tun hatte und auch nicht mit seinem Aufenthalt in Deutschland. Trotzdem fragte der Richter ihn, wie lange er schon in Deutschland leben würde und warum sein Deutsch denn trotzdem so schlecht sei. Zum Glück reagierte der Anwalt gut darauf und erwiderte, dass diese Fragen nichts mit dem vorliegenden Fall zu tun hätten.

Meiner Mutter sind schon viele rassistische Beleidigungen untergekommen, vor allem auch, weil sie ein Kopftuch trägt. So musste sie zum Beispiel im Supermarkt ihre Handtasche öffnen, weil die Verkäuferin hineinschauen wollte, ob sie auch nichts geklaut hatte und im Bus wurde sie von einem deutschen Fahrgast angeschrien. Weil er keinen Sitzplatz hatte, meinte er: «Die Ausländer sitzen und die Deutschen stehen.» Dann forderte er sie auf, den Platz frei zu machen. Sie weigerte sich aber.

Eine Bekannte hat mir erzählt, dass ihr Sohn in der Grundschule von seinem Lehrer immer diskriminiert wurde. Es war ein sehr junger Lehrer gewesen, einmal machte er eine Äußerung wie: «Ich habe zwar nichts gegen Ausländer, aber Deutschland gehört den Deutschen.»

Nach den Sommerferien sollte jeder Schüler über seine Ferien berichten. Als der Sohn meiner Bekannten an die Reihe kam, übersprang der Lehrer ihn einfach, weil er der Meinung war, dass er ja nur im Libanon gewesen sei und das sowieso nicht interessant oder schön ist. Er sagte: «Wir machen einfach mit dem Nächsten weiter.» Der Junge ist jetzt 18 Jahre alt und kann diesen Vorfall bis heute nicht vergessen. Es



Chronik

23. Berlin-Wedding, 26. März 2012

Drei Männer werden gegen 21.55 Uhr auf dem S-Bahnhof Gesundbrunnen von sieben 15- bis 27-jährigen Neonazis, Anhänger des BFC Dynamo, rassistisch beleidigt, mit Flaschen und einem Fahrrad beworfen und durch den Bahnhof verfolgt. Ein 37-jähriger Mann und zwei unbekannte Männer können sich in das Aufsichtsgebäude der S-Bahn retten.

Bundespolizei, 27.03.2012, Polizei Berlin, 30.03.2012, Chronik Auf die Pelle rücken!

24. Berlin-Wedding, 26. März 2012

Ein unbekannter Mann wird wenig später von den gleichen Neonazis angegriffen und getreten.

Bundespolizei, 27.03.2012, Polizei Berlin, 30.03.2012, Chronik Auf die Pelle rücken!

25. Berlin-Hellersdorf, 30. März 2012

Mitarbeiter der interkulturellen Einrichtung „Haus Babylon“ in der Klausdorfer Straße werden am Abend, nachdem alle Gäste gegangen sind, von zwei Männern rassistisch beleidigt und verletzt. Die Polizei nimmt die Täter fest.

Polis – Bezirksliche Koordinationsstelle Marzahn-Hellersdorf, ReachOut

26. Berlin-Marzahn, 31. März 2012

Gegen 2.30 Uhr wird ein 46-jähriger Mann in einer Kneipe an der Marzahner Promenade von einer 38-jährigen Frau und einem 44-jährigen Mann rassistisch beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 24.07.2012

27. Berlin-Pankow, 11. April 2012

Kurz nach 1.00 Uhr wird ein 27-jähriger Mann in der Dietzgenstraße in Niederschönhausen von einem Unbekannten aus rassistischer Motivation mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verfolgt.

Polizei Berlin, 11.04.2012, Berliner Zeitung, 11.04.2012, Tagesspiegel, 11.04.2012



HINTERGRUND

war ihm in diesem Moment sehr unangenehm und gleichzeitig fühlte er sich absolut enttäuscht.

Zwei Freundinnen, die in Berlin-Reinickendorf wohnen, erfahren ständig rassistische Diskriminierungen aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft und weil sie ein Kopftuch tragen. So ist einer an einer Bushaltestelle etwas passiert. Dabei fühlte sie sich sehr hilflos. Irgendetwas war geschehen und ein etwas älterer deutscher Mann schrie sie plötzlich an. Er gab an, Polizist zu sein, ohne einen Ausweis oder Ähnliches vorzuzeigen. Sie spricht fast gar kein Deutsch und glaubte dem Mann, als er einen Notizblock und einen Kugelschreiber aus seiner Jackentasche holte und zu ihr sagte, er wolle eine Anzeige erstatten. Sie versuchte, mit ihm zu kommunizieren und fragte ihn, warum er Anzeige erstatten wolle. Er verdrehte jedes Wort, das sie sagte und warf ihr vor, sie würde Ausdrücke zu ihm sagen und sie solle den Mund halten. Dabei machte er sich Notizen. Die anderen Leute an der Bushaltestelle schauten nur zu, niemand kam ihr zu Hilfe, außer einem ca. 12 Jahre alten Mädchen. Sie sagte zu dem Mann, dass es nicht wahr sei, die Frau habe das alles gar nicht gesagt. Dann schrie er auch das kleine Mädchen an. Sie bekam Angst und zog sich zurück. Zwischendurch sagte er: «Ich werde euch schon dazu bringen, zurück in eure Heimat zu gehen.»

Meine andere Freundin wurde auch auf offener Straße diskriminiert. Einem Passanten gefiel ihr Kopftuch nicht. Er schrie sie an mit den Worten, «Dich sollte man vergasen». Sie hatte danach lange Zeit Angst, alleine mit ihren Kindern auf die Straße zu gehen.



Der Text ist der deutsch-arabischen Broschüre „Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden. Antimuslimischer Rassismus, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Menschen arabischer Herkunft“, herausgegeben von ReachOut und der Arabischen Eltern-Union, entnommen.



28. Berlin-Schöneberg, 15. April 2012

Zwei Männer werden gegen 21.00 Uhr in der U-Bahnlinie 4 Richtung Innsbrucker Platz von einem unbekanntem Mann homophob beleidigt und mit einem Messer bedroht. Am U-Bahnhof Bayerischer Platz verlassen die 43- und 25-jährigen Männer mit dem Täter, der unerkannt flüchten kann, die Bahn.

Polizei Berlin, 16.04.2012, queer.de, 16.04.2012, Antifaschistische Initiative Schöneberg

29. Berlin-Neukölln, 16. April 2012

Ein Schwarzer wird um etwa 16.30 Uhr auf der Siegfriedstraße unvermittelt rassistisch beleidigt und mehrmals niedergeschlagen. Er muss im Krankenhaus behandelt werden.

ReachOut

30. Berlin-Neukölln, 16. April 2012

Ein wohnungsloser Mann wird gegen 23.00 Uhr auf dem S-Bahnhof Sonnenallee von drei unbekanntem Männern geschlagen und verletzt. Der 26-jährige Berliner kann sich in eine S-Bahn retten und die Notbremse ziehen. Zeug_innen eilen ihm zur Hilfe.

Bundespolizei, 17.04.2012, Berliner Zeitung, 17.04.2012, Autonome Antifa Neukölln

31. Berlin-Mitte, 19. April 2012

Am Michaelkirchplatz wird gegen 20.00 Uhr eine Person aus einer Gruppe heraus von einem Unbekanntem transphob beleidigt und mit der Hand ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 7.08.2012

32. Berlin-Neukölln, 21. April 2012

Ein 30-jähriger und ein 41-jähriger Mann werden gegen 17.30 Uhr in der Sonnenallee von vier unbekanntem Tätern antimuslimisch beleidigt, mit einem Gürtel geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012

Rassismus — wieder das Motiv?

von der „Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak B.“

Erschossen auf offener Straße, mitten in der Nacht. Fünf Freunde unterhalten sich, lachen, leben, haben Spaß. Der Mörder kommt auf die Gruppe zu, legt an, drückt ab. Burak: Lungendurchschuss, tot.“

(Bianca, Mutter von Buraks Freundin)



Über ein Jahr ist der Mord an dem 22jährigen Burak aus Neukölln nun her. Er wurde in der Nacht vom 4. auf den 5. April 2012 gegenüber dem Krankenhaus Neukölln von einem Unbekannten erschossen. Burak unterhielt sich mit Freunden, als sich der Täter den Jugendlichen näherte. Völlig unvermittelt schoss er auf die Gruppe. Burak wurde tödlich getroffen, zwei seiner Freunde, Alex A. und Jamal A., überlebten die Mordnacht lebensgefährlich verletzt. Der Mörder wurde bis heute nicht gefunden. Die Überlebenden des Angriffs beschreiben ihn als einen zwischen 40 und 60-jährigen Weißen. Er sei ca. 1,80 Meter groß und mit einem Kapuzenpullover bekleidet gewesen. Nach der Tat flüchtete er zu Fuß. Der an eine Hinrichtung erinnernde Mord auf offener Straße wird von Angehörigen, Freund_innen und Bekannten als große Bedrohung empfunden. Denn der Täter läuft immer noch frei herum und kann mit Waffen umgehen. Niemand weiß, was er als nächstes tut. Unabhängig davon, ob Buraks Mörder ein organisierter Neonazi war, ein Alltagsrassist oder jener „verrückte Einzeltäter“, der die Polizei in „alle Richtungen“ ermitteln lässt, schafft der Mordanschlag auf Burak und seine Freunde eine

breite Verunsicherung auf den Straßen Neuköllns, vor allem unter Jugendlichen. Viele fragen sich, wie die Polizei reagieren würde, wenn es sich bei den Angegriffenen nicht um Jugendliche mit sogenanntem Migrationshintergrund gehandelt hätte.

Rassismus wieder das Motiv?

Da Opfer und Täter keinerlei Verbindung zueinander hatten und auch Burak und seine Freunde ins Feindbild rassistischer Täter passen, ist die Sorge groß, dass Rassismus auch hier das Tatmotiv gewesen sein könnte. Durch einen Zufall waren wenige Monate zuvor neun rassistische Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) bekannt geworden.

Könnten diese als Vorbild für den Mord an Burak und die Mordversuche an Alex und Jamal gedient haben – oder ist es gar eine Fortsetzung? Wie auch hier in Neukölln schossen die NSU-Täter gezielt auf ihnen unbekannte Menschen – deren Dasein dem neonazistischen Konzept einer homogenen weißen Volksgemeinschaft widerspricht. Bei den Morden an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yazgat sind die Haupttäter und ihre rassistischen Motive heute bekannt. Doch die Aufklärung dieser Morde kann die Polizei mitnichten als eigenen Fahndungserfolg verbuchen: Nur durch Zufall wurde die Tatwaffe der Mordserie bei den Leichen der Naziterroristen Böhnhardt und Mundlos gefunden. Zuvor hatten sich die von rassistischen Vorannahmen geprägten polizeilichen Ermittlungen ausschließlich gegen die Ermordeten und ihre Angehörigen gerichtet, denen u.a. unterstellt wurde, in Drogengeschäfte verwickelt gewesen zu sein. Auch wenn Angehörige immer wieder darauf hingewiesen hatten, dass sie sich kein anderes Motiv als Rassismus für den Mord an ihren Angehörigen vorstellen können, wurde die Möglichkeit einer neonazistischen

Täterschaft nie ernsthaft in Betracht gezogen.

Im „Fall Burak“ hielten sich Verdächtigungen gegen Burak selbst und sein Umfeld in Grenzen, schnell verkündete die Polizei, dass es „weder im Lebensumfeld der Beteiligten noch in der Nacht selbst [...] irgendwelche Konflikte gegeben [hat], welche die Tat erklären.“¹ Ein rassistisches Tatmotiv wird explizit nicht ausgeschlossen, auch wenn es immer wieder heißt, dass „in alle Richtungen“ ermittelt werde.

Bezüge zu neonazistischen Kadern in Berlin

Zu einer neonazistischen Täterschaft würde auch das Datum des Mordes an Burak passen: Es ist bekannt, dass sich Nazi-Angriffe gerade an Daten häufen, die einen identitären Bezug zum Nationalsozialismus oder der Bewegungsgeschichte der extremen Rechten haben, wie etwa dem Jahrestag des antisemitischen Novemberpogroms. An solch einem Datum geschah auch der Mord an Burak: Am 04. April 1992 kam Gerhard Kaindl, Funktionär der neonazistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ bei einer Auseinandersetzung mit Antifaschist_innen in Neukölln ums Leben. Kaindl wird in neonazistischen Kreisen als Märtyrer gefeiert. Der 20jährige Todestag wird in verschiedenen rechten Publikationen thematisiert.² In einem Internetforum wurde dazu aufgerufen, Kaindl zu rächen.³

Eine Gruppierung, die in diesem Zusammenhang erwähnenswert ist, ist die „Neue Ordnung“. Im März 2012 wurde der ehemalige Söldner Jörg Lange, ein rechtsextremer Kader der „Neuen Ordnung“ tot aufgefunden. Bei ihm fanden die Ermittler_innen Munition, die keiner der beschlagnahmten Waffen zugeordnet werden konnte. Wegen „Bildung einer bewaffneten Gruppe“ wird nun gegen Neonazis aus deren Umfeld ermittelt. Einer der Beschuldigten ist der Berliner Jan G. Dieser ist, wie auch der verstorbene

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

ne Lange, ehemaliger Aktivist der „Nationalistischen Front“, die die Bildung terroristischer „Nationaler Einsatzkommandos“ propagierte. Ob die Polizei einen Zusammenhang zum Mord an Burak in Betracht zieht, wissen wir nicht.

Allerdings wissen wir, dass am Abend des Mordes an Burak bekannte Neonazis in Südneukölln unterwegs waren. Am 4. April fand in Gropiusstadt eine antifaschistische Diskussionsveranstaltung statt. Teilnehmende berichteten, dass bekannte Neonazis in der Nähe des Veranstaltungsortes gesehen wurden. Neukölln ist der Berliner Stadtteil mit den meisten neonazistischen Gewalttaten. Gerade im Süden des Bezirks kommt es immer wieder zu Angriffen. Traurige Beispiele sind die Brandanschläge auf die Wohnhäuser migrantischer Familien und das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Rudow sowie die wiederholten Attacken gegen eine Familie in der Hufeisensiedlung, die es abgelehnt hatte, Propagandamaterial der NPD anzunehmen.⁴

Anlässlich eines Beitrags zum Mord an Burak in der ZDF-Sendung „AktENZEICHEN XY“ im Februar 2013 feierte eine Neuköllner Neonazistin, die bis vor Kurzem in unmittelbarer Nähe des Tatorts wohnte, in einem sozialen Netzwerk den Mord und verhöhnzte das Opfer. Kurz nach dem Mord wurde dieser auch seitens der antimuslimisch-rassistischen Bloggerszene verächtlich und hasserfüllt kommentiert. Der Ermordete, seine Angehörigen und die Trauergemeinde wurden in einer infamen Verkehrung von Täter-Opfer-Rollen zu einer Bedrohung erklärt. Der Hetzblog P.I. News mit angeblich täglich bis zu 97.000 Klicks ergoss sich erwartungsgemäß in rassistischen Phantasien, schwadroniert von „Lynchjustiz“ gegen Buraks Mörder und einer allgemeinen Bedrohung durch gewalttätige „moslemische Araber und Libanesen“. Derartige Hetze wird regelmäßig gewaltsam in die Tat umgesetzt. So wurde die Neuköllner Şehitlik Moschee wiederholt Ziel von Brandanschlägen.⁵

Was tut die Polizei?

In einem Zeit-Artikel über den „Fall Burak“ äußert ein Kripobeamter »Die Vorgänge rund um die NSU haben uns hier sensibilisiert«. Man ziehe ein rechtsextremes Motiv in Betracht, obwohl es dafür „keinerlei Anhaltspunkte“ gäbe.⁶ Was damit gemeint ist, bleibt jedoch unklar. Die NSU-Mordserie hat wiederholt gezeigt,



Chronik

33. Berlin-Neukölln, 26. April 2012

Gegen 12.15 Uhr werden ein 21- und 40-jähriger Mann, die auf einer Parkbank in der Hasenheide sitzen, von einem 16-Jährigen homophob beleidigt, geschlagen, getreten und dabei verletzt. Die beiden Männer rufen um Hilfe und sich in der Nähe aufhaltende Einsatzbeamte nehmen den Jugendlichen vorübergehend fest.

Polizei Berlin, 27.04.2012, Siegestsäule, 29.04.2012, Autonome Neuköllner Antifa

34. Berlin-Neukölln, 28. April 2012

Drei Männer und eine Frau im Alter zwischen 35 und 47 Jahren werden gegen 19.20 Uhr von vier Personen zwischen 26 und 51 Jahren rassistisch beleidigt und bedroht. Die Wohnung der Betroffenen wird von den Tätern gestürmt. Zwei Menschen werden geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012

35. Berlin-Friedrichshain, 4. Mai 2012

Ein Mann wird gegen 3.30 Uhr auf dem Nachhauseweg in der Revaler Straße von drei unbekanntenen Männern auf Drogen angesprochen. Als er die Frage verneint, wird er rassistisch beleidigt und von einem Mann mit einer Eisenstange gegen die Schulter geschlagen. Zu Hause bricht er zusammen und muss eine Woche im Krankenhaus bleiben. Er erstattet Anzeige.

ReachOut

36. Berlin-Neukölln, 5. Mai 2012

Eine Person, die gegen 14.30 Uhr mit dem Fahrrad auf dem Kottbusser Damm unterwegs ist, wird von einem Autofahrer transphob beleidigt, bedroht und bis in die Hobrechtstraße verfolgt. Ein weiterer Mann unterstützt die Attacke und versucht, die betroffene Person vom Fahrrad zu treten. Passant_innen reagieren nicht auf Hilferufe, die betroffene Person kann fliehen.

indymedia, 6.05.2012, Autonome Neuköllner Antifa

dass es eine Form rassistischen Terrors in Deutschland gibt, der keine Anhaltspunkte in Form von Bekenner-schreiben oder Ähnlichem benötigt.

Ob und was die Polizei bislang getan hat, um oben genannte Zusammenhänge zu überprüfen, wissen wir nicht. Fest steht jedenfalls, dass die Überlebenden des Anschlags, die somit direkte Zeugen der Tat waren, nur ein einziges Mal befragt wurden. Dies geschah direkt nach dem Mord, als die Jugendlichen noch unter Schock standen. Nie wurden ihnen Fotos vorgelegt: Weder von in der Gegend aktiven Neonazis noch von untergetauchten Neonazis oder sonstigen Personen, die in der Nazi-Terror-Datei erfasst sind, welche nach dem Bekanntwerden des NSU angelegt wurde. Die Mordkommission teilte mit, dass der Staatsschutz die „durch rechtsextreme Taten aufgefallenen Männer aus der Region überprüft“⁷ habe. Allerdings ohne Ergebnis. Was das genau bedeuten soll und ob eine polizeiliche Befragung von Neonazis stattgefunden hat, wissen wir nicht. Zudem scheint nicht bundesweit ermittelt zu werden, was eigentlich eine Konsequenz aus den NSU-Morden sein müsste. Die Ratlosigkeit der ermittelnden Behörden zeigt sich in dem Versuch, durch die TV-Sendung „Aktzeichen XY“ nach möglichen Zeug_innen zu suchen. Zu einer heißen Spur hat das aber scheinbar nicht geführt.

Was hat eine weiß-deutsche antifaschistische Linke durch die NSU-Morde nicht gelernt?

Wenige Monate vor dem Mordanschlag auf Burak und seine Freunde wurden mehrheitlich weiß-deutsche antifaschistische Gruppen und Initiativen von der zufälligen Aufklärung neun rassistischer NSU-Morde kalt erwischt. Vor der Enttarnung des NSU hatten auch antifaschistische Gruppen keine Verbindung zwischen den untergetauchten Nazis aus Zwickau und den zehn Morden gezogen. Dagegen haben Betroffene und Freund_innen mehrmals auf die Möglichkeit eines rassistischen Mordmotivs hingewiesen. Schon 2006 äußerten sie dies auf einer Demonstration im Juni 2006 in Kassel unter dem Motto „Kein zehntes Opfer!“. Aber die Hinterbliebenen erfuhren keine Unterstützung und Solidarität.

Ähnliches geschah auch nach dem Mord an Burak. Wenige Wochen nach der Tat organisierte das Umfeld von Burak, Jamal und Alex eine Demonstration gegen Intoleranz und Gewalt, die auch in den Medien Erwähnung fand. Sie blieb jedoch sehr klein: Es kamen

vor allem Angehörige und Freund_innen. Nur wenige Menschen ohne Migrationshintergrund ließen sich blicken, aus antirassistischen und antifaschistischen Zusammenhängen gab es keine nennenswerten Reaktionen. Auch auf Buraks Beerdigung war das der Fall: Daran nahmen 2000 Menschen teil, was die große Betroffenheit in migrantischen Communities verdeutlicht.

Dieses Versagen antifaschistischer Politik kann als Ergebnis einer tiefen rassistischen Spaltung der deutschen Linken betrachtet werden. Antifa-Gruppen in Deutschland sind oftmals genauso weiß wie ein brandenburger Fußballverein und versuchen sich lieber in zivilgesellschaftlichen Bündnissen als seriöse Akteur_innen in der politischen Landschaft zu etablieren, als Bündnisse mit Betroffenen zu schließen und antifaschistischen Selbstschutz zu organisieren. Muss nicht die Bedrohung durch den NSU Ausgangspunkt eines politischen Umdenkens sein? Noch ist nicht in Ansätzen geklärt, wie das über 100 Leute umfassende Unterstützer_innennetzwerk agierte. Noch ist nicht geklärt, warum so viele Fehler in staatlichen Behörden, Geheimdiensten und Polizei passierten, die die Mordserie des NSU erst möglich machten. Noch ist unklar, ob es weitere Zellen des NSU gibt, welche Bedrohung die über 200 als untergetaucht bekannten Neonazis darstellen oder welche Auswirkungen der mit den Taten des NSU einhergehende Propagandaeffekt auf Nachahmer_innen hat.

Gründung der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak B.

Das Bewusstsein um die fortführbare Liste von Gewalt durch Neonazis, die vor Mord nicht zurückschrecken und die Existenz des NSU, schafft ein Szenario in dem der Mordanschlag auf Burak und seine Freunde als Bedrohung für alle zu begreifen ist, die nicht in das rassistische Weltbild der Neonazis passen. Sei es wegen der Hautfarbe, der Sprache, der Sexualität, der Freund_innen, der politischen Einstellung oder was auch immer. Im derzeitigen gesellschaftlichen Klima in Deutschland zeigt sich mit bestürzender Regelmäßigkeit, dass die NSU-Morde nur eine Professionalisierung des rassistischen Mordens darstellen. Wir fragen uns, welche Lehren die ermittelnden Behörden und staatlichen Organe aus ihrem Versagen im Rahmen der Ermittlungen gegen den NSU gezogen haben. Müssten nicht die Ermittlungen in diese Richtung oberste Priorität besitzen, bis ein Mordanschlag aus

diesem Spektrum ausgeschlossen werden kann?

Wer hat Burak ermordet? Dies ist die Frage, die uns alle zusammenführt. Diese Frage ist bewusst offen gehalten, denn wir wissen, dass wir keine Beweise haben. Bevor die Familie und Freunde von Burak zu uns gestoßen sind und damit Teil der Initiative wurden, kannte von uns niemand Burak persönlich. Unser Antrieb war zunächst weniger der persönliche Verlust, sondern vielmehr das, was die Jugendlichen, die den Mordanschlag überlebt haben, in einem Fernseh-Interview sagten: „Wenn ich mit anderen Freunden draußen bin, schießt mir immer so ein Bild durch den Kopf, dass es auch uns erwischt oder andere.“⁸



FUSSNOTEN

1 Gaserow, Vera: „Die letzte Nacht des Burak B.“, Die Zeit vom 12.07.2012, online unter <http://www.zeit.de>

2 Pantel, Klaus: Es war ja nur ein „Rechter“. Politische Justiz – Der Mord an Gerhard Kaindl jährt sich heuer zum 20. Mal und ist bis heute ungesühnt; in: Deutsche Stimme, Nr. 04/12, April 2012, S.23-24 und Radtke, Bernhard: Ungesühnter Mord. Vor 20 Jahren wurde der Patriot Gerhard Kaindl von einem Antifa-Todeskommando hinterrücks erstochen; in: Zuerst!, Mai 2012, S. 28-30.

3 <http://www.neueordnung.org>

4 Siehe Chronik von ReachOut 2012

5 Zu „Antimuslimischer Rassismus“ siehe Artikel des ADNB

6 Vgl. Gaserow, Vera: „Die letzte Nacht des Burak B.“, Die Zeit vom 12.07.2012, online unter <http://www.zeit.de>

7 Hasselmann, Jörn: Hunderte Menschen gedenken des ermordeten Burak Bektas, Tagesspiegel vom 06.04.2013, online unter <http://www.tagesspiegel.de>

8 „Er hat direkt in die Gruppe geschossen“, RBB-Fernsehinterview vom 03.04.,2012, online unter <http://www.rbb-online.de>



Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak B.

Die „Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak B.“ gründete sich im Spätsommer 2012. Ziel ist es, Öffentlichkeit für den Mord an Burak herzustellen und auf Rassismus als mögliches Tatmotiv hinzuweisen. Zum Jahrestag des Mordes hat die Initiative eine Demonstration durch Neukölln organisiert, die auf ein sehr großes Medienecho stieß und an der mehr als 500 Menschen teilnahmen. Weitere Informationen zur Initiative gibt es unter www.burak.blogspot.de.

Chronik

37. Berlin-Neukölln, 13. Mai 2012

Ein Mann wird kurz nach 24.00 Uhr in der Silbersteinstraße von drei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt, geschlagen, in einen Kellereingang gezerrt und dort verletzt liegen gelassen. Gegen 4.00 Uhr wird er von Hausbewohnern bewusstlos gefunden und ins Krankenhaus eingeliefert. Er erstattet Anzeige.

ReachOut

38. Berlin-Schöneberg, 15. Mai 2012

Gegen 23.00 Uhr wird in der Grunewaldstraße ein 50-jähriger Mann von einem 47-Jährigen homophob beleidigt und versucht zu treten.

Polizei Berlin, 7.08.2012

39. Berlin-Spandau, 17. Mai 2012

Ein 39-jähriger Mann wird gegen 21.00 Uhr, als er mit seinem Fahrrad auf der Obstallee fährt, von einer unbekanntem Frau rassistisch beleidigt und mit einer Hundeleine ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 7.08.2012

40. Berlin-Friedrichshain, 19. Mai 2012

Zwei Punks werden vor der Kneipe Kakadu in der Rigaer Straße von zwei Nazis angepöbelt und ihnen werden Schläge angedroht. Einer der Angreifer zeigt seine Hakenkreuz-Tätowierung auf der Brust.

Register Friedrichshain-Kreuzberg

41. Berlin-Zehlendorf, 22. Mai 2012

Ein Mann wird in einem Student_innenwohnheim von einem Freund einer Mitbewohnerin mehrfach rassistisch beleidigt und mit Schlägen bedroht.

ReachOut

Das Wort „Jude“ ist zu einem häufig gebrauchten Schimpfwort geworden

Interview von Matthias Müller und Benjamin Steinitz, MBR

In den Monaten August und September 2012 kam es in Berlin zu mehreren antisemitischen Vorfällen: Am 28. August wurden Rabbiner Daniel Alter und seine sieben jährige Tochter Opfer eines antisemitischen Angriffs in Berlin-Friedenau. Nach dem die Angreifer ihn gefragt hatten, ob er Jude sei, wurde er zusammengeslagen und seine Tochter mit dem Tod bedroht.



In den Folgewochen kam es zu weiteren Vorfällen: Schülerinnen des Or Avner Gymnasiums wurden vor dem Schulgelände beschimpft und fotografiert, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, wurde nach einem Besuch der Synagoge am Jom Kippur Feiertag von einem Passanten u.a. mit folgenden Worten bedroht: Er hätte kein Recht „hier zu sein, wenn deine Kinder nicht da wären, würde ich dich ...“, und schließlich berichtete eine jüdische Familie, dass sie von einem Taxifahrer nicht befördert wurde, als sie die Synagoge in der Pestalozzistraße als Ziel angab. Mitte vergangenen Jahres stufte das Kölner Landgericht die frühkindliche Beschneidung bei Jungen als

Körperverletzung ein. Es gab in der Folge erregte Diskussionen über die Rechtmäßigkeit der Beschneidung und schließlich im Dezember ein im Bundestag verabschiedetes Gesetz, welches diese in Zukunft regeln soll. Kurz vor Jahresende hatte das Simon Wiesenthal Center mehrere Aussagen des Chefredakteurs der Wochenzeitung „Der Freitag“, Jakob Augstein, auf eine Liste der 10 schlimmsten antisemitischen, sowie Israel verunglimpfenden Aussagen des Jahres 2012 aufgeführt. Unter Journalist/innen war vor allem Unterstützung über diese Entscheidung zu vernehmen. Nur selten spielten die zur Disposition stehenden Aussagen Augsteins eine Rolle. Seit November ist Daniel Alter der Beauftragte zur Bekämpfung des Antisemitismus und für interreligiösen Dialog der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Wir sprechen mit ihm über seine Arbeit und die hier genannten Themen.

Herr Alter wie kam es zu Ihrer Berufung und womit haben Sie sich in den vergangenen Monaten befasst?

Nachdem ich in Friedenau angegriffen wurde, haben meine Reaktionen darauf eine relativ große Aufmerksamkeit erzeugt. Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde kam zu der Auffassung, dass ich durch meine Art des Umgangs, mit dem was ich erlebt und was ich in den Medien dazu gesagt habe, dafür geeignet bin, unsere Interessen zu vertreten.

Ich habe das erste Quartal meiner Tätigkeit unter anderem dazu genutzt, Kontakte zu knüpfen. Ich

habe versucht, mich mit vielen Initiativen, die gegen Antisemitismus arbeiten, zu vernetzen. Ähnlich bin ich im Bereich des interreligiösen Dialogs vorgegangen. Hier habe ich Kontakte zu Kirchen gesucht – mit der Evangelischen Landeskirche wurden regelmäßige Konsultationen vereinbart. Auch mit verschiedenen Moscheen und Islamverbänden habe ich mich getroffen und begonnen, gemeinsame Projekte zu entwickeln. Ich möchte die Zusammenarbeit mit dem palästinensischen Psychologen Ahmad Mansour erwähnen, mit dem wir gemeinsam versuchen, einen Umgang mit Antisemitismus in den arabisch-islamischen Communities zu finden. Daraus haben sich sehr schnell die ersten Anfragen von Schulen ergeben. Ich habe mehrfach in Schulen in Schulklassen aller Altersstufen über Judentum und Antisemitismus gesprochen. In manchen Schulen gehören antisemitische Äußerungen und Aktionen zum Alltag. Das Wort „Jude“ ist zu einem häufig gebrauchten Schimpfwort geworden. Langfristig ist es ein Ziel meiner Arbeit, ein Netzwerk von Menschen – hierzu zähle ich auch Überlebende der Shoa – aufzubauen, die in die Schulen gehen. Des Weiteren ist es ein politisches Ziel, dass der Umgang mit Rassismus und Antisemitismus in die Ausbildung der Lehrkräfte aufgenommen wird.

Wie erklären Sie sich die Häufung antisemitisch motivierter Anfeindungen und Gewalt zwischen August und September 2012?

Kurz nachdem ich zusammengeslagen wurde,

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

ist das mit den Schülerinnen der Or Avner Schule passiert. Ich hatte den Eindruck, dass es sich vielleicht um Trittbrettfahrer handelt. Angeblich kursieren von solchen Aktionen auch Videos, die mit Handys gemacht werden, mit denen sich in jenen Gruppen dann auch gebrüstet werden kann. Erfahrungsgemäß passiert mehr, wenn der Nahost-Konflikt oder ein anderer jüdischer Kontext in den Medien präsent ist. Für Einige ist es dann legitim ihrem Antisemitismus, ihrem Hass freien Lauf zu lassen.

Die Öffentlichkeit erfährt in der Regel nur von antisemitischen Vorfällen, wenn Anzeigen gestellt werden. Wie schätzen Sie die Bereitschaft der Betroffenen dazu ein?

Aufgrund von Resignation werden viele antisemitische Pöbeleien oder Schmierereien nicht angezeigt. Warum soll ich zur Polizei gehen, dort für eine Anzeige zwei Stunden verbringen, die nach zwei Wochen eingestellt wird, weil man des Täters nicht habhaft werden kann? Stephan Kramer und ich waren aber nicht bereit, das auf sich beruhen zu lassen. Wir wollten das nicht hinnehmen, nicht resignieren, sondern die Auseinandersetzung suchen. Ich denke auch für die Betreuerinnen der Schülerinnengruppe, die angepöbelt und provoziert wurden, war die gleiche Geisteshaltung ausschlaggebend. Es ist genug, wir werden es nicht mehr akzeptieren!

Wie empfanden Sie die politischen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf Ihren Fall?

Überraschend positiv. Ich hatte die Befürchtung es gibt Reaktionen, wie „jetzt bringt er das Thema und den Konflikt in unser Stadtviertel und wir wollen das Alles gar nicht haben“. Aber das war völlig unbegründet. Menschen aus der Nachbarschaft und ganz viele Menschen aus Deutschland haben sich mit meiner Familie und mir solidarisch gezeigt, haben versucht uns Mut zu machen. Gerade für meine Kinder war diese öffentliche Solidarität sehr wichtig, positiv stärkend und hilfreich. Hilfreich in dem Sinn, dass meine Kinder nicht weiter traumatisiert sind. Wir sind noch Wochen danach auf der Straße immer wieder von Menschen, die



Chronik

42. Berlin-Charlottenburg, 25. Mai 2012

Gegen 22.50 Uhr wird ein 33-jähriger Mann in der S-Bahn am S-Bahnhof Grunewald von einem unbekanntem Mann homophob beleidigt, geschlagen und getreten.

Polizei Berlin, 7.08.2012

43. Berlin-Tiergarten, 25. Mai 2012

Gegen 22.50 Uhr wird ein 33-jähriger Mann in der S-Bahn von einem unbekanntem Mann homophob beleidigt, geschlagen und getreten.

Polizei Berlin, 7.08.2012

44. Berlin-Reinickendorf, 26. Mai 2012

Ein Mann wird gegen 4.20 Uhr in der Kopenhagener Straße von einem Unbekannten aus einer Gruppe heraus rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen, die nicht trifft.

Polizei Berlin, 7.08.2012

45. Berlin-Mitte, 27. Mai 2012

Gegen 3.00 Uhr wird ein 39-jähriger Mann in der U-Bahn am U-Bahnhof Jannowitzbrücke von vier bis fünf unbekanntem Männern transphob beleidigt, ins Gesicht geschlagen, getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012

46. Berlin-Kreuzberg, 27. Mai 2012

Auf dem Blücherplatz werden gegen 21.45 Uhr ein 23- und ein 28-jähriger Mann von einem unbekanntem Täter aus homophoben Gründen geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012

47. Berlin-Lichtenberg, 29. Mai 2012

Eine 22-jährige Frau wird gegen 21.40 Uhr von drei unbekanntem Frauen in der Robert-Uhlig-Straße rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012



PHANTOM

mich erkannt haben, angesprochen worden: „Sie sind doch der, dem das und das passiert ist. Wir sind solidarisch mit Ihnen, wir lehnen das total ab. Wir wünschen, dass Ihnen so etwas nie wieder passiert“. So etwas ist unheimlich wichtig. Und davon haben wir ganz viel erfahren. Ich möchte auch auf die recht spontan organisierte Kundgebung am Grazer Platz wenige Tage nachdem ich zusammengeschlagen wurde verweisen. Ich habe erwartet, dass vielleicht 200 Leute kommen. Es waren dann aber 1000 oder 1500 Leute. Die Zivilgesellschaft hat sich hervorragend verhalten! Das wünsche ich mir von einer demokratischen Gesellschaft. Ich habe auch von der Bundes- und Landespolitik sehr viel Feedback und moralische Unterstützung erhalten.

Ich muss dann doch einen kleinen Wermutstropfen einschenken: Ich sehe die Gefahr, dass es manchen ganz recht war, dass die Täter einen islamisch-arabisch oder türkischen Background haben. So kam es mitunter zu einer Projektion nach dem Motto: „Das sind ja die da und wir sind eigentlich ganz sauber“. Es ist richtig, in diesen Communities gibt es ein relevantes Antisemitismus-Problem, aber eben nicht nur in diesem. Was mir jüdische Kollegen und Freunde aus Mecklenburg-Vorpommern berichten, finde ich genauso erschreckend. Dort geht der Antisemitismus von Rechtsextremen aus.

Wie empfanden Sie die polizeiliche Ermittlungsarbeit in Ihrem Fall?

Wie ich befragt wurde und wie ich den Fortschritt der Ermittlungen verfolgen konnte, gab mir den Eindruck, dass sehr professionell und engagiert vorgegangen wurde. Es wurden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Täter zu finden. Nach einigen Monaten hat mich der leitende Staatsanwalt persönlich angeschrieben und mir erklärt, warum aus seiner Sicht kein Ermittlungserfolg erzielt wurde: Es gab einfach keine Augenzeugen, weil die Straße komplett leer war, und auch keine DNA-Spuren.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, forderte wenige Tage später in einem Interview die Vertreter der vier großen muslimischen Verbände auf, mehr gegen Antisemitismus



48. Berlin-Treptow, 29. Mai 2012

In Johannisthal in der Springbornstraße werden vier Linke beim Entfernen von NPD-Aufklebern von einem Neonazi angepöbelt. Später verfolgt der Mann mit zwei weiteren Männern die Linken über eine weite Strecke. Er wirft eine Flasche in ihre Richtung, die nahe an einer Person auf den Boden aufschlägt.

Register Treptow-Köpenick, ReachOut

49. Berlin-Wedding, 30. Mai 2012

Im Volkspark Humboldthain wird gegen 23.15 Uhr ein 47-jähriger Mann von vier bis fünf unbekannt Tätern homophob beleidigt, ins Gesicht geschlagen, gegen den Kopf getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012

50. Berlin-Neukölln, 2. Juni 2012

Ein traditionell muslimisch gekleidetes Paar wird von zwei Männern antimuslimisch beleidigt und mit einer Bierflasche und einem Pflasterstein bedroht.

Autonome Neuköllner Antifa

51. Berlin-Reinickendorf, 5. Juni 2012

Gegen 13.45 Uhr wird eine 28-jährige Frau in der Roederallee von einer 25-jährigen rassistisch beleidigt, bespuckt, geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012

52. Berlin-Neukölln, 8. Juni 2012

Am Abend wird eine 29-jährige Frau, die mit zwei Kindern in der Elsenstraße unterwegs ist, von einer 47-jährigen Frau rassistisch beleidigt und bedroht.

Polizei Berlin, 9.06.2012, Tagesspiegel, 9.06.2012, Autonome Neuköllner Antifa

in ihren Communities zu tun. Nach dem Übergriff wurde viel über Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen berichtet. Wie bewerten Sie die mediale Berichterstattung und die vorgebrachten Argumente über Fragen der Antisemitismus-Bekämpfung bei muslimischen Jugendlichen?

Es ist richtig, was Dieter Graumann sagte, das lag ein bisschen im Argen. Ein ähnliches Phänomen, dass man ganz gerne wegsieht, solange man wegsehen kann, lässt sich bei Menschen aller gesellschaftlichen Gruppen feststellen. Ich hatte aber den Eindruck, dass zum Ende des letzten Jahres ein wenig Bewegung rein gekommen ist. Ich sehe an den Anfragen, die wir erhalten und den Wünschen nach Zusammenarbeit, die an mich herangetragen worden sind, einen zunehmenden Willen, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Es gibt z.B. zwei Imame, die mit mir im interreligiösen Dialog gegen Antisemitismus Stellung beziehen wollen.

Nach dem Angriff auf Sie haben wir Stimmen von Projekten und Menschen aus dem antirassistischen Bereich wahrgenommen, die gesagt haben, sie würden sich eine ähnliche Solidarisierung auch bei rassistisch motivierten Angriffen wünschen.

Ich habe das am Rande gehört. Ganz abgesehen von allen anderen Konflikten oder rassistischen Problempotentialen ist ganz klar: Wir haben seit vielen Jahren einen unveränderten Prozentsatz von ungefähr 20 - 25 % aller Menschen in der deutschen Gesellschaft, die latent antisemitisch sind und dazu kommt natürlich noch der Faktor X von Menschen, die offen antisemitisch sind. Das ist für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland eine starke Belastung. Ich finde keinen anderen Ausdruck: Das ist schmerzhaft. Antisemitismus ist ein eigenständiges Phänomen, das man losgelöst von anderen Problematiken betrachten muss.

Wie beurteilen Sie das Auftreten religiöser und nicht-religiöser Akteure im Zusammenhang mit der sogenannten Beschneidungsdebatte?

In den Reihen der Betroffenen war das ganze Spektrum der Emotionen zu sehen: Da gab es aus einer Angst oder einem Trauma heraus auch

irrationale Reaktionen. Während andere versucht haben, sehr offen und rational damit umzugehen. Für mich war wichtig, wie alle nicht-jüdischen, nicht-muslimischen Menschen damit umgegangen sind. Die Frage, ob rituelle Beschneidungen mit dem deutschen Rechtssystem vereinbar sind, ist eine legitime Frage und es ist wichtig, dass diese Debatte geführt wird. Was allerdings am Rand der Debatte geschehen ist, das habe ich als hoch problematisch und sehr polemisch wahrgenommen. Ob das nun Statements sind, wie „ein Priester mit einem Messer in der Hand gehört nicht ins Kinderzimmer“ oder die Gleichsetzung der rituellen Beschneidung mit der Witwenverbrennung durch eine Politikerin: Das sind Dinge, die ich für hoch problematisch halte. Hier ist ganz schnell eine Form der Polemik angeschlagen worden, die unsere religiösen Gemeinschaften stark verletzt hat. Das macht einen demokratischen Diskurs schwierig. Das schafft Gräben! Ich glaube die Fortschritte, die wir in den letzten Jahren erreicht haben, sind konterkariert worden und wir sind um viele Jahre zurückgeworfen worden.

Ich denke, dass sowohl jüdische als auch islamische Vertreter, aber auch Stimmen aus der christlichen und nicht-religiösen Gesellschaft in Deutschland gezeigt haben, dass man über solche Dinge auch auf positive Weise kommunizieren und daraus auch positive Dynamiken gewinnen kann.

Was erwarten Sie von Journalist/innen, wenn sie über Judentum und Antisemitismus in Deutschland sowie den Nahost-Konflikt und Israel berichten?

Ich empfinde die „Israel-Kritik“ als eine wunderliche Wortschöpfung. Ich habe noch nie etwas von „Schweiz“- oder „Kanada-Kritik“ gehört. Diese Forderung, „Israel-Kritik“ müsse doch berechtigt sein, allein darüber könnte man schon diskutieren. Ich persönlich empfinde die Schlagrichtung beispielsweise von Jakob Augstein als undifferenzierte, einseitige und obsessive Kritik an Israel. Er und Andere leisten den erklärten Zielen von Hamas und Hisbollah, also der Ermordung und Vertreibung der Israelis, Vorschub. Sie verharmlosen und relativieren. Natürlich ist es legitim, Israel und die israelische Politik zu kritisieren. Aber wie gesagt, diese ebenso obsessive wie undifferenzierte Kritik ist in sich selbst hoch problematisch und hat in der

Öffentlichkeit auch hoch problematische Wechselwirkungen. Ich wünsche mir differenziertes Denken und eine faire Berichterstattung.

Ein Beispiel: Vor kurzem gab es die Meldung, dass die ursprüngliche Aussage eines in den Medien kursierenden Fotos mit dem Vater eines toten palästinensischen Kindes, welches angeblich Opfer eines israelischen Raketenangriffs wurde, gar nicht stimmte. Die entsprechende UN-Untersuchungskommission hat eindeutig festgestellt, dass das Kind von einem Querschläger einer Hamas-Rakete getroffen wurde. So etwas wird in den deutschen Medien, die vorher eine unangemessene und einseitige Form der Kritik an Israel betrieben haben, nicht aufgearbeitet, nicht nachgereicht. Das ist auch ein Problem der medialen Berichterstattung.

Erhalten Sie oder die Jüdische Gemeinde zu Berlin antisemitische Zuschriften und wie gehen Sie damit um?

Regelmäßig. Seit ich diese Tätigkeit angenommen habe, landet diese Post auch bei mir. Die Absender/innen kommen zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft. Früher waren das anonyme Schmierereien und Briefe. Viele der Zuschriften sind eindeutige Hassbotschaften: hasserfüllter Antijudaismus. Sie sind zum Teil so formuliert, dass sie strafrechtlich nicht relevant sind. Wir archivieren alles. Jene Zuschriften, bei denen strafrechtliche Relevanz bestehen könnte, leiten wir an die zuständigen Ermittlungsbehörden weiter. Die Anzahl der Zuschriften, die wir erhalten, ist ein Gradmesser des Standes der öffentlichen Diskussion.

Gibt es bei der Jüdischen Gemeinde eine Betreuung von Betroffenen antisemitischer Anfeindungen?

Wir haben natürlich psychologische Beratungsstellen und Sozialarbeiter. Ich habe auch Kontakt zu verschiedenen externen Organisationen, die auch materielle Hilfe für Betroffene bereitstellen. Ich sehe das als eine meiner Aufgaben an, wie im Rahmen der Gemeinde oder extern Betroffenen geholfen werden kann.

Möchten Sie zum Abschluss noch etwas sagen?

Es ist mir ganz wichtig zu betonen, der Kampf

gegen und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus dient der Stärkung und dem Erhalt einer demokratischen Zivilgesellschaft. Dieses Bewusstsein müssen wir in der Öffentlichkeit breit verankern.



Chronik

53. Berlin-Treptow, 8. Juni 2012

Während eines Kiezspaziergangs durch Johannisthal zum Entfernen der Neonazi-Propaganda werden Teilnehmer_innen von drei Neonazis beschimpft und geschubst.

Register Treptow-Köpenick

54. Berlin-Treptow, 9. Juni 2012

Als ein Veranstalter während des Fests für Demokratie einer Gruppe von Neonazis einen Platzverweis erteilt, wird er von ihnen angepöbelt und es wird versucht, ihn zu bespucken.

Register Treptow-Köpenick

55. Berlin-Weißensee, 9. Juni 2012

Ein 29-jähriger Mann wird gegen 0.10 Uhr am Antonplatz von drei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt, geschlagen, getreten, dabei verletzt, und beraubt.

Polizei Berlin, 9.06.2012, Tagesspiegel, 9.06.2012, Antifa Pankow

56. Berlin-Lichtenberg, 10. Juni 2012

Auf dem U-Bahnhof Lichtenberg wird gegen 19.00 Uhr ein 26-jähriger Mann von einem Unbekannten rassistisch beleidigt, bespuckt und zweimal mit einer Flasche in Richtung seines Kopfes geschlagen, ohne ihn zu treffen.

Polizei Berlin, 7.08.2012

57. Berlin-Tiergarten, 22. Juni 2012

Eine 19-jährige Frau wird während des EM-Spiels Griechenland gegen Deutschland von einem unbekanntem Mann, auf der Fanmeile am Brandenburger Tor, mit der Faust ins Gesicht geschlagen, weil sie auch für die griechische Mannschaft jubelt. Sie wird schwer verletzt.

B.Z., 25.06.2012, Bild.de, 25.06.2012

Das Rechtsaußen-Spektrum Berlins

von Mathias Wörsching, VDK e.V.

Die rechtsextreme Landschaft Berlins wird seit Jahren von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und von den neonazistischen sogenannten „Freien Kräften“ dominiert, die mit der NPD eng verbunden und teilweise mit ihr deckungsgleich sind. Daneben waren 2012 besonders Akteure aus dem Bereich des Rechtspopulismus sowie der intellektuellen Rechten um politische Wahrnehmbarkeit und strukturelle Verankerung in der Bundeshauptstadt bemüht. Außerdem gibt es abgeschotterte rechtsextreme Milieus, die nur punktuell öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Hierzu gehören esoterisch und verschwörungstheoretisch geprägte Gruppen der sogenannten „Reichsbürger“, aber auch völkische Vereinigungen, die vorwiegend kulturell tätig sind.



Zwischen Straßen-Aktionismus und Kneipen-Hinterzimmern – die Berliner NPD und der „Nationale Widerstand Berlin“

Die Wahl des ehemaligen Kameradschaftsaktivisten Sebastian Schmidke zum Landesvorsitzenden im Februar 2012 machte deutlich, wie stark die Berli-

ner NPD von Rechtsextremen aus dem Spektrum der neonazistischen „Freien Kräfte“ geprägt wird. Neben den offiziellen NPD-Strukturen stabilisierte sich 2012 ein neonazistisches Netzwerk, dessen Führungszirkel und dessen Mitgliedschaft viele Überschneidungen mit dem NPD-Landesverband aufweisen. Dieses Netzwerk, das im Folgenden „Nationaler Widerstand Berlin“ (NW Berlin) genannt werden soll, verfügt über ein größeres Umfeld von Sympathisant/innen und Unterstützer/innen mit hoher personeller Fluktuation. Das Selbstverständnis des „NW Berlin“ orientiert sich an den historischen „Sturmabteilungen“ (SA) der Nationalsozialisten, einer terroristischen Parteimiliz. Entsprechend wurden 2012 in der Szene-Kneipe „Zum Henker“ in Berlin-Schöneeweide regelmäßige „Sturmabende“ abgehalten. Hier finden Rechtsextreme unterschiedlichen Lebensalters, unterschiedlicher subkultureller Milieus und mit unterschiedlicher Organisierungsgeschichte zusammen.

Das Erscheinungsbild des „NW Berlin“ ist geprägt vom Stil der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ (AN), einer rechtsextremen Strömung, die seit einigen Jahren bundesweit wahrnehmbar ist. Die „AN“ kopieren die Kleidung und die Aktionsformen der linken Autonomen-Bewegung und zeichnen sich dadurch aus, dass sie mit Vorliebe die gewaltsame Konfrontation mit politischen Gegner/innen suchen. Dementsprechend hat sich 2012 in Berlin eine schon zuvor beobachtbare Entwicklung fortgesetzt: Immer wieder verüben kleinere Gruppen von Rechtsextremen des Nachts Anschläge und Übergriffe auf Objekte, die von den Rechtsextremen ihren politischen Gegner/innen zugeordnet werden: linksalternative Läden, Kneipen und Trefforte, Büros demokratischer Parteien, die Wohnorte engagierter Menschen aus der Zivilgesellschaft und ähnliche leicht angreifbare Ziele. Häufig wurde in diesem Zusammenhang der Schriftzug „NW Berlin“ gesprüht (siehe dazu den Artikel der

MBR in diesem Heft).

Während sich 2012 das neonazistische und mit der NPD teilweise identische Netzwerk des „NW Berlin“ festigte, trat von den acht Kreisverbänden (KV) der rechtsextremen Partei nur noch der aus Lichtenberg mit eigenständigen politischen Aktivitäten wie Informationsständen an die Öffentlichkeit. Die restlichen Untergliederungen schienen sich auf ein nach innen gerichtetes Vereinsleben zu beschränken. So wurde im Jahr 2012 durch antifaschistische Proteste bekannt, dass der NPD-KV Mitte/Reinickendorf anscheinend seit Jahren seine geselligen Zusammenkünfte in Gaststätten abhielt, in denen auch Veranstaltungen demokratischer Parteien stattfanden. Weder bei den Gastwirt/innen noch bei den Besucher/innen dieser Lokale war ein Bewusstsein über die Problematik rechtsextremer Bestrebungen vorhanden.

Einige der NPD-KV, vor allem im ehemaligen Westberlin, wirken eher bürgerlich und altherrenhaft. Zwischen diesem Milieu und dem geschilderten Neonazi-Netzwerk gibt es anscheinend kaum lebensweltliche Berührungspunkte. Das Personenpotenzial der NPD und der „Freien Kräfte“ ist zwar insgesamt geschrumpft, ein gewaltaffiner Kern jedoch hat sich gefestigt und bleibt hochaktiv. Von diesem Personenkreis geht eine konkrete und wachsende Gefahr für alle Menschen aus, die im neonazistischen Weltbild als potenzielle Opfer markiert sind.

Politische Interventionsversuche der NPD

Seit den Wahlen vom September 2011 sind jeweils zwei NPD-Verordnete in den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) von Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf vertreten. Das insgesamt einmütige und wirksame Vorgehen der demokratischen Kommunalpolitiker/innen begrenzt wirksam die Spielräume der rechtsextremen Mandatsträger/innen und ermöglicht ihnen kaum Erfolgs-

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

erlebnisse.

Doch während die NPD-Verordneten in Marzahn-Hellersdorf nicht mehr in den politischen Prozess intervenierten, versuchten die in Lichtenberg und Treptow-Köpenick wie in den Vorjahren, Themen aufzugreifen und für sich auszunutzen. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Selbstinszenierung als „Kümmerer-Partei“, die wirkliche oder vermeintliche Sorgen der lokalen Bevölkerung in die BVV bringt. Ein anderer, wichtiger Schwerpunkt war die rassistische Agitation. Zum Jahresende 2012 thematisierten die NPD-Verordneten in den beiden genannten Bezirken die Zuwanderung von Flüchtlingen und ihre Unterbringung. Diese Themenwahl spiegelt einen bundesweiten Trend in der rechtsextremen und rechtspopulistischen Szenerie wider und wurde von der Berliner NPD auch auf der Straße umgesetzt. So führten ca. 60-70 Rechtsextreme am 24. November einen Aufmarsch durch Süd-Neukölln durch, der allerdings dank heftiger Proteste nur unter Störungen und mit verkürzter Wegstrecke stattfinden konnte.

Die NPD erhofft sich von solchen Aktionen Zuspruch und Zulauf aus der lokalen Bevölkerung, denn sie rechnet mit den dort teilweise vorhandenen rassistischen Vorbehalten. Derartige Stimmungen bilden und äußern sich nicht im luftleeren Raum: In der deutschen Gesellschaft wird über Einwanderung ein Diskurs geführt, der diese viel zu häufig als Belastung und Bedrohung darstellt und rassistische Ideologie-Elemente beinhaltet und verstärkt. An diesem Diskurs sind auch Massenmedien und Vertreter/innen von CDU/CSU, SPD und FDP auf Bundesebene maßgeblich beteiligt. Besonders in der zweiten Jahreshälfte 2012 wurde ein Schreckgespenst der Armutsmigration aus Süd- und Südosteuropa konstruiert, das mal mehr, mal weniger offen von rassistischen Stereotypen gegen sogenannte „Zigeuner“ geprägt war. Eine fatale Wirkung ging zum Beispiel von der Äußerung des Bundesinnenministers Friedrich (CSU) aus, der im Oktober 2012 Flüchtlingen aus Serbien und Mazedonien ungeachtet der in diesen Ländern stark ausgeprägten rassistischen Diskriminierung gegen Rom/nja pauschal vorwarf, das deutsche Asyl zu missbrauchen. Nicht nur die NPD, sondern auch rechtspopulistische Parteien versuchten, auf diesen Zug aufzuspringen. Obwohl die gegen Flüchtlinge gerichteten Aktivitäten der NPD in Berliner Stadtteilen



Chronik

58. Berlin-Prenzlauer Berg, 23. Juni 2012

Gegen 1.20 Uhr wird ein 21-jähriger Mann aufgrund rassistischer Äußerungen mit seinen zwei Begleitern von dem Busfahrer in der Storkower Straße aus dem Bus verwiesen. Eine 20-jährige Frau und ein 29-jähriger Mann, die als Fahrgäste in dem Bus sitzen, werden von einer Flasche getroffen und verletzt, die der 21-Jährige in den Bus wirft.

Polizei Berlin, 23.06.2012, Antifa Pankow

59. Berlin-Mitte, 23. Juni 2012

Gegen 19.15 Uhr wird ein 25-jähriger Mann in der Ebertstraße von einem 22-Jährigen homophob beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 7.08.2012

60. Berlin-Wedding, 25. Juni 2012

Ein Mann wird am Vormittag von dem Hausmeister eines Lebensmittelladens antisemitisch beleidigt und geschlagen. Er erstattet Anzeige.

ReachOut

61. Berlin-Friedrichshain, 26. Juni 2012

Eine 44- und ein 45-jährige Frau werden gegen 21.35 Uhr im Park am Schleidenplatz von vier unbekanntem Tätern homophob beleidigt, geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 7.08.2012

62. Berlin-Mitte, 1. Juli 2012

Ein 22-jähriger Mann wird gegen 0.30 Uhr in der Leipziger Straße homophob beleidigt und angegriffen.

Polizei Berlin, 16.10.2012



MENTALITÄT

ihr bisher keinen messbaren politischen Erfolg brachten, ist davon auszugehen, dass sie dieses politische Feld weiterhin beackern und dabei versuchen wird, sich gesamtgesellschaftliche Stimmungslagen zunutze zu machen.

Die Berliner NPD führte 2012 eine ganze Reihe von kleineren Kundgebungen durch, die teilweise den Charakter von „Kundgebungsfahrten“ annahmen, wobei eine relativ geringe Anzahl der immer gleichen Rechtsextremen mehreren kurzen Kundgebungen identischen Inhalts beiwohnte, die zeitlich gestaffelt in mehreren Bezirken abgehalten wurden. Eine solche „Kundgebungsfahrt“ fand beispielsweise am symbolischen Datum des 1. Mai statt. Andere Veranstaltungen der NPD sollten zeitgleiche antifaschistische und antirassistische Aktivitäten beeinträchtigen und stören. Inhaltlich spielte neben der rassistischen Agitation auch die Parole „Raus aus dem Euro“ mehrmals eine Rolle. Aktive der NPD versuchten hin und wieder mit wechselndem Erfolg, an Kundgebungen rechtspopulistischer Kräfte teilzunehmen, die sich um personelle Abgrenzung von der NPD bemühen.

Insgesamt war der Berliner NPD 2012 vergleichsweise wenig öffentliche Aufmerksamkeit beschieden. Die gesellschaftliche Wahrnehmbarkeit der NPD steht damit in umgekehrtem Verhältnis zu der größeren inneren Geschlossenheit des neonazistischen Netzwerks und zu dem Grad an Gefährlichkeit, der von den Übergriffen und Anschlägen aus diesem Spektrum ausgeht.



Regionale Schwerpunkte und Infrastruktur

Rechtsextreme leben über das ganze Stadtgebiet verteilt. In einigen Regionen ist jedoch eine besondere Verdichtung von Wohnorten festzustellen, so im Lichtenberger Weitling-Kiez und im Ortsteil Schöneweide von Treptow-Köpenick. Hier sind rechtsextreme Aktivist/innen auch gezielt hingezogen und bemühen sich, Rückzugsräume und Treffpunkte aufzubauen und zu erhalten. So mieteten 2011 Personen, die dem Netzwerk „NW Berlin“ zugeordnet werden können, unter dem Deckmantel eines eingetragenen Vereins „Sozial engagiert in Lichtenberg“ ein Ladenlokal in der Lückstraße an und nutzen es seither als Versammlungs- und Veranstaltungsort. In Schöneweide sind die bereits erwähnte Kneipe „Zum Henker“ und das Ladengeschäft für Militaria, Outdoor- und Security-Bedarf des NPD-Landeschefs Schmidtke in der Brückenstraße zentrale Bestandteile der rechts-

Chronik

63. Berlin-Neukölln, 4. Juli 2012

Auf dem U-Bahnhof Leinestraße werden um 16.00 Uhr zwei Mitarbeiter der BVG von einem 30-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Ein 32-jähriger BVG-Mitarbeiter erleidet Schnittverletzungen durch eine geworfene Bierflasche und sein 25-jähriger Kollege wird von dem Hund des Täters gebissen.

Polizei Berlin, 5.07.2012, Div. Medien z.B.: Berliner Zeitung, 5.07.2012

64. Berlin-Friedrichshain, 7. Juli 2012

Gegen 13.15 Uhr wird eine 24-jährige Frau am Ausgang des S-Bahnhofs Frankfurter Allee von zwei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt. Ihr wird von einem der Männer mit einer Flasche in den Bauch geschlagen und ihr wird eine Bierflasche hinterher geworfen.

Bundespolizei Berlin, 9.07.2012, Tagesspiegel, 10.07.2012

65. Berlin-Friedrichshain, 15. Juli 2012

Ein Mann wird gegen 3.30 Uhr von fünf Unbekanntem in der Revaler Straße vor dem „RAW-Tempel“ homophob beleidigt, geschlagen, getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 17.10.2012

66. Berlin-Mitte, 17. Juli 2012

Eine 40-jährige und eine 42-jährige Frau und deren fünf Kinder werden gegen 18.50 Uhr in der Brunnenstraße von einem 49-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bedroht.

Polizei Berlin, 18.07.2012

67. Berlin-Neukölln, 18. Juli 2012

Gegen 3.00 Uhr werden erneut die Scheiben eines Einfamilienhauses in der Hufeisensiedlung eingeworfen, während sich Bewohner_innen im erleuchteten Haus befinden. Die Scheiben wurden im November 2011 eingeschmissen, weil Bewohner_innen sich geweigert hatten, dass NPD-Wahlwerbung in Ihren Briefkasten geworfen wird. Im Juni wurde der Briefkasten gesprengt.

ReachOut, Störungsmelder, 22.08.2012. Autonome Neuköllner Antifa

extremen Infrastruktur. Außerdem befindet sich im Bezirk Treptow-Köpenick die NPD-Bundeszentrale, in der auch größere Veranstaltungen mit über 100 Personen stattfinden können.

Treptow-Köpenick und Lichtenberg stechen nicht nur durch die Dichte an Wohn- und Trefforten Rechtsextremer hervor, sondern auch durch die Zahl rechtsextremer Übergriffe und Propaganda-Aktivitäten. Gleiches gilt für Neukölln, wo eine Reihe rechtsextremer Aktivist*innen wohnhaft ist, es jedoch bis zum Frühjahr 2013 nicht bekannt wurde, ob von ihnen ein dauerhafter Raum für Treffen und Veranstaltungen installiert werden konnte.

Rechtsextreme können in Berlin neben den von ihnen selbst betriebenen Einrichtungen auch auf vielfältige Kontakte in lebensweltliche und subkulturelle Milieus zurückgreifen, zu denen personelle Überschneidungen bestehen bzw. deren Angehörige mit ihnen sympathisieren. Um diesen Umstand zu illustrieren, eignet sich der Ortsteil Schöneweide in Südostberlin. Hier existiert ein ganzes Netz von Geschäften und Lokalen, die von Personen betrieben werden, die in früheren Jahren aktive Rechtsextreme waren und bis heute mit der rechtsextremen Szene verbunden sind. Zu dieser Infrastruktur gehören ein Strip-Lokal ebenso wie eine Kneipe und eine Getränkehandlung. Eine besondere Rolle in dieser Verflechtung spielt die lokale Abteilung („Chapter“) „Dark7Side“ der Rocker-Gruppierung „Gremium MC“, in der mindestens ein früherer Neonazi-Aktivist organisiert ist und die im Ortsteil einen Konzertsaal betreibt. Rechtsextreme haben auch persönliche Kontakte in andere Berliner Rocker-Gruppen hinein.

Im Bereich des Sports gibt es Fan-, Hooligan- und Ultra-Gruppen verschiedener Berliner Fußballvereine, in denen rechtsextreme Orientierungen vorherrschen und rechtsextreme Personen fest integriert sind. Die dortigen Leitbilder aggressiver, körperbetonter Männlichkeit stellen ebenso wie in Teilen der Kampf- und Kraftsportszene, des Türsteher-Milieus oder in Teilen der Hardcore-, Rock- und Metal-Subkultur ein ideologisches und mentales Bindeglied zu rechtsextremen Denkwelten dar. Entsprechende Räume wie Clubs, Kneipen, Fitness-Studios und Tätowier-Läden können für Rechtsextreme ebenso gelegentliche Orte des Zusammentreffens und des gemeinsamen Erlebens darstellen wie Veranstaltungen und Ereignisse, etwa Fußballspiele, Konzerte, Feiern und Kampfsport-Events. Vor allem in der warmen Jahreszeit können

auch Volksfeste und Mittelalter-Märkte ebenso wie Bahnhöfe, Imbissbuden oder Parkanlagen in manchen Stadtteilen zu offenen Treffpunkten für organisierte Rechtsextreme und lose rechtsextreme Cliquen werden.

Rechtsextreme Cliquen und Aktionszusammenhänge

Der Anteil rechtsextremer Jugendlicher und junger Erwachsener an der Bevölkerung ist weitaus höher, als die überschaubare Zahl von Aktivist*innen im Umfeld von NPD und „Freien Kräften“ vermuten lässt. Ein Beispiel vom nordöstlichen Stadtrand zeigt, wie schnell aus einer Clique rechtsextremer junger Männer ein neonazistischer Aktionszusammenhang werden kann, der zumindest lose an das Berliner Neonazi-Netzwerk angebunden ist.

Im Jahr 2012 fiel im Ortsteil Buch des Bezirks Panitzsch ein sich selbst „Aktionsgruppe Buch“ (AG Buch) nennender Zusammenschluss auf, dessen hauptsächliche Tätigkeit in der massenhaften Markierung des Wohngebietes mit gesprühten rechtsextremen Symbolen und Parolen sowie selbstgebastelten Aufklebern bestand. Die Rechtsextremen verklebten außerdem wahllos Aufkleber verschiedener rechtsextremer und rechtspopulistischer Formationen, soweit sie derer habhaft werden konnten. Auch Schändungen von örtlichen Mahnmalen der sowjetischen Armee und des nationalsozialistischen Mords an Behinderten und Kranken („Aktion T4 Reich“) sind seit dem Auftreten der „AG Buch“ vermehrt vorgekommen. Durch Kürzel und Slogans wie „NSBA“ („Nationale Sozialisten Bundesweite Aktion“) oder „NS-Area“ wird der Bezug auf den historischen Nationalsozialismus stark betont, ebenso der Machtanspruch auf das Gebiet von Buch. Damit einhergehend bauen die rechtsextremen Aktivist*innen eine Drohkulisse gegenüber ortsansässigen linken Jugendlichen auf.

Aus den vergangenen Jahren sind mehrere Beispiele ähnlicher lokaler Organisationsversuche rechtsextremer Jugendlicher bekannt, so zum Beispiel die „Freien Nationalisten Berlin-Mitte“ (2010/11). Wie schnell ein derartiger Prozess erkannt und wie wirksam ihm entgegengearbeitet wird, hängt davon ab, wie sensibel und handlungssicher die lokalen demokratischen Akteure sind. Treffen rechtsextreme Zusammenschlüsse wie die „AG Buch“ auf entschiedene Gegenwehr, dann zerfallen sie oft wieder schnell. Während sich die Mehrzahl der Aktiven daraufhin ins

Private zurückzieht, finden Andere unter Umständen den Weg in stabilere rechtsextreme Netzwerke bzw. Organisationen.

Abgeschottete Milieus

Neben verschiedenen Zirkeln der sogenannten „Reichsbürger“ (siehe Artikel des apabiz in diesem Heft) existiert in Berlin und Umland eine schwer fassbare Landschaft rechtsextremer Vereinigungen und Netzwerke, die sich der Pflege völkischer Traditionen und Praktiken widmen. Zu diesen gehören unterschiedliche Brauchtums-Aktivitäten wie Tanz-, Lieder- und Bastelabende, Fahrten, neuheidnische Feiern etwa zum Jul- oder zum Sommersonnenwendfest, aber auch Kinder-Turnen und andere sportliche Aktivitäten, bei denen Rechtsextreme unter sich bleiben möchten. Sehr häufig sind es Rechtsextreme in etwas höherem Lebensalter mit Beruf und Kindern, die derartige Zusammenschlüsse betreiben. Einige von ihnen sind nach wie vor in der NPD oder anderen Organisationen aktiv, während sich die Meisten schon seit längerer Zeit aus der Politik zurückgezogen haben. Gemäß dem rechtsextremen Menschen- und Familienbild sind häufig die Frauen in derartigen Kreisen besonders aktiv. Obwohl aus diesem Spektrum 2012 kaum etwas an die Öffentlichkeit gedrungen ist und damit nur bedingt von einer politischen Aktivität gesprochen werden kann, leistet es als kulturelles Vorfeld des Rechtsextremismus doch einen wichtigen Beitrag für dessen Lebensfähigkeit und Ausstrahlungskraft. Zusammen mit anderen lebensweltlichen und subkulturellen Milieus sorgen derartige Strukturen maßgeblich dafür, dass sich Rechtsextremismus auch über Generationen hinweg reproduzieren kann. Eines der Ergebnisse dieser kulturellen Reproduktion: In mehreren Berliner Bezirken werden die Mitarbeiter*innen von Kinder-, Jugend- und Bildungseinrichtungen mit rechtsextremen Eltern konfrontiert. Dies kann sich so äußern, dass Kinder und Jugendliche durch rechtsextreme Kleidung auffallen oder dass Eltern rassistische Sprüche in Elternversammlungen platzieren. Mitunter engagieren sich rechtsextreme Eltern ehrenamtlich im Umfeld der Einrichtungen. Ein Beispiel dafür ist Maria Fank, NPD-Aktivistin und Vorstandsmitglied im „Ring Nationaler Frauen“ (RNF), die vorgibt, sich an einer Treptow-Köpenicker Schule für Kinderschutz einzusetzen.

Rechtspopulistische Anlaufversuche

Die rechtspopulistische Partei „Die Freiheit“ befindet sich spätestens seit ihrer Wahlschlappe vom September 2011 im Niedergang. Dennoch existieren in mehreren Stadtteilen nach wie vor aktive Gruppen, die in Einzelfällen versuchten, über Auftritte in „Bürgerfragestunden“ der BVV und politische Erklärungen – zum Beispiel offene Briefe und Schreiben an die Bezirksämter – in die Kommunalpolitik zu intervenieren. Im Gegensatz zu „Die Freiheit“ verstetigte die rechtspopulistische Partei „Pro Deutschland“ 2012 ihre Aktivitäten und erzielte mittels einer systematischen Strategie des inszenierten Tabubruchs einige öffentliche Aufmerksamkeit. Dies galt besonders für eine bundesweite Kampagne, in deren Rahmen „Mohammed-Karikaturen“ vor Moscheen gezeigt wurden, um so Konfrontationen mit islamistischen (salafistischen) Akteuren zu provozieren. Dies wurde auch in Berlin durchgeführt, die Wirkung blieb hier allerdings begrenzt.

„Pro Deutschland“ versuchte überdies, mit einer Reihe von kleineren, eher lokal angelegten Kampagnen zu punkten. Dies beinhaltete die Agitation gegen die Einwanderung von Menschen aus südosteuropäischen Ländern, gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Berliner Bezirken, gegen alternative Wohn- und Hausprojekte sowie den Versuch, den Diskurs um die brutale Tötung eines jungen Mannes in Berlin-Mitte am 14. Dezember 2012 aufzugreifen und rassistisch aufzuladen. Bei „Pro Deutschland“ handelt es sich um eine Formation, die über eine motivierte Kerntruppe aus erfahrenen rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteuren sowie über eine strategisch denkende Führung verfügt. Eine gewisse Konzentration auf die Stadtteile Lichtenberg und Hohenschönhausen ist festzustellen, die mit den dortigen vergleichsweise guten Wahlergebnissen von „Pro Deutschland“ und der anderen Rechtsaußen-Parteien vom September 2011 korrespondiert.

Im Jahr 2012 ist auch die „German Defence League“ (GDL, „Deutsche Verteidigungs-Liga“) in Berlin aufgetreten und hat dabei eine große politische und personelle Nähe zu „Pro Deutschland“ offenbart. Dem eigenen Anspruch nach handelt es sich bei der „GDL“ um eine strömungs- und parteiübergreifende Bewegung des Rechtsaußen-Spektrums (allerdings existiert ein Unvereinbarkeitsbeschluss gegen NPD und Kameradschaften). Inwieweit die „GDL Division Berlin“ diesen Anspruch einlösen kann, ist angesichts ihrer



68. Berlin-Schöneberg, 21. Juli 2012

Ein 23-jähriger und ein 37-jähriger Mann werden gegen 1.30 von zwei Männern, Gäste in einem Imbiss in der Fuggerstraße, homophob beleidigt und mit Essen beworfen. Die Männer gehen weiter und werden von den 31- und 33-jährigen Tätern verfolgt und an der Kreuzung Motzstraße Ecke Martin-Luther-Straße geschlagen und getreten. Die beiden Männer flüchten in ein Restaurant und werden weiter geschlagen, getreten und dadurch verletzt. Die Polizei nimmt beide Täter fest.

Polizei Berlin, 21.07.2012, Div. Medien z.B.: Tagesspiegel, 21.07.2012, queer.de, 21.07.2012

69. Berlin-Tempelhof, 28. Juli 2012

Gegen 19.20 Uhr wird ein Junge in einem Bus in Mariendorf von einem 27-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Ein 18-jähriger Mann, der dazwischen geht, bekommt einen Tritt gegen das Knie. Der 27-Jährige, der als „rechtsmotivierter Straftäter“ bekannt ist, beleidigt weiter und ruft mehrmals „Sieg Heil“. An der Haltestelle Alt-Mariendorf wird er von der Polizei vorläufig festgenommen.

Polizei Berlin, 29.07.2012, Berliner Zeitung, 29.07.2012, Tagesspiegel, 29.07.2012

70. Berlin-Lichtenberg, 30. Juli 2012

Ein 45-jähriger Mann, der in einem Geschäft an der Frankfurter Allee arbeitet, wird gegen 16.40 Uhr von einer unbekanntem Frau rassistisch beleidigt und mit einer Hundeleine geschlagen.

Polizei Berlin, 31.07.2012, Berliner Zeitung, 31.07.2012, Tagesspiegel, 31.07.2012

71. Berlin-Treptow, 1. August 2012

In der Nacht wird der Briefkasten gesprengt und eine Scheibe des Wohnhauses des Berliner Juso-Vizechefs eingeworfen.

Pressemitteilung ‚uffmucken‘, 22.08.2012, Pressemitteilung Bezirksamt Treptow-Köpenick, 22.08.2012, Register Treptow-Köpenick

bisherigen zahlenmäßigen Schwäche und schwachen Außenwirkung mehr als fraglich.

Verankerung und Vernetzung: Die intellektuelle Rechte

Die intellektuelle Spielart der extremen Rechten wird in Berlin insbesondere durch das „Institut für Staatspolitik“ (IFS) und die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Sezession“ verkörpert. Gute Kontakte bestehen zu rechtsextremen studentischen Verbindungen, von denen es in Berlin mehrere gibt und die hier auch verschiedene Häuser unterhalten. Die rechtsintellektuellen Akteure grenzen sich in der Regel vom Neonazismus ab und bezeichnen sich gern als „konservativ“, vertreten jedoch nichtsdestoweniger extrem rechte Ideologien menschlicher Ungleichheit und autoritäre, antidemokratische gesellschaftspolitische Vorstellungen. Seit vielen Jahren bemühen sie sich um den Aufbau einer – in ihren Augen – intellektuellen und politischen Elite, die sich vom demokratischen Meinungsspektrum entschieden abtrennen und auf einen radikalen Umbau von Staat und Gesellschaft hinwirken soll.

Den rechtsextremen Intellektuellen um das „IFS“ ist es 2012 gelungen, in Berlin regelmäßige und relativ gut besuchte Veranstaltungen namens „Berliner Kolleg“ durchzuführen. Als Räumlichkeit wurde regelmäßig das Berliner Logenhaus in Wilmersdorf genutzt. Hier fand am 6. Oktober auch der sogenannte „Zwischentag“ statt, eine von ca. 700 Menschen besuchte Mischung aus Messe und Konferenz, die das politische Spektrum zwischen Konservatismus und Neonazismus zusammenbringen sollte. Aufgrund der Vielzahl der teilnehmenden Verlage, Organisationen und Projekte sowie der Besucher/innen wurde die störungsfreie Veranstaltung als Erfolg gefeiert.

Überdies eröffnete das „IFS“ im Dezember 2012 eine Niederlassung in Köpenick, die seither für Büroarbeit und für gelegentliche Veranstaltungen genutzt wird. Den rechtsextremen Intellektuellen des „IFS“ ist es im Laufe des Jahres 2012 gelungen, Berliner Räumlichkeiten zur regelmäßigen Nutzung zu gewinnen und ein gewisses personelles Umfeld um sich zu sammeln. Dies wurde dadurch erleichtert, dass es kaum zu öffentlich wahrnehmbarem Protest gegen diese Bestrebungen kam.

Außerdem eröffnete im November 2012 im Westteil Berlins die eng mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ verbundene „Bibliothek des Konservatismus“.

Die bereits seit Mitte der 90-er Jahre in Berlin ansässige „Junge Freiheit“ ist als Scharnier zwischen Rechts-Extremismus und Konservatismus ein bevorzugtes Podium der rechtsextremen Intellektuellen um „IFS“ und „Sezession“.

Schlussbemerkung

Den Gruppierungen des Rechtsaußen-Spektrums ist gemeinsam, dass zwischen ihren selbstgestellten Ansprüchen und Selbstbildern und der politischen Realität eine schier unermessliche Lücke klafft. Statt eine dynamische Elite darzustellen, welche die deutsche Gesellschaft vor dem angeblich drohenden Untergang rettet und eine ganz neue, vermeintlich bessere Ordnung erschafft, sind die Kreise des Rechtsaußen-Spektrums in der Regel sehr überschaubar und ihre politischen Wirkungen schwach. Diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit muss bewältigt werden, wobei verschiedene Methoden zu beobachten sind: Abwehr der Realität durch verschwörungstheoretische Konstruktionen, Opferinszenierung, verkrampte Attitüden soldatischer Härte und Flucht in völkisch-esoterische „Hinterwelten“. Manchmal wird aus der Not eine Tugend gemacht, indem sich die Akteure als kleine erleuchtete Elite feiern, zu der schon ihrem Wesen nach nur wenige Menschen Anschluss finden könnten.

An der Gefährlichkeit des Rechtsextremismus ändern diese Tendenzen nichts: Wie am „Nationalen Widerstand Berlin“ zu beobachten ist, kann gerade die innere Festigung und Abschließung nach außen mit erhöhter Gewalttätigkeit bis an die Schwelle des Terrorismus einhergehen. Anschläge mit Brandsätzen und Sprengkörpern gegen Wohnorte und Einrichtungen von Gegner/innen der Rechtsextremen zeugen davon.

Ebenso wie diese terroristischen Ansätze muss beunruhigen, dass die wesentlichen Akteure des Berliner Rechtsaußen-Spektrums 2012 ihre politische Handlungs- und Interventionsfähigkeit erhalten und teilweise auch gesteigert haben. Ob NPD, „Pro Deutschland“ oder „Institut für Staatspolitik“ – sie alle lauern auf ihre politischen Chancen und die entsprechenden Stichworte aus dem politischen Diskurs, um daraus Kampagnen zu machen. Die Akteure von Rechtsaußen trachten begierig danach, ein in der Gesellschaft existierendes nationalistisches und rassistisches Potenzial abzuschöpfen, das sehr viel größer als ihr bisheriges Umfeld ist.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) ist Träger der MBR und von 2008-2012 des Projekts „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins - Dokumentation und Analyse.“ Dieses Projekt unterstützte kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Umgang mit Rechtsextremen vor allem in den Bezirksverordnetenversammlungen. Der Autor war bis 2012 Leiter dieses Projekts.



MEHRHEITSGESELLSCHAFT

„Reichsbürger“ im Bürgerkrieg

von Eike Sanders und Ulli Jentsch, apabiz

Die sogenannten „Reichsbürger“ tauchen bereits seit mehreren Jahren immer wieder in der Öffentlichkeit auf, doch noch nie wurden sie in Berlin so aufmerksam wahrgenommen wie im Jahr 2012. Seit Anfang März 2012 wurden anonyme Drohbriefe bekannt, die bei Moscheen, muslimischen Privatpersonen und jüdischen Einrichtungen eingingen.



Die Briefe enthielten unter dem Titel „Ausweisung aus Deutschland“ massive Drohungen an die Empfänger_innen, umgehend Deutschland zu verlassen – zu „ihrer eigenen Sicherheit“ „innerhalb der nächsten sechs Monate (allerspätestens bis zum 1. August 2012)“. Am Tag X beginne zunächst ein Bürgerkrieg, der zu Pogromen gegen Nicht-Deutsche führen würde und schließlich würde der Dritte Weltkrieg ausbrechen. Diese und andere öffentliche, provokative Aktionen – wie das Auftreten als „Hilfspolizisten“ – sind neu für das Spektrum der „Reichsbürger“, die sich bisher vor allem auf Hinterzimmertreffen und Internet-Auftritte beschränkt hatten. Sie zeugen von einem gestiegenen Selbstbewusstsein dieser Kreise, offensiver für

ihre Ideen einzutreten. **Antimuslimische Kampagne**

Für den achtseitigen Drohbrief „Ausweisung aus Deutschland“ zeichnete eine Gruppierung aus dem Spektrum der „Reichsbürgerbewegung“ verantwort-

lich, die sich „Neue Gemeinschaft von Philosophen“ nennt und diesen Brief auf ihrer Webseite veröffentlicht hatte. Die polizeilichen Ermittlungen förderten keine namentlich Verantwortlichen zutage. Sowohl die „Neue Gemeinschaft“ als auch die dazugehörige Webseite arbeiteten anonym und klandestin.

Die Verschickung der Drohbriefe hatte deutlich den Charakter einer Kampagne: das Pamphlet war im Januar 2012 mit dem Hinweis an die Leser_innen, es auszudrucken und zu verteilen, veröffentlicht worden. Die Briefe wurden nach Berichten von Betroffenen teilweise nicht per Post verschickt, sondern offensichtlich persönlich eingeworfen. Sie erreichten die Empfänger_innen in Dokumentenhüllen statt in Umschlägen und ohne jede Adressaufschrift. Auch die Bundesländer Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg meldeten die Zustellung dieser Briefe an die gleichen Personengruppen. In Baden-Württemberg sei er „gehäuft aufgetaucht“, sagte eine Sprecherin des Verfassungsschutzes in Stuttgart. In Berlin reichten sich die Drohbriefe in eine ganze Serie von antimuslimischen Drohungen und Angriffen ein (siehe den Artikel von Lydia Nofal auf Seite 39).

„Rassenvermischung ist Völkervernichtung“

Die ideologischen Versatzstücke dieses Briefes, wie die vieler anderer Schriften der „Reichsbürger“, sind alt bekannt und werden seit Jahren verwendet. Der Brief ist ein teilweise schwer verständliches Sammelsurium rassistischer, deutschnationaler, antisemitischer und esoterischer Argumentationen. Kern der „Weltanschauung“ dieser Kreise ist, dass das „Deutsche Reich“ weiter existent sei und die Bundesrepublik Deutschland ein völkerrechtlich nicht anzuerkennendes „Gebilde“ sei. Daher sei deren Gesetzen und Anweisungen auch nicht zu folgen. Solche dubiosen „Rechtsauffassungen“ werden in

Teilen der extrem rechten Szenen ebenso vertreten wie in Kreisen esoterischer Zirkel. Die „Reichsbürgerbewegung“ ist in sich gespalten in eine Vielzahl konkurrierender selbsternannter „Reichsregierungen“ mit Namen wie „Kommissarische Reichsregierung“, „Amtierende Reichsregierung des Deutschen Reiches“, „Exil-Regierung Deutsches Reich“, „Rat der Nationalversammlung“, „Präsidium des Deutschen Reichs“ und „Zentralrat Deutscher Staatsbürger“.

Ausgeprägt ist ein tiefer biologistischer Rassismus, wie man ihn aus der „Rassenlehre“ zum Ende des 20. Jahrhundert kennt: Wenngleich die Texte der „Neuen Gemeinschaft“ extrem antimuslimisch sind – also sich vor allem am Feindbild Moslem orientieren und von einem tiefen Hass gegen türkische Deutsche zeugen – so läuft die Argumentation am Ende doch immer auf einen Biologismus und imaginierte „Menschenrassen“ hinaus, die hierarchisiert werden. So wird nicht nur von Pogromen, sondern auch von „ethnischen Säuberungen“ gesprochen.

Die antimuslimische Argumentation der „Neuen Gemeinschaft“ besitzt dabei einen antisemitischen Kern: Auch der Islam sei auf dem Judentum begründet. So richtet sich die totale Ablehnung des Judentums letztendlich sogar explizit gegen alle drei monotheistischen Weltreligionen, die „im ‚Gelobten Land‘ ihren Ursprung haben“ und damit auch gegen die christliche Geschichte Deutschlands. Folgerichtig wird eine arteigene, heidnische Religion propagiert.

Wie biologistisch die Argumentation ist, lässt sich auch an der sexistischen Argumentation im Drohbrief ablesen: Der Mann als Kulturträger bestimmt die „rassische“ und religiöse Zugehörigkeit derart, dass es für die Reichsbewegung akzeptabel ist, wenn ein „patriotischer Deutscher mit einer (nicht-muslimischen) Türkin“ verheiratet ist, dann dürfen sie nach dem Tag X bleiben. Ist aber ein türkischer „Mann mit einer deutschen Frau verheiratet und haben diese Kinder,

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

dann werden alle in ihr Heimatland zurückgeschickt.“

Amtsanmaßung als „Polizeihilfswerk“

Im Jahr 2012 tauchte – erstmals Ende November 2012 in Sachsen – ein sogenanntes „Deutsches Polizei-Hilfswerk“ (DPHW) auf. Die Initiative für die dubiosen Hilfspolizisten geht ebenfalls von Mitgliedern der „Reichsbürger“-Bewegung aus. Sie erregten dadurch öffentliche und polizeiliche Aufmerksamkeit, dass sie versuchten, im eigenen Auftrag gegen Zwangsvollstreckungen vorzugehen. Die Reichsbürger-Truppe will laut Eigenaussage auch in Uniformen auftreten, die in Farbe, Aufschrift und mit eigenem „Polizeistern“ stark an offizielle Uniformen erinnern. Alle „ordentlichen Mitglieder“ des DPHW werden verpflichtet, sich eine solche Uniform zu bestellen. Abgesehen von der offensichtlichen Amtsanmaßung und dem Verstoß gegen das Uniformverbot – gesetzliche Regelungen, die den „Reichsbürgern“ allerdings nichts gelten – ist das bisher bekannte Auftreten des DPHW sehr aggressiv gewesen. So wurden Personen massiv körperlich bedroht und genötigt. Dies zeigt, dass Teile der „Reichsbürger-Bewegung“ bereit sind, ihre imaginierten „Rechtsauffassungen“ nötigen Falls mit Selbstjustiz durchzusetzen.

Auch in Berlin wurden Mitglieder dieser Truppe aktiv. Das DPHW meldete auf der eigenen Webseite einen angeblichen „Obachtserfolg“ und berichtete von einer Verhinderung einer Vollstreckung durch einen „‘vorgeblichen‘ Gerichtsvollzieher“ am 23. November in Berlin-Kreuzberg. Die näheren Umstände der Aktion bleiben allerdings unklar. Berliner Aktivist_innen gegen Zwangsvollstreckungen hatten unabhängig davon von mehreren vergeblichen Kontaktversuchen aus dem DPHW-Spektrum berichtet. Uniformierte „Reichsbürger“ wollten wohl die friedlichen Proteste unterstützen.

Ernst zu nehmende Spinnereien

Wie kann überhaupt angemessen auf anonyme rassistische Brief-Kampagnen reagiert werden? Zunächst muss klar sein, welche Auswirkungen diese schriftlichen Drohungen auf die betroffenen Personen und ihre Gemeinschaften haben. Einzelne werden vielleicht, abgehärtet durch die jahrelange Konfrontation mit solchen und ähnlichen rassistischen Angriffen, so etwas schnell beiseite legen und verdrängen. Aber



Chronik

72. Berlin-Friedrichshain, 4. August 2012

Gegen 17.30 Uhr werden Vertreter_innen der Initiative gegen Rechts Friedrichshain an ihrem Stand auf der Biermeile von einem mutmaßlichen Neonazi beleidigt und bedroht.

MBR Berlin (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus),
12.08.2012, ReachOut

73. Berlin-Friedrichshain, 7. August 2012

Eine 29-jährige Frau und ihr 30-jähriger Mann werden gegen 21.00 Uhr am Wismarplatz von einem 39-jährigen Mann antisemitisch beleidigt und bedroht.

blaulichtatlas, 8.08.2012, berlinonline.de, 8.08.2012,
Berliner Zeitung, 30.08.2012

74. Berlin-Reinickendorf, 9. August 2012

Eine 55-jährige Frau wird gegen 13.20 Uhr in einer Tankstelle im Dannenwalder Weg von drei unbekanntenen Männern rassistisch beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 17.10.2012

75. Berlin-Treptow, 12. August 2012

Ein junger Mann wird gegen 22.30 Uhr in Johannisthal am Sterndamm Ecke Lindhorstweg, in der Nähe der Kneipe ‚Sturmeck‘, während er NP-D-Plakate entfernt, von einem verummten Neonazi, angegriffen und mit Reizgas besprüht. Ein Zeuge greift verbal ein und der Neonazi entfernt sich.

Störungsmelder, 16.08.2012, Register Treptow-Köpenick

76. Berlin-Weißensee, 14. August 2012

Gegen 17.00 Uhr wird auf den Balkon eines Wohnhauses, in dem vorwiegend Flüchtlingsfamilien wohnen, ein brennender Gegenstand geworfen, durch den dort zum Trocknen aufgestellte Wäsche in Brand gesteckt wird. Eine Zeugin sieht das Feuer und warnt den Bewohner, der das Feuer löschen kann, bevor die Feuerwehr eintrifft. Die Polizei erscheint, nimmt aber keinen Kontakt zu der Familie auf.

ReachOut

viele Betroffene berichteten, zum Teil verstärkt durch die quasi offizielle Aufmachung dieser Schreiben, von massiver Verunsicherung. Die Unterstützung der Betroffenen ist also – obwohl die Zusendung der Briefe juristisch und polizeilich gesehen manchmal als Bagatellen abgetan werden dürften – dringend geboten. In diesem Zusammenhang wäre auch eine möglichst große Transparenz von Seiten der Ermittlungsbehörden wünschenswert. Bis heute ist manchen Betroffenen nicht klar, wie der Stand der Ermittlungen insgesamt aussieht. Selbst die Zahl der Briefe, die an Adressen in Berlin zugestellt wurden, bleibt im Dunkeln; es gibt keinen offiziellen Hinweis, ob Verfahren weitergehen oder eingestellt wurden.

Das ganze Ausmaß solch anonymer Hetz-Kampagnen ist auch für engagierte Projekte schwer abschätzbar, da nur Wenige über solche Vorfälle berichten. Sicher ist aber trotzdem, dass es sich um weit verbreitete, teilweise bundesweite Phänomene handelt. Die „Reichsbürger“ haben deutlich gemacht, dass sie auch vor Selbstjustiz nicht zurück schrecken werden und sie fantasieren von „Bürgerkrieg“ und „ethnischen Säuberungen“: Grund genug, den Betroffenen jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen.





FALL ANALYSE

Das Ende eines Labels

von Bianca Klose und Sebastian Wehrhahn, MBR

In den letzten Jahren hat sich das Netzwerk „Nationaler Widerstand Berlin“ („NW-Berlin“) zum wichtigsten rechtsextremen Aktionszusammenhang in Berlin entwickelt. Neben der NPD und einigen kleinen, oft nur temporär als Label genutzten Zusammenschlüssen war „NW-Berlin“ der einzige Zusammenhang, der kontinuierlich Aktionen und Kampagnen durchführte, über einen langen Zeitraum eine ständige Präsenz im Internet betreute und eine dauerhafte Diffamierungs- und Bedrohungskampagne gegen Antifaschist/innen, linke, grüne oder sozialdemokratische Politiker/innen, kritische Journalist/innen oder einfach nur engagierte Bürger/innen durchführte.



2012 führte das jahrelange Engagement von antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, von Beratungseinrichtungen wie ReachOut oder der MBR sowie von Politiker/innen auf der Bezirks- und Landesebene dazu, dass der mediale und polizeiliche Druck auf die Personen stieg, die Teil des Zusammenhangs „Nationaler Widerstand Berlin“ sind. Das Ergebnis ist unter anderem, dass die Seiten „nw-berlin.net“ und „chronik-berlin.com“ nicht mehr erreichbar sind. Ist der „Nationale Widerstand Berlin“ also Ge-

schichte?

Die Anfänge des „NW-Berlin“

Die Seite „nw-berlin.net“ begann im Sommer 2005 über rechtsextreme Aktionen in Berlin zu berichten. Nur wenige Monate zuvor war die Berliner „Kameradschaft Tor“ (KS Tor) verboten worden. Im Hinblick sowohl auf die politischen Zielsetzungen, Ästhetik und Sprache als auch auf den ausgeprägten Aktionismus schließt der „Nationale Widerstand Berlin“ nahtlos an die verbotenen Kameradschaften an. Bezeichnenderweise berichteten schon die ersten Beiträge auf der Seite über Aufmärsche, die von Sebastian Schmidtke angemeldet wurden. Bis heute wurden die meisten Aufmärsche und Kundgebungen, die „NW-Berlin“ zugeschrieben werden, von Schmidtke angemeldet, der mittlerweile Landesvorsitzender der NPD ist. Es war ebenfalls Schmidtke, der über viele Jahre als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts für Publikationen des „Nationalen Widerstands Berlin“ fungierte.

Die Organisationsform des Zusammenhangs „NW-Berlin“ grenzt sich jedoch strategisch von klassischen Kameradschaftsentwürfen ab. Als Reaktion auf die Verbote der Kameradschaften „KS Tor“ und der „Berliner Alternative Südost“ wählten die Rechtsextremen ein Label, das ihnen identitätsstiftende Verwendung und Wiedererkennung bei Aktionen und Kampagnen erlaubte und dabei gleichzeitig weniger angreifbar, weil unbestimmter schien.

Nationalsozialismus, Rassismus, Gewalt

Thematisch decken die Aktionen und Publikationen des „NW-Berlin“ nahezu die gesamte Bandbreite rechtsextremer Ideologie ab: rassistische Hetze beispielsweise im Rahmen der sogenannten „Ausländer-Raus-Kampagne“ (2011), Verherrlichung des Nationalsozialismus im Rahmen von Veranstaltungen mit

ehemaligen Wehrmachtssoldaten oder von Aktionen zum Todestag von Rudolf Heß. Ebenfalls wichtige Rollen spielten Antikommunismus, in Form gezielter Diffamierung und Bedrohung von Antifaschist/innen, und Berichten über Angriffe auf linke und alternative Läden oder völkische Ideologie, in Gestalt von Schulungen oder von Artikeln, in denen etwa Euthanasie propagiert wird.

Natürlich sind diese Themen kaum getrennt voneinander zu behandeln. Über die Jahre bildete sich ein geschlossenes rechtsextremes Ideologie-Gebäude heraus, das für die Praxis des „NW-Berlin“ prägend ist und das sich in allen Aktionsformen niederschlägt.

Schulungen, Aufmärsche, Angriffe

In den letzten Jahren koordinierte das Aktionsnetzwerk mehrere Kampagnen, darunter die zum 1. Mai 2010 oder die „Rudolf-Heß-Gedenkwoche“ im August 2012, wobei festzustellen ist, dass sich diese Kampagnen teilweise deutlich in Umfang und strategischer Ausrichtung unterscheiden. Während die „Gedenkwoche“ lediglich aus einigen Plakatier-Touren bestand, umfasste die Mobilisierungskampagne zum 1. Mai 2010 bundesweite Treffen sowie Veranstaltungen, Infostände, Aktionen und Schulungen in Berlin über einen Zeitraum von mehreren Monaten.

Die Schulungen hatten einerseits die Vermittlung nationalsozialistischer Ideologie zum Ziel, andererseits wurden Taktiken der körperlichen Auseinandersetzung eingeübt und Informationen über politische Gegner/innen (Namen, Adressen und Fotos) vorgestellt. Die Kampagne mit dem Titel „Ausländer raus“ beinhaltete zudem gezielte Bedrohungen von Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund in Form von Sprühereien und Schmierereien in Lichtenberg. Für beide Kampagnen wurden Standanmeldungen, Infotische und Werbemittel der NPD genutzt. Zudem beteiligte sich „NW-Berlin“ an bundesweiten Mobil-

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

sierungen zu rechtsextremen Aufmärschen oder dem „Tag der deutschen Zukunft“.

Auch jenseits von Kampagnen führte das Netzwerk „NW-Berlin“ regelmäßig Versammlungen durch. Am 17. Juni 2012 hielt beispielsweise die NPD eine von Sebastian Schmidtke angemeldete Kundgebung am Strausberger Platz ab, die „NW-Berlin“ zugerechnet werden kann. Diese Versammlung wurde auf „nw-berlin.net“ beworben und dokumentiert. Im Vorfeld wurden in der Umgebung des Kundgebungsortes auch NW-Flyer verteilt, die für die Demonstration mobilisierten. In diesem Zusammenhang wurde gezielt das Wohnhaus eines engagierten Gewerkschafters ausgewählt, das mehrfach Ziel von rechtsextremen Sprühereien gewesen war. Auf der Seite „nw-berlin.net“ wurde dieser Gewerkschafter mit Namen genannt und bedroht, auf dem rechtsextremen Flyer stand zudem seine Privatadresse und auf der Homepage wurde er als „Linkskrimineller Wortführer“ bezeichnet. Im Artikel wurde damit gedroht, dass „er und seine Familie sich sicher sein können, dass er nirgends ungestört Wohnen kann“. Die Versammlungsbehörde sah trotzdem keinen Anlass, den Kundgebungsort in direkter Nachbarschaft zu untersagen. Der Vorfall steht exemplarisch für einen Schwerpunkt in der Praxis von „NW-Berlin“: Das öffentliche Anlegen von Feindeslisten im Netz sowie die Bedrohung und Vorbereitung von Angriffen gegen missliebige Personen.

Über mehrere Jahre wurden auf den Seiten von „NW-Berlin“ Personen mit Namen, Fotos und teilweise Adressen geführt, zudem waren unter der Überschrift „Linke Läden“ Adressen und teilweise Bilder verschiedener linker und alternativer Einrichtungen zu finden. Nicht wenige dieser Einrichtungen sind daraufhin Ziel von rechtsextremen Brandanschlägen und anderen Angriffen geworden. Prominentestes Beispiel ist die Kinder- und Jugendeinrichtung „Anton-Schmaus-Haus“. Das Haus wurde mehrfach auf „nw-berlin.net“ genannt. Nachdem über einen internen Verteiler von „NW-Berlin“ mit einem Verweis auf die Liste „Linke Läden“ der Aufruf verbreitet worden war, „den Terror der Roten“ zu brechen, ist das Haus erstmals Ziel eines Brandanschlages geworden, ein halbes Jahr später folgte ein weiterer. Im Oktober 2012 wurde der Zaun des Anton-Schmaus-Hauses großflächig mit Hakenkreuzen und Runen angesprüht, außerdem mit



Chronik

77. Berlin-Neukölln, 21. August 2012

Gegen 10.30 Uhr wird eine Frau in Begleitung ihrer beiden Söhne auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Sonnenallee von einer unbekanntenen Frau rassistisch beleidigt. Der sechsjährige Sohn wird von der Unbekannten mit Reizgas ins Gesicht gesprüht und verletzt.

Polizei Berlin, 31.07.2012, Autonome Neuköllner Antifa

78. Berlin-Treptow, 22. August 2012

Gegen 3.30 Uhr wird in Adlershof der Briefkasten gesprengt und eine Scheibe des Hauses eines Mitglieds der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, der sich gegen extrem Rechte engagiert, eingeschlagen, während die Familie sich schlafend im Haus befindet.

Polizei Berlin, 22.08.2012, Störungsmelder, 22.08.2012, Taz, 29.08.2012

79. Berlin-Neukölln, 23. August 2012

Ein 17-Jähriger wird gegen 20.00 Uhr in der Fritz-Reuter-Allee, während er einen rechtsradikalen Aufkleber überklebt, von einem Maskierten mit Faustschlägen angegriffen und verletzt. Kurze Zeit später wird der 17-Jährige von zwei Personen aggressiv auf den Vorfall angesprochen.

Polizei Berlin, 31.07.2012, Autonome Neuköllner Antifa

80. Berlin-Wedding, 25. August 2012

Eine 30-jährige Frau und eine 35-jährige Frau und deren 6-jährige Tochter werden gegen Abend an einer Straßenbahnhaltestelle an der Osloer Straße Ecke Reinickendorfer Straße von einem unbekanntenen Mann rassistisch beleidigt und angegriffen.

Polizei Berlin, 26.08.2012, Chronik Auf die Pelle rücken!

81. Berlin-Schöneberg, 28. August 2012

In der Beckerstraße wird gegen 18.20 Uhr ein 53-jähriger Mann, in Begleitung seiner Tochter, von vier unbekanntenen Jugendlichen antisemitisch beleidigt und bedroht. Der Vater wird von einem Jugendlichen geschlagen und am Kopf verletzt.

Polizei Berlin, 29.08.2012, Berliner Zeitung, 29.08.2012, Tagesspiegel, 29.08.2012

dem Schriftzug: „Ihr interessiert uns brennend“.

Ebenfalls deutlich wird die Verbindung von strafbarer „Recherche“ und der Veröffentlichung im Internet am Beispiel eines alternativen Lokals in Neukölln. Dort brachen Unbekannte den Briefkasten auf, entwendeten Post, die die Namen und Adressen der Angestellten enthielt und hinterließen einen Aufkleber der NPD am Eingang. Wenige Wochen später wurden die Namen bei „nw-berlin.net“ veröffentlicht.

Neben Schulungen und Veranstaltungen organisiert der „Nationale Widerstand Berlin“ regelmäßige soziale Ereignisse wie ein jährlich stattfindendes Fußballturnier oder die Feier zu Ehren von Adolf Hitlers Geburtstag im April 2012 in einem Ladenlokal in der Lichtenberger Weiritingstraße. Angemietet wurde dieses Lokal über einen Tarnverein, dem ausschließlich einschlägig bekannte Rechtsextreme angehören, unter ihnen zwei Mitglieder des Landesvorstandes der NPD.

Kaum Interesse der Sicherheitsbehörden

Am Beispiel des „NW-Berlin“ lässt sich nicht nur die Radikalisierung der rechtsextremen Szene in Berlin aufzeigen, sondern auch, dass staatliche und nicht-staatliche Stellen ganz unterschiedlich damit umgehen. So lässt sich am polizeilichen Umgang in Berlin mit den Straf- und Gewalttaten des „Nationalen Widerstands“ deutlich machen, in welchem hohem Maße öffentlich zugängliche Informationen und Analysen von Antifa-Gruppen und Beratungsprojekten ignoriert wurden und auch den Einschätzungen von unmittelbar Betroffenen kein Glaube geschenkt wurde. Anders lässt sich zumindest nicht erklären, warum es über viele Jahre keine Ermittlungserfolge im Fall des „Nationalen Widerstands“ gab.

Die Lektüre der Seite „nw-berlin.net“ gehört seit ihrem Erscheinen 2005 zum Alltag der MBR und anderer Rechercheprojekte (und nicht erst, seitdem dort die Namen von Mitarbeiter/innen der MBR – zusammen mit vielen anderen Engagierten – veröffentlicht werden).

Nachdem die Liste der Einrichtungen im Mai 2011 deutlich erweitert wurde und weitere Angriffe gegen diese Objekte zu befürchten standen, begann die MBR die auf der Liste genannten Einrichtungen und Personen über ihre Nennung zu informieren und sie über das gewaltbereite Netzwerk aufzuklären. Die Warnungen waren nur allzu berechtigt: In der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 2011 verübten Rechtsextreme fünf Brandanschläge in Berlin, darunter auch auf

das Anton-Schmaus Haus.

Ignorieren, Abwiegeln, Aussitzen

Die Strafverfolgungsbehörden nahmen aus Sicht der Betroffenen solche Vorstufen des Terrors durch einen ebenso überschaubaren wie extrem gewaltbereiten rechtsextremen Aktivist/innenkreis auch nach diesem Brandanschlag nicht ernst. Anders konnten sie es sich nicht erklären, dass die seit dem Jahr 2007 von Engagierten gestellten Anzeigen, unter anderem wegen des Missbrauchs von Portrait-Aufnahmen auf „nw-berlin.net“, über Jahre hinweg regelmäßig von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurden. Ähnlich wurde mit Anzeigen verfahren, die seit 2009 regelmäßig gegen Unbekannt gestellt worden waren, zunächst wegen des Missbrauchs personenbezogener Daten auf „nw-berlin.net“, dann wegen der daraufhin folgenden Schmierereien wie „9mm für ...“, „Tod für ...“ an Wohnhäusern und Arbeitsplätzen von Gewerkschafter/innen, Anwält/innen und Antifaschist/innen.

Wenn die Betroffenen überhaupt je wieder etwas von ihrem Fall hörten, so war es die Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft. In den Augen der Betroffenen waren es aber bereits die mangelhaften Ermittlungen, die gar nicht erst zur Feststellung der Täter führen konnten. So wurden lange Zeit Sprühereien wie „Rotfront verrecke“, „9mm für ...“ und „C4 for Reds“, verbotene Keltenkreuze, Hitler-Smilies und „NW-Berlin“ Schriftzüge nicht einer sich zunehmend radikalisierenden sogenannten Anti-Antifa-Arbeit mit gezielter Bedrohung und Einschüchterung Engagierter zugeordnet. Offenbar wurden all diese Fälle nicht einmal mit der besagten Internetseite in Verbindung gebracht; meist wurde der Fall nur als Sachbeschädigung aufgenommen und verfolgt.

Wie bereits erwähnt, existierte die Auflistung „Linker Läden“ seit März 2009 auf „NW-Berlin“. Die Liste mit mehreren Dutzend Adressen wird recht eindeutig eingeleitet: „Wie sagt man doch so schön, es gibt kein ruhiges Hinterland. (...) Wir hoffen, diese Informationen sind für Euch im praktischen Sinne effektiv. Es ist ein notwendiges Gut, seine Nachbarn zu kennen und sich ihnen vorzustellen (...).“ Seitdem war für jedermann einsehbar – auch für die Berliner Strafverfolgungsbehörden – dass der auf Anti-Antifa spezialisierte Kreis um „NW-Berlin“ umfangreiches Material über seine politischen Gegner/innen und deren Einrichtungen sammelt. Zudem musste den direkt Betroffenen, aber auch allen anderen in Berlin

Engagierten oder Exponierten klar sein, dass die im Internet veröffentlichten Informationen nur einen Teil der gesammelten Informationen darstellen und dass es beim bloßen Ausspionieren und Sammeln wohl nicht bleiben wird.

Weitgehend ungehindert von staatlicher Verfolgung konnte das „NW-Berlin“-Netzwerk über Jahre hinweg nicht nur Informationen über seine politischen Gegner/innen auskundschaften, sammeln und verbreiten, diese wurden daraufhin auch regelmäßig Ziel von Anschlägen. Mehr noch, da auch weiterhin Ermittlungserfolge ausblieben, wurden die Angriffe quantitativ ausgeweitet und qualitativ gefährlicher. Zudem gingen die Täter/innen dazu über, gezielt Feuer zu legen. Während die Rechtsextremen, von der Passivität der Ermittlungsorgane offenbar ermutigt, zunehmend selbstbewusster wurden, blieben die Bedrohten und Betroffenen auf sich allein gestellt.

Menschen, die sich namentlich oder gar mit Foto auf der Seite veröffentlicht fanden, mussten einerseits ständig mit Anschlägen durch den „NW-Berlin“ rechnen, andererseits mussten sie den Eindruck gewinnen, dass staatliche Stellen und insbesondere die Polizei sich weder ausreichend für ihre Situation interessieren, noch ausreichenden Schutz garantieren können. Während gegen vermeintlich linke Autobrandstifter/innen Nacht für Nacht auswärtige Hundertschaften samt Hubschrauber eingesetzt wurden, wies die Ermittlungsarbeit gegen Rechtsextremismus, wo sie überhaupt stattfand, erstaunliche handwerkliche Mängel auf, von den ausbleibenden Ermittlungserfolgen ganz abgesehen. Das alles ist auch darum erstaunlich, weil die gewalttätige rechtsextreme Szene in Berlin überschaubar ist und es regelmäßig Hinweise auf die Urheber/innen der Anti-Antifa-Listen gab. Die (Brand-)Anschläge waren sogar insofern vorhersehbar, als die Rechtsextremen die im Internet veröffentlichte Auflistung „Linker Läden“ regelrecht „abarbeiteten“ und dafür symbolträchtige Jahrestage zum Anlass nahmen wie etwa Todestage von Nationalsozialist/innen oder die Bombardierung Dresdens.

Ernsthafte Ermittlungen erst seit 2011

Als der Druck der Öffentlichkeit auf die Strafverfolgungsbehörden Ende 2011 wegen der rassistischen Morde des NSU zu wachsen begann war zum ersten Mal ein O-Ton vom neuen Berliner Innensenator Henkel im Berliner Kurier zu lesen. Polizist/innen würden mit Hochdruck daran arbeiten, die Urheber/innen der „neuen“ Hassliste dingfest zu machen. Henkel

A high-contrast, black and white close-up photograph of a man's face. The man has short, dark hair and is looking slightly downwards and to the left. The lighting is dramatic, highlighting the texture of his skin and the contours of his nose and lips. The text 'AUSLÄNDERGESETZE' is superimposed in the center of the image, in a bold, white, sans-serif font.

AUSLÄNDERGESETZE

versprach, unter anderem im Verfassungsschutz-Ausschuss am 18.01.2012 (unter Anwesenheit von rechtsextremen Zuschauern), „sämtliche Mittel auszuschöpfen, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen.“

Diese Ankündigung des Innensenats erfolgte ganze zwei Jahre nach den Anzeigen, die Betroffene mit zum Teil ausführlichem Bild- und Beweismaterial zu den mutmaßlichen Urheber/innen gestellt hatten; sie erfolgte, nachdem antifaschistische Gruppen seit vielen Jahren auf die Gefahr von „NW-Berlin“ hingewiesen hatten und nachdem die MBR die Systematik der Angriffe intern dokumentiert und Einrichtungen auf ihre mögliche Gefährdung hingewiesen hatte. Das LKA verschickte standardisierte Briefe an einige in der Feindesliste genannte Personen – versehen mit der geradezu grotesken Fehleinschätzung, dass „sich allein durch die Thematisierung Ihrer Person auf der fraglichen Liste keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung ergebe“. Wohlgermerkt, diese Einschätzung traf das LKA, nachdem bereits eine Reihe von Personen und Objekten der Liste bedroht und angegriffen worden waren, einige sogar bereits mehrfach. Passend zu den standardisierten Briefen wurden Anfragen regelmäßig mit der Antwort beschieden, dass der Server in den USA stünde und „ein auf Bekanntgabe des Betreibers gerichtetes Rechtshilfeersuchen an die Justizbehörden der USA nicht erfolgsversprechend war“.

Zivilgesellschaftliche und antifaschistische Projekte sahen sich daher gezwungen, durch Informationsveranstaltungen, Interviews und Ähnliches einerseits auf die Situation von Engagierten in Berlin und andererseits auf die Untätigkeit der Strafverfolgungsbehörden aufmerksam zu machen. Gemeinsam mit Vertreter/innen der Linken, der Grünen und der SPD, fanden themenspezifische Anhörungen in den Ausschüssen des Berliner Abgeordnetenhauses statt. Es wurde offensichtlich, dass die Strukturen der Zivilgesellschaft zwar über Jahre hinweg wertvolle Informationen gesammelt und in Form von Dossiers und Artikeln zur Verfügung gestellt hatten, aber offenbar nicht ernst genommen worden waren.

Verfügt also zivilgesellschaftliche Organisationen und kritische Journalist/innen über mehr Informationen als die Strafverfolgungsbehörden? Oder hatte auch diese die nötigen Informationen, wurden aber gleichwohl nicht aktiv? Fragen, denen sich fortan

sowohl die Berliner Polizei als auch die Staatsanwaltschaft ausgesetzt sahen. Dem Druck folgten endlich Hausdurchsuchungen bei Rechtsextremen und ein Rechtshilfeersuchen an die USA vonseiten der Staatsanwaltschaft. Nach weiteren Angriffen gegen Parteibüros, Wohnhäuser von Vertreter/innen demokratischer Parteien und eine Flüchtlingsunterbringung, wurde es ruhiger um den „NW-Berlin“.

Anfang 2013 wurde von der Berliner Polizei schließlich verkündet, dass die Seite nicht mehr abrufbar sei. Aufgrund des Ermittlungsdrucks der Polizei und Staatsanwaltschaft? Wenn ja, dann zeigt es einerseits, wie wenig Aufwand von dieser Seite bereits zur Verunsicherung des Kreises um „NW-Berlin“ ausgereicht hat. Es zeigt andererseits, dass selbst eine Reihe schwerer Anschläge nicht zu diesem vergleichsweise geringen Ermittlungsdruck geführt hat. Das Vorgehen gegen „NW-Berlin“ war eher eine Reaktion auf die öffentliche Kritik und auf den öffentlichen Druck durch Betroffene und zivilgesellschaftliche Projekte, und auch sie wurden erst gehört, als die „Feindeslisten“ und Angriffe nicht mehr nur engagierte Antifaschist/innen und ihre Einrichtungen betrafen, sondern als auch Politiker/innen der etablierten Parteien betroffen waren.

„NW-Berlin“ am Ende?

Seit Dezember 2012 sind die Webseiten des „NW-Berlin“ nicht mehr erreichbar. Bis zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Publikation hat sich daran nichts geändert.

Damit fällt ein zentrales Portal rechtsextremer Agitation und Praxis in Berlin weg. Auch das Label wird zurzeit nicht mehr für Kampagnen, Aufmärsche, Publikationen und Flyer verwendet. Offenbar fürchten die Verantwortlichen mittlerweile juristisch belangt zu werden und halten sich deshalb deutlich zurück. Doch wann kann wirklich von einem Ende des „Nationalen

Widerstands Berlin“ gesprochen werden?

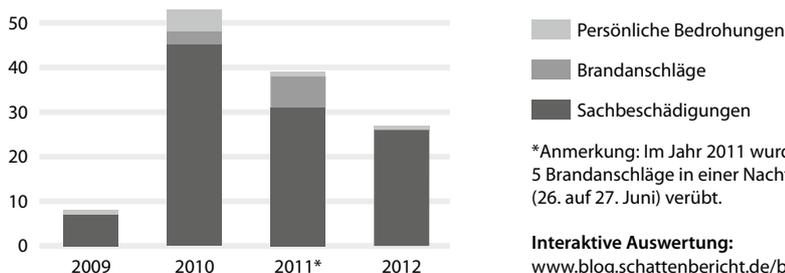
Das erste Kriterium ist die dauerhafte Abwesenheit der Internetpräsenz, das zweite, dass das Label nicht mehr bei der Mobilisierung zu rechtsextremen Aktionen und bei rechtsextremen Aktivitäten verwendet wird. Das dritte Kriterium ist, dass unter dem Label „NW-Berlin“ keine Personen mehr in die rechtsextreme Szene eingebunden werden und es seine identitätsstiftende Funktion verliert.

Derzeit deutet vieles daraufhin, dass diese Kriterien weitgehend erfüllt sind. Doch selbst dann ist die Gefahr, die von diesem Zusammenhang ausgeht, keineswegs gebannt.

Im Laufe der letzten Jahre wies die MBR immer wieder auf eine Tendenz im Berliner Rechtsextremismus hin, die auch auf „NW-Berlin“ zutrifft: Parallel zum Niedergang rechtsextremer Politik im Bereich öffentlicher Veranstaltungen, politischer Einflussnahme und Verbreitung politischer Positionen gibt es eine starke Fokussierung auf gewalttätige, klandestine Aktionen. Statt zum Beispiel Aufmärsche zu veranstalten, die aller Voraussicht nach durch eine Überzahl von Gegendemonstrant/innen blockiert werden würden, verstärkte die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren Diffamierungen, Sprühaktionen und Anschläge.

Bei vielen solcher Aktionen gegen alternative Einrichtungen oder Parteibüros wurde 2012 weiterhin die Internetadresse des „NW-Berlin“ als Signatur gesprüht. Setzt sich die Tendenz der politischen Marginalisierung einerseits und der Verlagerung auf klandestine Aktionen andererseits fort, sind schlimmere Anschläge zu befürchten. Bei Hausdurchsuchungen sind in jüngster Zeit auch Schusswaffen gefunden worden und einige der aktiven Rechtsextremen fielen bereits durch die Planung und/oder Durchführung von schweren Anschlägen mit Brandsätzen, Waffen und Sprengstoff auf.

Rechtsextreme Aktivitäten gegen Engagierte



*Anmerkung: Im Jahr 2011 wurden 5 Brandanschläge in einer Nacht (26. auf 27. Juni) verübt.

Interaktive Auswertung:
www.blog.schattenbericht.de/berlin

Der Fall NSU zeigt, dass terroristische Anschläge und Morde in der Folgerichtigkeit nationalsozialistischer Politik liegen und in der Szene seit Jahren diskutiert werden. So erfreulich es ist, dass der „Nationale Widerstand Berlin“ kaum noch öffentlich wahrnehmbar ist, so sehr bleibt die Gefahr, die von den Personen hinter dem Label ausgeht, akut.

Eine weitere Lehre aus den Morden des NSU ist: Fataler als eine Überschätzung der Gefahr, die von Rechts-extremen ausgeht, ist es, diese Gefahr gar nicht erst wahrzunehmen.



MBR – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bietet allen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und für Demokratie engagieren. Das gilt vor allem für Menschen, die in ihrem direktem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind. Gemeinsam mit den Engagierten vor Ort sucht die MBR nach Lösungen, um rechtsextremer Ideologie und deren Erscheinungsformen entgegenzutreten. Mobile Beratungsarbeit stärkt die lokalen demokratischen Akteure und unterstützt sie bei ihrem Engagement für eine gelebte demokratische Kultur. Geleitet von dem Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und der Überzeugung, dass die Herausforderungen mit den Menschen vor Ort besprochen und gelöst werden müssen, versteht sich die MBR als Impulsgeberin, Moderatorin, Unterstützerin und Begleiterin. Ziel ist es, dass die lokalen Akteure handlungssicher den Problemen entgegenzutreten können. Die Lösungsstrategien der MBR sind auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit angelegt.

www.mbr-berlin.de



82. Berlin-Treptow, 2. September 2012

Gegen 3.20 Uhr wird ein 23-jähriger Mann in der Michael-Brückner- Ecke Brückenstraße von drei Neonazis, die zu einem Bundestreffen in der Neonazikneipe „Zum Henker“ angereist sind, als sogenannter „Linker“ erkannt, geschubst, geschlagen und gejagt. Der 23-Jährige rettet sich in einen Imbiss und wird von drei Mitarbeitern geschützt. Zivilbeamte nehmen die Neonazis fest.

Polizei Berlin, 2.09.2012, Div. Medien z.B.: Berliner Morgenpost, 2.09.2012, Register Treptow-Köpenick

83. Berlin-Treptow, 2. September 2012

Zwei Männer laufen gegen 5.40 Uhr an der Kneipe „Zum Eisenbahner“ in der Michael-Brückner-Straße vorbei. Einer von ihnen wird durch Gäste rassistisch beleidigt und mit Gläsern und einem Aschenbecher beworfen. Sie flüchten in einen gegenüberliegenden Imbiss. Nachdem die Polizei, die wegen einer Schlägerei unter den Kneipengästen kommt, sich wieder entfernt hat, wird der Mann erneut von den Kneipengästen bedroht und geschlagen.

Register Treptow-Köpenick

84. Berlin-Reinickendorf, 5. Sept. 2012

Gegen 17.45 Uhr wird eine 55-jährige Frau von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Die Frau wird von ihm, der sich selbst als Nazi bezeichnet, daran gehindert in einen Fahrstuhl am Senftenberger Ring zu steigen. Der Fahrstuhl ist von mehreren Personen besetzt, von denen keine eingreift.

Polizei Berlin, 17.10.2012

85. Berlin-Neukölln, 9. September 2012

Ein 40-jähriger Mann wird gegen 8.45 Uhr auf dem U-Bahnhof Neukölln von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, bedroht und bis zum U-Bahnhof Karl-Marx-Straße verfolgt.

Polizei Berlin, 9.09.2012, Tagesspiegel, 9.09.2012, Autonome Neuköllner Antifa

Immer wieder — immer noch

von Sabine Seyb, Reachout

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, erfuhr von 139 Angriffen für das Jahr 2012. Rassismus steht als Tatmotiv weiterhin im Vordergrund. Trotz leicht gesunkener Angriffszahlen wurden 2012 mehr Menschen verletzt und massiv bedroht als im Jahr 2011.

Zum Vergleich: Bis Ende Februar des vergangenen Jahres wurden 158 Angriffe für 2011 registriert. Wir haben also einen leichten Rückgang der Angriffe beobachtet, dennoch stieg die Zahl der Opfer von 229 auf 234 an.

TATMOTIVE

© ReachOut 2013

Tatmotive	2008	2009	2010	2011	2012
Rassismus	65	53	57	70	68
Antisemitismus	4	7	8	5	6
Homo-/Transphobie	9	10	10	32	30
Gegen Menschen m. Handicaps	1	1	1	0	3
Gegen sozial Benachteiligte	2	0	0	4	3
Gegen politische Gegner_innen	26	15	20	32	15
Gegen nicht Rechte, Alternative	30	12	10	9	12
Sonstige/Unklar	11	4	3	6	2
Gesamt	148	102	109	158	139



Haupttatmotiv Rassismus

Nach unseren Erkenntnissen ist Rassismus in Berlin seit Jahren das häufigste Tatmotiv. In 68 Fällen (2011: 70) wurden deswegen Menschen bedroht und verletzt.

Was geschieht da eigentlich? Ein 30-jähriger Mann will mit seinen beiden Kindern einen Fußgängerüberweg überqueren. Dabei wird er von einem unbekanntem Autofahrer rassistisch beleidigt, gestoßen, mit der Faust gegen das Jochbein geschlagen und dabei verletzt. Zwei junge Frauen werden von einem 78-Jährigen rassistisch beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen, an den Haaren gezogen. Ein

18-jähriger Angestellter eines Imbisses wird aus einer Gruppe von vier Männern heraus rassistisch beleidigt und von einem mit beiden Händen gegen die Brust gestoßen. Eine 34-jährige Frau wird in einem Supermarkt von einer unbekanntem Frau aufgefordert, mit ihrem Sohn deutsch statt russisch zu sprechen und ins Gesicht geschlagen. Eine Frau wird in Begleitung ihrer beiden Söhne auf dem Bahnsteig von einer unbekanntem Frau rassistisch beleidigt. Der sechsjährige Sohn wird von der Unbekanntem mit Reizgas ins Gesicht gesprüht und verletzt.

Aus Sicht der Opfer passieren die Angriffe fast immer

völlig unvermittelt, ohne jede Vorwarnung. Für sie ist von einem Augenblick zum nächsten nichts mehr so, wie es vorher war. Sie werden ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt, Lebensentwürfe sind zerstört, vor allem die psychischen Folgen sind einschneidend und prägen manchmal ein Leben lang. Die Opfer sind meistens männliche Erwachsene. Aber auch immer häufiger erfahren wir von Frauen und Kinder jeden Alters, die geschlagen, bespuckt, beleidigt und bedroht werden. Die Täter_innen gehören häufig nicht zur organisierten Neonaziszene, sondern es sind Personen, die den Betroffenen

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

zufällig begegnen und bereit sind, ihre zutiefst rassistischen Einstellungen äußerst brutal zum Ausdruck zu bringen.

Außerdem wurden im vergangenen Jahr 30 Angriffe (2011: 32) aus homo- bzw. transphoben Gründen verübt. Linke, vor allem Antifaschist_innen, wurden 15 Mal (2011: 32) angegriffen.

Gegen alternative Jugendliche und Erwachsene richteten sich 12 Attacken, 6 Angriffe waren antisemitisch motiviert.

Die Angriffszahlen bewegen sich in Neukölln schon seit einigen Jahren auf hohem Niveau. Von den 22 waren 13 Gewalttaten rassistisch motiviert. Die seit November 2009 in Neukölln (u.a. auch in Kreuzberg, Treptow-Köpenick, Reinickendorf) verübten Anschläge, wie eingeschlagene Scheiben und Schmierereien auf alternative, linke Projekte und zerstörte Briefkästen, setzten sich auch 2012 fort. Das ganze Jahr über haben Neonazis vor allem im südlichen Neukölln massiv plakatiert, Parolen und Hakenkreuze geschmiert. Die NPD hat zudem versucht, Veranstaltungen durch Kundgebungen zu stören bzw. durch ihre Anwesenheit die Besucher_innen zu bedrohen und einzuschüchtern.

Am 9. Oktober 2012 wird in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr ein privates Wohnhaus in der Hufeisensiedlung in Britz zum wiederholten Male angegriffen. Nachdem die Fenster inzwischen vergittert sind, wurde die Scheibe an der Haustür eingeworfen. In dem Wohnhaus befinden sich zur Tatzeit Personen. Die Scheiben wurden schon einmal im November 2011 und im Juli 2012 eingeworfen, weil Bewohner_innen sich geweigert hatten, dass NPD-Wahlwerbung in ihren Briefkasten gesteckt wird. Im Juni 2012 wurde der Briefkasten gesprengt. Die Bewohner_innen entscheiden sich für einen offensiven Umgang mit den massiven Bedrohungen und gehen an die Öffentlichkeit.

Mittlerweile haben sich die „Anwohnerinitiative Hufeisern gegen Rechts“ und das „Aktionsbündnis Britz“ gegründet.

Von Opfern und Täter_innen

Die Skandale, um die Aufdeckung der vom NSU begangenen Morde, hätten zumindest einen sensibleren Umgang der Ermittlungsbehörden mit den Opfern



Chronik

86. Berlin-Mitte, 9. September 2012

Gegen 20.00 Uhr wird ein 19-jähriger Mann in der U-Bahnlinie 8 am Alexanderplatz von zwei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt und bedroht. Der 19-Jährige wird von einem Täter festgehalten während der andere Täter ihn mit einem Messer droht. Ein unbekannter Zeuge mischt sich ein und die Täter flüchten unerkannt.

Polizei Berlin, 10.09.2012, Div. Medien z.B.: Tagesspiegel, 10.09.2012

87. Berlin-Wedding, 10. September 2012

Eine politisch aktive Frau wird vor ihrer Wohnungstür von einem Neonazi bedroht.

ReachOut

88. Berlin-Kreuzberg, 15. September 2012

Ein Mann wird in der Bergmannstraße von einem anderen Mann rassistisch beleidigt und nach einer verbalen Auseinandersetzung mit einem Fahrradschloss mehrfach auf den Rücken und die Schultern geschlagen. Der Mann erstattet Anzeige.

Register Friedrichshain-Kreuzberg

89. Berlin-Zehlendorf, 16. September 2012

Zwei Kinder, die gegen 13.00 Uhr mit ihrer Mutter in der S-Bahn Richtung Grunewald fahren, werden von einem unbekanntem Mann am Bahnhof Nikolassee rassistisch beleidigt. Er spuckt in ihre Richtung und will sie am Bahnhof Grunewald weiter verfolgen, wird aber von seinem Begleiter daran gehindert.

Polizei Berlin, 18.09.2012, Berliner Morgenpost, 18.09.2012

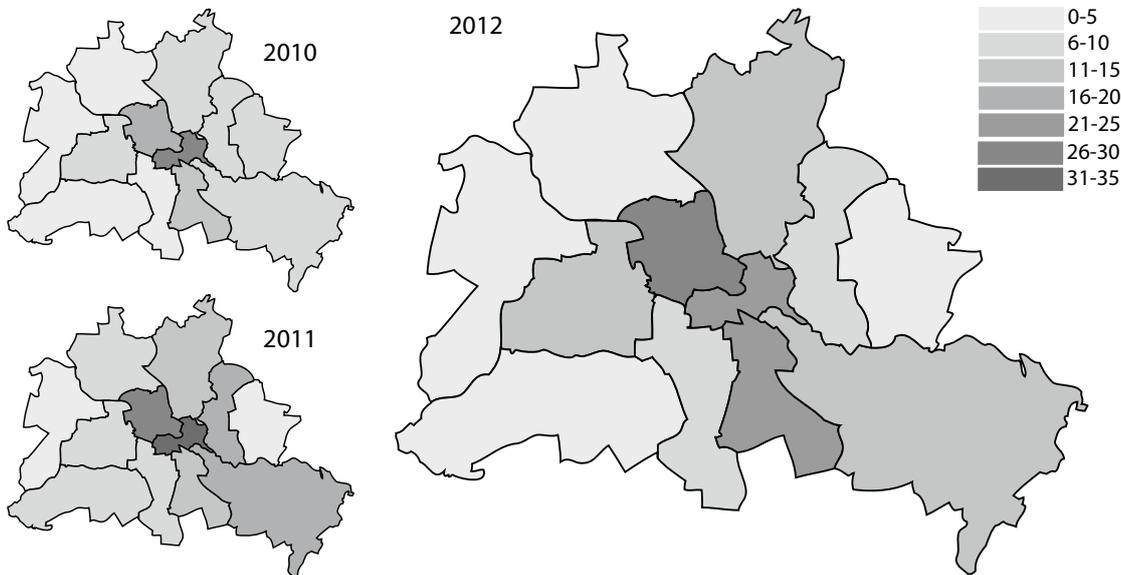
90. Berlin-Köpenick, 22. September 2012

Eine 34-jährige Frau wird gegen 15.45 Uhr in einem Supermarkt von einer unbekanntem Frau aufgefordert, mit ihrem Sohn deutsch statt russisch zu sprechen und ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 17.10.2012

ANGRIFFE IN DEN BERLINER BEZIRKEN

© ReachOut 2013



Tatort Neukölln

Für Neukölln wurden uns 22 (2011: 15) Gewalttaten und Bedrohungen gemeldet. Es folgt Friedrichshain mit 15 Angriffen. Jeweils 12 Attacken wurden für Charlottenburg, Mitte und Treptow dokumentiert, in Wedding waren es 9 und Schöneberg 8.

rassistischer Gewalt zur Folge haben müssen.

Weit gefehlt. Betroffene berichten uns nach wie vor, dass sie von der Polizei respektlos behandelt und nicht ernst genommen werden. Sie werden häufig auch nicht über den Stand des Ermittlungsverfahrens informiert. So können sie nicht nachvollziehen, wie und ob die Polizei arbeitet. Was bleibt, ist dann die Angst vor wiederholten Angriffen.

Opfer rassistisch motivierter Gewalt beklagen sich in der Beratung bei uns auch darüber, dass sie oft zuerst nach Ausweispapieren gefragt oder sogar wie Täter_innen behandelt werden, obwohl ihre Verletzungen nicht zu übersehen sind.

In Neukölln wird am 25. Januar 2012 ein Mann mit einem Kind bei der Überquerung der Straße von einem Autofahrer, der in der zweiten Reihe parkt, rassistisch beleidigt. Weil der Mann keinen Streit will, geht er einfach ohne Kommentar weiter. Dennoch wird er von dem Autofahrer mit einer Eisenstange in der Hand verfolgt, geschlagen und verletzt. Kinder, die das beobachtet haben, benachrichtigen zivile Polizeibeamte, die in der Nähe sind. Ohne auch nur nachzufragen wird das Opfer von einem der Beamten brutal mit dem Kopf gegen eine Hauswand gedrückt, durchsucht und ihm werden weitere Schmerzen zugefügt. Andere Zeug_innen mischen sich ein und helfen

dem Mann. In dem Gerichtsverfahren, das im Februar 2013 stattfand, wird der Angreifer verurteilt. Doch die Demütigungen und Schmerzen, die der junge Mann durch einen der Polizisten erleidet und über die er auch aussagt, werden von Seiten des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft nicht aufgegriffen. Weitere Fragen dazu gibt es nicht.

Am 3. März 2012 wird ein Mann im Bus der Linie 171 in Neukölln von einem anderen Fahrgast rassistisch beleidigt und auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen. Als die Polizei kommt, wird der Geschädigte von einem der Polizisten auch hier wie ein Täter behandelt, obwohl er sichtbare Verletzungen im

Gesicht hat.

Benennen wir solche Beispiele, wird den Betroffenen von Polizeibeamt_innen häufig unterstellt, sie hätten etwas falsch verstanden oder gar kein Verständnis für die Arbeit der Polizei, die am Tatort eine unübersichtliche Situation vorfänden. Aber die Umkehr der Opfer zu Täter_innen oder zumindest die Unterstellung einer Mitschuld der Opfer ist kein neues Phänomen und beruht auf Racial Profiling, dessen Existenz nach wie vor, auch vom Berliner Innensenator vehement bestritten wird.

Für die Opfer sind die Verdächtigungen demütigend. Die Tatsache, dass ihnen nicht geglaubt wird, kann zu schwerwiegenden Traumatisierungen und mangelndem Vertrauen in die Arbeit der Ermittlungsbehörden und Gerichten führen. Im Endeffekt verhindert diese Praxis, dass die Taten konsequent angezeigt werden. Den Angreifer_innen wird – ob nun beabsichtigt oder nicht – auf perfide Weise signalisiert, dass die Opfer, die sie bedrohen, einschüchtern und verletzen wollen, auch von Vertreter_innen staatlicher Institutionen rassistisch behandelt werden können.

Die Westbezirke im Fokus

Inzwischen werden die meisten Angriffe (2012: 76 von 139) in den Westbezirken verübt. Das ist eine Tendenz, die wir schon 2011 (80 von 158) beobachten mussten. Dabei gehen wir davon aus, dass wir in den Westberliner Bezirken nur einen geringen Teil von dem, was tatsächlich geschieht, erfahren.

Staatliche Förderprogramme und die Medien hatten über Jahrzehnte die ostdeutschen Bundesländer im Blick. Das gilt auch für die Ostberliner Bezirke. So sind dort neue Projekte entstanden, Initiativen und Bündnisse sind nach wie vor nicht nur im Bereich der Dokumentation und Recherche besser aufgestellt und seit Jahren gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagiert. Das führt dazu, dass dort häufig schneller und konsequenter auch auf Angriffe reagiert werden kann. Doch auch im Westen verstärken sich die Aktivitäten, Bündnisse haben die Arbeit aufgenommen oder verstärkt und die Engagierten sehen die dringende Notwendigkeit zu handeln.

In aller Öffentlichkeit

Die meisten Angriffe finden in aller Öffentlichkeit statt: 69 Gewalttaten wurden in 2012 (2011: 80) auf Straßen, Plätzen und an Haltestellen und 34 (2011: 40) in öffentlichen Verkehrsmitteln und



91. Berlin-Schöneberg, 23. September 2012

Gegen 2.00 Uhr werden zwei Transsexuelle in der Bülowstraße unter der U-Bahn-Brücke aus einem vorbeifahrenden Auto heraus mit einer Flüssigkeit beschüttet, die einen brennenden Schmerz in den Augen hervorruft.

Polizei Berlin, 17.10.2012

92. Berlin-Schöneberg, 23. September 2012

Gegen 7.00 Uhr werden zwei Männer von mehreren Personen in der Hohenstaufenstraße homophob beleidigt und mit zwei Glasflaschen beworfen, werden aber nicht getroffen.

Polizei Berlin, 17.10.2012

93. Berlin-Friedrichshain, 26. Sept. 2012

Ein 49-jähriger Mann wird gegen 17.45 Uhr im Volkspark Friedrichshain von vier Jugendlichen homophob beleidigt und mit Steinen beworfen, aber nicht getroffen. Die Polizei nimmt einen Jugendlichen fest.

Polizei Berlin, 27.09.2012

94. Berlin-Charlottenburg, 26. Sept. 2012

Ein 44-jähriger Mann, der eine Kippa trägt und in Begleitung seiner beiden acht- und zehnjährigen Töchtern ist, wird gegen 18.00 Uhr am Olivaer Platz von einem 30-jährigen Mann antisemitisch beleidigt und bedroht. Die Polizei ermittelt wegen „gegenseitiger Bedrohung“.

Tagesspiegel, 27.09.2012, Berliner Zeitung, 27.09.2012

95. Berlin-Charlottenburg, 26. Sept. 2012

Ein 31-jähriger Mann mit Down-Syndrom wird gegen 19.45 Uhr, nach dem Fußballspiel Hertha BSC gegen Dynamo Dresden auf dem S-Bahnhof Olympiastadion in seinem Rollstuhl von unbekanntenen Männern schwer misshandelt.

Polizei Berlin, 5.10.2012, Div. Medien z.B.: Berliner Zeitung, 5.10.2012, Infoportal Charlottenburg-Wilmersdorf

ANGRIFFSORTE

© ReachOut 2013

Angriffsorte	2008	2009	2010	2011	2012
Öffentlicher Raum	86	50	58	80	69
Öffentliche Verkehrsmittel und Bahnhöfe	39	29	27	40	34
Arbeitsplatz	11	4	1	9	9
Wohnung und Wohnumfeld	10	9	14	13	17
Schule	1	1	3	2	1
Andere Orte, wie Kneipen, Läden, Supermärkte	1	9	6	14	9
Gesamt	148	102	109	158	139

Bahnhöfen verübt. Das bedeutet, dass an all diesen Orten immer auch Unbeteiligte sind, die helfen oder doch zumindest Hilfe holen könnten. Das geschieht nur selten. Für die Betroffenen ist aber genau das ganz entscheidend für die Möglichkeiten, die Folgen des Angriffs verarbeiten zu können: Denn sie fühlen sich entweder allein, unerwünscht, nicht wert, dass sie unterstützt werden oder sie erfahren, dass es Menschen gibt, die mit dem, was rechte, rassistische Schläger_innen bezwecken wollen, nicht einverstanden sind und das auch zum Ausdruck bringen.

Die Anzahl der Angriffe im Wohnumfeld ist mit insgesamt 17 (2011: 13) im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Hierbei müssen wir immer wieder betonen, dass diese Form der Angriffe für die Betroffenen besonders bedrohlich ist, weil sie so ihrer Rückzugsmöglichkeiten beraubt werden.

Was tun?

Grundsätzlich sollten die Ermittlungsbehörden jedem, wenn auch noch so vage geäußerten Anzeichen, dass es einen rassistischen Hintergrund geben könnte, nachgehen. Die Opfer wissen meistens sehr genau, warum sie angegriffen, gejagt und bedroht werden. Für sie ist der Grund, weswegen sie verletzt wurden, meistens so offensichtlich, dass sie das von sich aus gar nicht erwähnen, manchmal auch um die demütigenden, rassistischen Äußerungen nicht wiederholen zu müssen. Häufig geschieht aber nicht einmal das. Grundsätzlich müssen sämtliche Ermittlungsfehler in

dieser Hinsicht gründlich aufgearbeitet und die zuständigen Beamt_innen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Betroffenen sollten, unabhängig davon, ob sie anwaltlich vertreten werden oder nicht, über den Stand des Ermittlungsverfahrens informiert werden. Das gäbe ihnen mehr Handlungssicherheit und würde signalisieren, dass sie mit ihren Ängsten und Erwartungen auch von den Ermittlungsbehörden ernst genommen werden. So würde sich die Bereitschaft, überhaupt Anzeige zu erstatten, erhöhen.

Viel zu häufig wird nur dann von Rassismus als Tathintergrund gesprochen, wenn er sich individualisieren, gerne auch pathologisieren lässt - oder eben von organisierten Neonazis ausgeht. Schon deswegen darf die Einschätzung darüber, wie groß das Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitischer Vorfälle ist, in keinem Fall der Definitionsmacht von Behörden und politisch Verantwortlichen überlassen werden. Deswegen brauchen wir in Berlin flächendeckend, auch in den Westberliner Bezirken, Registerstellen, die die Situation vor Ort beobachten, recherchieren und dokumentieren.

Nur so wird es möglich, geeignete Handlungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen: Mehr Projekte, die in der Lage sind, die Ermittlungsbehörden für die einschlägigen Tatmotive zu sensibilisieren. Projektleitenden Mitarbeiter_innen jederzeit bereit sind, unbequeme Fragen zu stellen, zu kritisieren, zu skandalisieren und aktionsorientiert zu arbeiten - wenn es

nötig ist.

Die Existenz von Racial Profiling ist keine Glaubensfrage, sondern eine Tatsache. Nur wenn das nicht länger vehement bestritten wird, können Maßnahmen dagegen entwickelt werden. Dass der Berliner Polizeipräsident Klaus Kandt, der bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik am 15.04. 2013 im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses behauptet, „Asiaten“ seien weniger gewaltbereit als „Osteuropäer“, ist gefährlich, weil er damit rassistischen Einstellungen und in der Folge auch Handlungen Vorschub leistet.

Wir stimmen ausnahmsweise gerne der Bundeskanzlerin zu, die in ihrer Rede bei der „Gedenkveranstaltung für Opfer rechtsextremistischer Gewalt“ am 23. Februar 2012 sagte: „Doch Intoleranz und Rassismus äußern sich keineswegs erst in Gewalt. Gefährlich sind nicht nur Extremisten. Gefährlich sind auch diejenigen, die Vorurteile schüren, die ein Klima der Verachtung erzeugen.“

Wie wichtig sind daher Sensibilität und ein waches Bewusstsein dafür, wann Ausgrenzung, wann Abwertung beginnt. Gleichgültigkeit und Unachtsamkeit stehen oft am Anfang eines Prozesses der schleichen Verrohung des Geistes. Aus Worten können Taten werden.“

In diesem Sinne muss ein Denken in ein konstruiertes „Wir“ und „die Anderen“ endlich aufhören. Das bedeutet, solche Äußerungen, wie die des Polizeipräsidenten und eben auch den institutionellen und

strukturellen Rassismus konsequent zu benennen, zu kritisieren und zu bekämpfen. Überall, lautstark, phantasievoll, massiv!



ReachOut - Berliner Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt

ReachOut ist die „Berliner Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt“. Unterstützung finden auch Angehörige der Opfer und die Zeug_innen eines Angriffs. Das Team bietet außerdem Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an.

Das Projekt recherchiert Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik und die Fotoausstellung „Berliner Tatorte“.



Chronik

96. Berlin-Treptow, 28. September 2012

Ein Mensch, der ein antifaschistisches T-Shirt trägt, wird gegen 10.00 Uhr in der S9 zwischen Baumschulenweg und Schöne-weide von unbekanntem Neonazis am T-Shirt gerissen und mit einem Klappmesser bedroht. Zeug_innen greifen nicht ein.

Real Democracy Now – Berlin GR

97. Berlin-Schöneberg, 1. Oktober 2012

Ein wohnungsloser Mann wird gegen 19.10 Uhr auf dem U-Bahnhof Bayerischer Platz von einem unbekanntem Jugendlichen antisemitisch beleidigt und besprüht. Ein Zeuge zeigt den Angriff bei der Polizei an.

Polizei Berlin, 14.11.2012

98. Berlin-Mitte, 4. Oktober 2012

Drei Männer werden auf der Rathausstraße gegen 2.05 Uhr von einem 32-jährigen Mann homophob beleidigt. Der Täter sticht mit einem Messer mehrfach in die Richtung der 25- bis 34-jährigen Männer, trifft aber nicht.

Polizei Berlin, 14.11.2012

99. Berlin-Kreuzberg, 5. Oktober 2012

Gegen 23.35 Uhr werden zwei Männer in der U-Bahn Linie 8 von zwei Männern homophob beleidigt. Als die 24- und 25-jährigen Männer am U-Bahnhof Schönleinstraße den Zug verlassen, werden sie von den zwei Unbekannten verfolgt, geschubst und geschlagen.

Polizei Berlin, 6.10.2012, queer.de, 8.10.2012, siegessäule.de, 8.10.2012

100. Berlin-Neukölln, 9. Oktober 2012

In der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr wird ein privates Wohnhaus in Neukölln zum wiederholten Male angegriffen. Nachdem die Fenster inzwischen vergittert sind, wurde die Scheibe an der Haustür eingeworfen. In dem Wohnhaus befinden sich Personen.

ReachOut

Neonazistische Raumergreifung und antifaschistische Gegenstrategien

von Kati Becker und Yves Müller, ZfD Treptow-Köpenick

Das Image der Stadtteile Ober- und Niederschöneweide sowie Johannisthal ist nicht das Beste. Soziale Probleme, jahrelanger wirtschaftlicher Niedergang und der Ruf, die „Hochburg“ der Berliner Neonaziszene zu sein, prägen das Bild. Der S-Bahnhof Schöneweide galt jahrelang als Angstraum¹, also als (halb-) öffentlicher Raum, in dem „Minderheitenangehörige Angst haben müssen, verbaler oder physischer Gewalt ausgesetzt zu sein, und die deshalb gemieden oder mit Vorsicht und Angst betreten werden.“² Bereits seit Ende der 1980er Jahre gab es erste Anzeichen für die Etablierung neonazistischer Strukturen und in den 1990ern fungierten immer wieder Kneipen als Trefforte von Neonazis. Der Versuch einer sozialräumlichen Betrachtungsweise des Phänomens soll helfen, die Erfolge, aber auch die Begrenztheit antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Engagements zu

evaluieren und Gegenstrategien (weiter) zu entwickeln.



Eine Kneipe als „Sturmlokal“

Seit Februar 2009 zieht die Kneipe „Zum Henker“ im Berliner Ortsteil Schöneweide rechtes Publikum jeglicher Couleur an: ‚Autonome Nationalisten‘ wie NPD-Mitglieder, Nazis aus dem Rechtsrockmilieu genauso wie die kurzzeitig existente Kameradschaft „Frontbann 24“. Dabei muss die Kneipe in ihrer symbolischen Bedeutung und ihrer Funktion als Kopie des nationalsozialistischen „Sturmlokals“ betrachtet werden. Die Sturmlokale der 1920er und 30er Jahre bildeten den zentralen Fixpunkt im Alltag der SA-Männer. Als Zentren der SA-Subkultur dienten sie dazu, „eine Art SA-Innenwelt mit einer Gemütlichkeit ganz besonderer Art zu schaffen.“³ Von dort gingen die Gewalttaten und Überfälle auf politische Gegner_innen aus und so erklärt sich „die eigenartige Doppelrolle der Sturmlokale als Vorposten im Bürgerkrieg und als Ersatz-Zuhause“⁴.

Auch die Klientel der Kneipe „Zum Henker“ sieht sich in dieser Tradition: Nachdem in der Nacht zum 4. Oktober 2009 ein Neonazi vor dem Lokal von einem Auto überfahren und schwer verletzt wurde, vermutete die ‚Szene‘ einen Angriff von Linken. Und obwohl nach wenigen Tagen bereits klar war, dass es sich bei den Tätern keineswegs um Antifaschist_innen handelte – Hintergrund war eine Auseinandersetzung mit anderen Kneipengästen – kamen mehr als 750 Neonazis zusammen, um unter dem Motto „Vom na-

tionalen Widerstand zum nationalen Angriff“ aufzumarschieren. Bei dieser Demonstration stellte sich die rechte Szene in eine Linie mit der SA. Die SA-Männer seien „unsere [...] politischen Vorkämpfer“, so Sebastian Schmidtke, derzeit NPD-Landesvorsitzender⁵. Mithilfe der Glorifizierung der Auseinandersetzung mit den politischen Gegner_innen kann eine Linie zum historischen Vorbild gezogen werden. Die Gewalt gegen vermeintliche Linke, gegen alternative Jugendliche, aber auch rassistische Gewalt ist keineswegs nur radikale Ausformung einer Ideologie, also Mittel zum Zweck der Raumergreifung, sondern gleichsam Selbstzweck. Gewalt war für die SA-Männer Ausdruck ihrer Lebensart und sie ist es für die Neonazis von heute in ganz ähnlichem Maße. Ähnlich wie der Nationalsozialismus an der Macht seinen gewaltsamen Aufstieg als „Kampfzeit“ stilisierte, wännen sich auch Neonazis als „Soldaten“ in einem (Überlebens-) Kampf. Die Kneipe „Zum Henker“ wird dabei zur letzten Bastion, zur Festung in der „Frontstadt“ Berlin. Damit ist die Kneipe zentraler Bestandteil einer sozialräumlichen Strategie der Neonaziszene, nicht nur ein Territorium zu unterwerfen, sondern gleichsam einen Sozialraum zu formen.

Antifaschistische Gegenaktivitäten und ihre Begrenztheit

Bereits am 30. April 2009 reagierten Antifa-Gruppen mit einer überregionalen Demonstration auf die Eröffnung der Kneipe. Das Motto: „Zum Führer mit ‚Zum Henker‘“. Seitdem kontextualisieren Antifa-Demos regelmäßig die Existenz der Kneipe mit den gewachsenen Hegemoniebestrebungen der rechten

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

Szene in Berlin-Schöneweide. Allein 2012 richteten sich zwei größere Demonstrationen gegen den „Henker“. Es fehlt allein an Ideen, wie man die Kneipe dicht machen könnte. Zwar hat der Vermieter, eine Nürnberger Aktiengesellschaft, dem Betreiber inzwischen gekündigt (nach 4 Jahren), doch ist eine langwierige juristische Auseinandersetzung zu erwarten, deren Ausgang ungewiss ist. Die Kneipe selbst ist zur Festung geworden: Keine Fensterscheiben, sondern Metallverkleidungen. Kaum jemand verirrt sich in das Lokal. Der Protest bleibt symbolisch – regelmäßig werden Anti-Nazi-Aufkleber an der Kneipe angebracht. Die Fassade wurde von Unbekannten auch schon in grelles Pink gehaucht.

Etliche Anwohner_innen und Gewerbetreibende sehen in den antifaschistischen Interventionen ihre eigenen Interessen gefährdet. Sie wünschen sich eine Art „Burgfrieden“ und wehren die Vorwürfe antifaschistischer Gruppen als „Stigmatisierung“ von Schöneweide als rechtsextremer „Hochburg“ ab. Man müsse die Menschen dann eben da abholen, wo sie sind. Doch wo eine Auseinandersetzung um Neonazismus und Rassismus im Sozialraum nicht generiert werden kann, sind Antifa-Demonstrationen wohl das geringste Übel.

In der Politik wird angesichts von rassistisch und neonazistisch motivierten Gewalt- und Straftaten, die oft genug als Links-Rechts-Auseinandersetzungen verharmlost werden, der Ruf nach repressiven bzw. polizeilichen Maßnahmen laut. So wurde bereits im Sommer 2012 die „Einsetzung einer Task-Force [gefordert], da die Situation mit herkömmlichen Ermittlungsmethoden offenkundig nicht verbessert werden kann.“⁶ Die Sonderabteilung des Landeskriminalamtes (LKA) gibt an, regelmäßige Kontrollen im „Henker“ zu machen. Da die Ermittlungsergebnisse des LKA sowie die Lageberichte des Verfassungsschutzes nicht transparent sind, kann die Zivilgesellschaft diese jedoch nicht kritisch hinterfragen. Der Ruf nach dem Staat reduziert den organisierten Neonazismus auf ein ordnungspolitisches Problem.

Nichtsdestotrotz muss das berechtigte Anliegen, in einem lebenswerten Kiez zu wohnen und zu arbeiten, mit der notwendigen Benennung von Problemen verknüpft werden. Unterschiedliche Ansprüche und Wahrnehmungen sind nicht automatisch auch unvereinbar. Eine Antifa-Demonstration ist der „Aufwertung“



101. Berlin-Friedrichshain, 13. Okt. 2012

Ein 28-jähriger Mann wird auf dem S-Bahnhof Warschauer Straße gegen 2.15 Uhr von drei unbekanntem Männern homophob beleidigt, ins Gesicht geschlagen und am Boden liegend getreten.

Polizei Berlin, 14.11.2012

102. Berlin-Wedding, 13. Oktober 2012

Ein 37-jähriger Mann mit einer Gehbehinderung wird gegen 12.00 Uhr in einer Grünanlage in der Wiesenstraße von drei unbekanntem Männern wegen seiner Behinderung beleidigt, bedroht, angegriffen und beraubt.

Polizei Berlin, 14.10.2012, Tagesspiegel, 14.10.2012, Chronik Auf die Pelle rücken!

103. Berlin-Lichtenberg, 14. Oktober 2012

Ein 53-jähriger Mann wird gegen 18.20 Uhr am Anton-Saefkow-Platz von einem 25-jährigen Nachbarn ohne Vorwarnung aus homophoben Gründen mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 14.11.2012

104. Berlin-Friedrichshain, 17. Okt. 2012

Ein Mann wird von einem Unbekannten in der Nähe des Ostkreuzes rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt.

ReachOut

105. Berlin-Friedrichshain, 18. Okt. 2012

Gegen 1.00 Uhr wird in der Gabriel-Max-Straße eine Person von zwei unbekanntem Personen rassistisch beleidigt, unvermittelt angegriffen und mehrmals geschlagen.

Register Friedrichshain-Kreuzberg

eines Stadtteils sicherlich weniger förderlich als ein Kunst- und Kultur-Wochenende. Hier stehen sich die Interessen scheinbar diametral entgegen. Und dennoch müssen sie nicht im Widerspruch verharren. Das „Dagegen sein“, das Antifa-Aktivist_innen oft genug zum Vorwurf gemacht wird, ist Voraussetzung für die Entwicklung eines „Dafür“, das eine Vielzahl von Aktivitäten und Engagierten mitnimmt. Dabei kommt es darauf an, ob die Akteure Kommunikationswege finden. Oft genug verhindert der „Antifa-Blick“ auf eine feindlich gesinnte rassistische Bevölkerung, Bündnispartner_innen vor Ort zu gewinnen. Gleichzeitig fördern Stereotype vom marodierenden „Schwarzen Block“ das Ressentiment gegen Antifas.

Was bisher auf allen Seiten fehlte, ist die Erarbeitung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen, die helfen können, ein menschenrechtliches Miteinander der Vielen zu organisieren. Die vielseitigen Aktivitäten – von der Antifa-Demo bis zur Bepflanzung von Baumscheiben – werden oft als „Zeichen“ betrachtet, zu selten aber als tatsächlich den Sozialraum prägend und verändernd wahrgenommen und dementsprechend genutzt.

Engagement im Raum

So mangelt es bisher oft an einem Verständnis für die Vielschichtigkeit und Tragweite des sozialräumlichen Settings. Dabei sind urbane Räume nicht bloß als „Container“ und „nicht mehr allein als Bühne oder Rahmungen des Handelns anzusehen“⁷. Sie werden vielmehr durch soziale Interaktionen produziert und ausgehandelt⁸. Der Sozialraum hat also nicht eine lediglich territoriale Dimension, ist nicht einfach „da“, sondern wird „gemacht“. Dabei schafft das Bewusstsein der „Produktion des Raums“ (David Harvey) ein Verständnis für seine Funktion und damit die Voraussetzung seiner Nutzbarmachung.

Für eine erfolgreiche und nachhaltige Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus im urbanen Raum – hier Schöneweide und Johannisthal – ist daher eine sozialräumliche Perspektive neben anderen als Analyse- und Handlungsrahmen unerlässlich. Insbesondere neonazistische Sprühereien und das Verkleben von Plakaten und Aufklebern durch Neonazis, Angriffe auf Wohnhäuser von zivilgesellschaftlich engagierten Menschen sowie als alternativ oder links wahrgenommene Einrichtungen müssen als kommunikative Strategie der „Reviermarkierung“ dechiffriert werden. Neonazis streben nach Kontrolle

und Hegemonie im Raum. Zuletzt zeigte sich dies an einem Trafoshaus: 2012 beschmierten Nazis das Trafoshaus mehrfach mit rechten Parolen und Symbolen. Daraufhin hatten Jugendliche Anfang April 2013 das Gebäude auf Initiative des Runden Tisches Johannisthal und mit Unterstützung der Firma Vattenfall künstlerisch gestaltet und mit einem Ausspruch des berühmten, mit der Geschichte des Ortsteils Johannisthals unmittelbar verbundenen, Flugpioniers Otto Lilienthal versehen. Das Graffiti wurde im Beisein von Anwohner_innen präsentiert, doch schon in der Nacht darauf mutmaßlich von Neonazis beschmiert. In einer gemeinschaftlichen Aktion konnten die Schäden schnell beseitigt werden.

Das Beispiel zeigt, dass die Akteure erkannt haben, dass die Auseinandersetzung mit dem lokalen Neonazismus keineswegs auf Kämpfe um ein Territorium zu reduzieren sind, sondern dass Versuche der (Wieder-)Aneignung und die Sichtbarkeit von demokratischem Engagement den Sozialraum nachhaltig formt. Auch die erfolgreichen Putzspaziergänge des Runden Tisches und der Jugendinitiative Uffmucken beruhen auf diesem Verständnis: Über Monate wurden rechte Sprühereien und NPD-Plakate nicht entfernt. Erst das gemeinsame Entfernen selbiger im Juni und August 2012 durch Anwohner_innen, Schüler_innen des örtlichen Gymnasiums usw. machte sichtbar und wahrnehmbar, was zuvor einfach ignoriert oder hin genommen werden konnte, dass der Kiez nämlich ein massives Problem hat. In der Folge etablierten sich die Spaziergänge zu einer guten Institution. Gemeinsames solidarisches und praktisches Handeln wird so verbunden mit einem sichtbaren Zeichen der Gegenwehr.

Endlich Uffmucken

Tatsächlich konnte mit der Jugendinitiative Uffmucken (www.uffmucken-schoeneweide.de) seit dem Sommer letzten Jahres eine neue Form der Auseinandersetzung auf den Weg gebracht werden. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, nicht nur den Neonazismus und Alltagsrassismus im Kiez auf die Agenda zu setzen, sondern auch an der Entwicklung einer antifaschistischen, alternativen (Jugend-)Kultur mitzuwirken. In der Initiative Uffmucken engagieren sich neben Antifa-Gruppen auch Menschen aus Initiativen, Jugendeinrichtungen und Parteien bzw. parteinahen Jugendorganisationen. Das Gros sind aber Jugendliche, denen bisher eine Anbindung fehlte. Die

heterogene Zusammensetzung befördert eine ganze Palette vielfältiger Aktivitäten und Initiativen. Neben der Beteiligung an Demonstrationen, der Durchführung von Kiezspaziergängen zur Entfernung rechter Propaganda sowie der Organisation von Konzerten, findet eine inhaltliche Beschäftigung im Rahmen von Workshops usw. statt. Mit der inhaltlichen Erarbeitung und der Herstellung einer eigenen Ausstellung seit 2012 werden Jugendliche über die „Schöneweide Zustände“ informiert.⁹ Die Ausstellung wandert nun durch verschiedene Oberschulen des Bezirks.

Ihre Performance hat die Initiative innerhalb kürzester Zeit zu einem der aktivsten und wichtigsten Akteure in der Auseinandersetzung gegen Rechts im Sozialraum werden lassen. Der Erfolg ist zum einen darin begründet, dass sich die Akteure nicht von der Antifa distanzieren müssen, sondern vielmehr das Know-How und die Erfahrungen selbiger nutzen und sich in weiten Teilen mit der Idee der Antifa-Bewegung identifizieren können oder solidarisch verbunden fühlen. Zum anderen bestehen keine Berührungspunkte zu den verschiedenen Akteuren, zur Lokalpolitik, zum bezirklichen Bündnis für Demokratie und Toleranz usw. Synergien werden genutzt und gleichzeitig der Rahmen des Möglichen erweitert.

Uffmucken hat es geschafft, die Aktivitäten von Antifagruppen und anderer zivilgesellschaftlicher Initiativen zu verbinden. Durch viele kleine anschlussfähige Aktivitäten wie Kundgebungen, Putzspaziergänge und Veranstaltungen hat sich die Präsenz derjenigen, die sich in Schöneweide öffentlich gegen Neonazis positionieren, verstärkt und andere zum Mitmachen ermutigt, die sich in bestehende und neue Projekte einbringen.



FUSSNOTEN

1 Vgl. Angsträume in Berlin: Analyse und Handlungsstrategien, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.) am 23.05.2006; www.mbr-berlin.de

2 Ebda.

3 Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 2003, S. 126

4 Ebda., S. 127

5 Zit. nach Jentsch, Ulli/Metzger, Frank: Die „Blutzeugen der Bewegung“ im Blick des heutigen Neonazismus, in: Müller, Yves/Zilkenat, Reiner (Hg.): Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) und der politischen Gewalt der Weimarer Republik, 2013

6 Pressemitteilung der Jusos Berlin vom 22.08.2012; www.jusosberlin.de

7 Bürk, Thomas: Der städtische Raum als Handlungsrahmen. Bedingungen und Herausforderungen für Engagement, in: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.): Rechtsextremismus und Engagement im urbanen Raum. Entwicklungen, Herausforderungen, Perspektiven. Tagungsdokumentation, Berlin 2013, S. 6

8 Ebda.

9 Das Beiheft zur Ausstellung ist einsehbar unter: lap-sw.de/media/Projekte/Begleitheft_web.pdf [29.04.2013]

Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD) in Berlin

Das Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick sitzt in Berlin-Schöneide und hat die Aufgaben politische Bildungsarbeit im Bezirk anzubieten und zivilgesellschaftliche Initiativen und Bündnisse zu vernetzen und in ihrer Arbeit zu unterstützen.

www.zentrum-für-demokratie.de



Chronik

106. Berlin-Wedding, 19. Oktober 2012

Ein 37-jähriger Inhaber eines Ladens in der Kameruner Straße wird gegen 18.00 Uhr von einem 51-jährigen Besucher, der eine Hakenkreuztätowierung auf der Brust trägt, rassistisch beleidigt, geschlagen und leicht verletzt.

Polizei Berlin, 20.10.2012

107. Berlin-Charlottenburg, 21. Okt. 2012

Gegen 2.30 Uhr wird ein 18-jähriger Angestellter eines Imbisses in der Joachimsthaler Straße aus einer Gruppe von vier Männern heraus rassistisch beleidigt und von einem 33-Jährigen mit beiden Händen gegen die Brust geschubst.

Polizei Berlin, 21.10.2012, Infoportal Charlottenburg-Wilmersdorf

108. Berlin-Prenzlauer Berg, 23. Okt. 2012

Ein 38-jähriger Mann wird gegen 6.30 Uhr in einem Lokal in der Greifswalder Straße von einem anderen Gast rassistisch beleidigt. Der 53-jährige bedroht ihn und andere Gäste mit einem Messer. Er wird aus dem Lokal gedrängt, wo die Polizei ihn später festnehmen kann.

Polizei Berlin, 23.10.2012

109. Berlin-Marzahn, 24. Oktober 2012

Gegen 22.30 Uhr wird ein 38-jähriger Mann an einer Straßenbahnhaltestelle in der Max-Hermann-Straße von einem 22-jährigen Mann rassistisch beleidigt, von hinten geschubst und dabei verletzt.

Polizei Berlin, 14.11.2012

110. Berlin-Prenzlauer Berg, 28. Okt. 2012

Gegen 12.00 Uhr wird ein 27-jähriger Mann von einem 41-jährigen auf der Storkower Straße rassistisch beleidigt und mit dem Kopf gegen die Stirn gestoßen.

Polizei Berlin, 14.11.2012

„Frau rutscht aus, Männer treten zu.“

Was ist passiert?

von Leo Yannick Wild, StandUp

Motiviert durch den Start des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Jahr 2006 hat das Land Berlin mit der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung eine dringend benötigte Beratungsstruktur für Diskriminierungen auf Grund der sexuellen und geschlechtlichen Identität geschaffen und damit Pionierarbeit geleistet. Schwule, lesbische, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen, die in Berlin wohnen, erhalten seit 2008 Beratung und Unterstützung.



Eine Frau, ca. 60 Jahre alt, rutscht im Winter bei Glätte aus, zwei Männer eilen zu Hilfe, wollen ihr aushelfen. Sie schauen sie an, treten zu, und laufen weg.

Das ist einer der Fälle aus der Antidiskriminierungsberatung der Schwulenberatung Berlin, die seit 2008 im Projekt StandUp Beratung und Unterstützung im Diskriminierungsfall bietet. Zielgruppen sind schwule und bisexuelle Männer, transgeschlechtliche Menschen sowie Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), sich aber nicht als schwul

oder bisexuell identifizieren.

Die oben genannte Passantin wurde körperlich misshandelt, weil die herbeieilenden Männer sie als transgeschlechtlich „befanden“ und transphobe Gewalt anwendeten. Sie stellte Strafanzeige gegen Unbekannt und machte eine Gewalterfahrung, von der besonders transgeschlechtliche Menschen betroffen sind – weltweit – auch in Deutschland und Berlin. Zahlen, die jährlich vom europäischen Dachverband „Transgender Europe“ (TGEU) und seinem Projekt „Transrespect vs. Transphobia“ erhoben werden, sprechen eine genauso deutliche Sprache wie andere Erhebungen; allein in Berlin wurden in den vergangenen zwei Jahren über 150 Diskriminierungsfälle von transgeschlechtlichen Menschen in den Beratungsstellen der Schwulenberatung, des Sonntags-Clubs, der Lesbenberatung und des LSVD bearbeitet, die gemeinsam das Berliner Netzwerk Lesben, Schwule, Transgender für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung bilden. Die Fälle handeln von Menschen, die körperliche Gewalt wie im obigen Beispiel erfahren haben, regelmäßig Beschimpfungen und Bedrohungen im öffentlichen Raum ausgesetzt sind oder im Gesundheitswesen oft so abschätzig behandelt werden, dass sie auf die nötige medizinische Versorgung lieber verzichten. Solche und andere Gewalt trifft viele, die vermeintlichen Normen scheinbar nicht entsprechen, aufgrund ihres Geschlechtsausdrucks, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Identität, körperlichen Befähigungen, Religion oder politischer Weltanschauung und anderer Merkmale abgewertet werden.

Mit größten Beschwerden kommt ein Mann in eine Zahnarztpraxis, eine Entzündung verlangt sofortige Behandlung; er füllt den Anmeldebogen aus, nimmt kurz darauf im Zahnarztstuhl Platz, der Arzt erscheint und weist ihm die Tür, man sei ein Ausbildungsbetrieb und seine Behandlung sei potentiell gefährdend – auf Grund seiner HIV-Infektion.

HIV-positive Menschen erfahren die Infektion immer noch als Diskriminierungsgrund, selbst im zahnmedizinischen Notfall. Im Jahr 2012 wurden von StandUp 81 Diskriminierungsfälle beraten, begleitet und dokumentiert; darunter über ein halbes Dutzend auf Grund einer HIV-Infektion. Wie funktioniert die Beratung? Ein_e Klient_in wendet sich mit einem Fall an das Projekt, im Gespräch mit dem Berater klärt er_sie die jeweiligen Bedürfnisse, z.B. nach Rechtsinformation, Begleitung zur Polizei, konfliktvermittelnden Gesprächen, sich auszusprechen, Stellungnahmen von diskriminierenden Einrichtungen anzufragen, etwa von Arztpraxen, Hausverwaltungen, Arbeitgeber_innen, Behörden u.a. Die Beratung ist parteilich, kostenfrei und empowernd, es können sich ihr mehrere Folgekontakte anschließen. Das Berliner Netzwerk Lesben, Schwule, Transgender für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung beriet in insgesamt 146 Fällen. Davon wurden ca. 45 Fälle von den Berater_innen als unmittelbar relevant für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingestuft. Die anderen Fälle betrafen Diskriminierungen, die nicht unter das AGG fallen, weil sie z.B. einen Straftatbestand

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

erfüllten bzw. gegen das TSG (Transsexuellengesetz) verstießen. Darunter Fälle häuslicher Gewalt oder die Missachtung der Geschlechtsidentität einer Person, z.B. am Arbeitsplatz, beim JobCenter oder in der Gesundheitsversorgung.

Über zehn Jahre lebt eine junge Frau in wechselnden WG-Konstellationen; als sie dem JobCenter eine nur zweitägige Honorartätigkeit bei einer Einrichtung für LSBTI (d.h. lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen) übermittelt, wird sie rüde aufgefordert, ihre „familiäre Bindung“ zu ihrer aktuellen Mitbewohnerin darzulegen. Die Argumentation des JobCenters: Gemeinsame WG-Kontos seien höchst ungewöhnlich.

Wie kann sie sich vor einer solchen stereotypen Kategorisierung schützen, wie dem JobCenter angemessen gegenüberzutreten, ohne auf dem Eindruck sitzenzubleiben, abwertend als lesbisch gelabelt zu werden und deshalb Eingriffe in ihre Privatsphäre angedroht zu bekommen? So die Frage der Klientin, der eine unmissverständliche Stellungnahme an das JobCenter folgte. Wie in diesem Fall thematisieren Klient_innen in den Beratungen ihre Ängste vor drohender und erlebter Diskriminierung. Nach wie vor gehen zahlreiche Beratungsgespräche über Diskriminierungsberatung im Sinne von Rechtsinformation und strategischer Planung hinaus. Die Beratungen zielen auf Stärkung (im Sinne von Empowerment) ihrer Handlungsstrategien gegen Diskriminierung ab und informieren über psychosoziale Begleitung und andere Formen der Unterstützung.

Die Initiative Sexuelle Vielfalt des Landes Berlin fördert seit 2010 u.a. Fortbildungsangebote für die Öffentliche Verwaltung, durchgeführt von der Schwulenberatung und ihren Kooperationspartner_innen Lesbenberatung, LSVD, Sonntags-Club und IVIM (Internationale Vereinigung intergeschlechtlicher Menschen). Ziel ist es, Wissen über LSBTI-Lebensrealitäten zu vermitteln, eigene und die Diskriminierungserfahrungen von anderen zu reflektieren und gutes Rüstzeug für die tägliche Berufspraxis zu geben, für einen kompetenten,



Chronik

111. Berlin-Steglitz, 29. Oktober 2012

Gegen 3.50 Uhr werden eine Frau und ihre Tochter, die in einem Haus der jüdischen Gemeinde mit vorwiegend jüdischen Familien wohnen, durch starke Schläge gegen ihre Wohnungstür geweckt. Mehrere Männer befinden sich im Treppenhaus und ein Mann versucht, die Tür aufzubrechen. Erst nachdem die Frau die Polizei gerufen hat, ziehen die Männer sich zurück. Eine Nachbarin hört, dass einer der Männer sagt: „Ich kriege euch alle“.

ReachOut

112. Berlin-Mitte, 4. November 2012

Zwei Personen werden gegen 2.30 Uhr in der U-Bahn auf der Linie 8 aus rassistischer Motivation von einem unbekanntem Mann geschlagen. Am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße spuckt er auf den Boden und äußert sich rassistisch bevor er die Bahn verlässt.

Polizei Berlin, 17.12.2012

113. Berlin-Charlottenburg, 5. Nov. 2012

Ein Mitarbeiter der Piratenfraktion, der sich mit dem Thema Flüchtlings- und Antifapolitik befasst, wird vor seiner Haustür unvermittelt von einem unbekanntem Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt.

ReachOut, Infoportal Charlottenburg-Wilmersdorf

114. Berlin-Tiergarten, 11. November 2012

Zwei 51-jährige Männer werden gegen 16 Uhr in der Straße Großer Tiergarten von einem Unbekannten homophob beleidigt und bedroht.

Polizei Berlin, 12.11.2012, Tagesspiegel, 12.11.2012

115. Berlin-Mitte, 17. November 2012

Ein 26-jähriger Mann wird auf der Weidendammer Brücke in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße gegen 3.30 Uhr aus homophoben Gründen von einem unbekanntem Mann zu Boden geschlagen.

Polizei Berlin, 17.12.2012

zugewandten Kontakt mit den Bürger_innen. Fälle wie der oben genannte im JobCenter sind damit nicht gänzlich aus der Welt zu schaffen, doch Teilnehmende übernehmen als Multiplikator_innen und Unterstützer_innen für Gleichstellungsbestrebungen eine wichtige Rolle für mehr Akzeptanz.

Nach einem Abend unter Kolleg_innen will eine Kollegin es ganz genau wissen und greift alkoholisiert einem Kollegen, den sie für transmännlich hält, an den Oberkörper. Sie fordert die Mitbewohnenden auf, ihr endlich „die Wahrheit“ über den Kollegen zu sagen. Er habe „so zarte Hände“ und überhaupt die „ganze Art“ – „so sind Männer doch nicht“.

Ein Fall aus der Beratungspraxis, der als Neugierde und menschliches Interesse verpackt daherkommt – doch in Wirklichkeit nur ein weiteres Beispiel für die Missachtung der Geschlechtsidentität eines Menschen ist – ob durch falsche Anrede, die Verweigerung, mit der Geschlechtsidentität übereinstimmende Dokumente auszustellen oder eben der Infragestellung des individuellen Geschlechtsausdruckes einer Person.

Als Beispiele guter Praxis seien an dieser Stelle noch einige Neuentwicklungen aus der Berliner Antidiskriminierungsarbeit für LSBTI genannt. Mit der Homepage www.lsbti-berlin.de hat das Antidiskriminierungsnetzwerk seit 2012 einen gemeinsamen Web-Auftritt in sieben Sprachen: Arabisch, Deutsch, Englisch, Farsi, Französisch, Polnisch, Spanisch und Türkisch. Das zugehörige Informationsvideo, dessen Schlüsselbotschaft ebenfalls mehrsprachig ist, zielt ausdrücklich auf Mehrzugehörigkeit ab und benennt weitere Merkmale, wie „chronisch krank“, „Migrant_in“, „Mutter“, „arbeitslos“, „religiös“. Um die Bedürfnisse von trans- und intergeschlechtlichen Menschen, die mehrfachzugehörig sind, besser in bestehende Beratungsangebote einzubinden, engagieren sich mehrere beratende und empowernde LSBTI-Organisationen wie Abqueer, GladT, Lesbenberatung, Schwulenberatung und TransInterQueer seit 2012 im Netzwerk Trans*Inter*Sektionalität (TIS), gefördert von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Mit der Plakat- und Postkartenkampagne „Ich bin mehr als du denkst“ thematisiert auch

TIS Vielfalt unter LSBTI, ob hinsichtlich der ethnischen Herkunft, Hautfarbe, des Alters, Geschlechts, der sexuellen Identität, Religion oder politischer Weltanschauung, einer Beeinträchtigung oder des sozialen Status – eine von zahlreichen Unternehmungen, um Mehrfachzugehörigkeit stärker ins Zentrum zu stellen. Ein anderes Beispiel dafür ist z.B. das „Netzwerk Anders Altern“ der Schwulenberatung, dessen Mehrgenerationen-Hausprojekt „Lebensort Vielfalt“ seit 2012 schwule und bisexuelle Männer beherbergt, deren sexuelle Identität über Jahrzehnte durch den §175 kriminalisiert wurde und die inzwischen – begleitet von einer Wohngemeinschaft für schwule Männer mit Pflegebedarf und dementieller Erkrankung – ein gemeinsames Leben im Alter ausgestalten.

Ebenfalls seit 2012 gibt es bei der Berliner Staatsanwaltschaft zwei Ansprechpartner_innen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (die wie die Ansprechpartner_innen bei der Berliner Polizei auch in Fällen transphober Gewalt tätig werden), bei denen Gewaltfälle zur Anzeige gebracht werden können.

Ein Ziel hinter den ausdifferenzierten Beratungs- und Unterstützungsangeboten für LSBTI im Diskriminierungsfall ist, der Dunkelziffer beizukommen; diejenigen zu erreichen, für die Übergriffe so alltäglich oder traumatisierend sind, dass sie auf Beratung, Unterstützung und Strafanzeigen verzichten, sie erst spät in Anspruch nehmen oder von den bestehenden Beratungsstrukturen noch nicht erfahren haben.



Stand up - Das Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin

Das Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin StandUp bietet Beratung und Unterstützung in Fällen von Diskriminierung, gefürchteter Diskriminierung, für schwule Männer, mit und ohne Transgeschlechtlichkeit, mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit HIV und Aids, schwule und bisexuelle Männer Of Color, MSM.

A black and white close-up portrait of a man's face. He has dark hair and is looking slightly downwards and to the left. The text "GENERALVERDACHT" is superimposed in white, bold, sans-serif capital letters across his eyes. The lighting is dramatic, with strong highlights on his forehead and nose, and deep shadows on the sides of his face and under his chin. The background is dark and out of focus.

GENERALVERDACHT

Gesetzliche Hürden und gezielte Einschüchterungen

von Sibyll Schulz, FPZ BALANCE

Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist nicht nur wenig bekannt, sondern, wie sich in der täglichen Arbeit mit Themen wie Reproduktion und Sexualität zeigt, teils sogar in Gefahr. In Deutschland zum Beispiel hat sich über die letzten Jahre beim Thema Schwangerschaftsabbruch gezeigt, wie gesetzliche Regelungen nach und nach verschärft worden sind – Frauen müssen sich zwangsberaten lassen, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen; sie müssen zwischen der Beratung und dem Eingriff Fristen einhalten und ähnliches.



In Bezug auf die beschriebenen Regelungen zum Thema Beratung will ich den österreichischen Arzt und Aktivistin für die sexuellen Selbstbestimmungsrechte von Frauen, Dr. Christian Fiala, zitieren: „Jede Form von Vorschrift oder Zwang ist abzulehnen, da es keinen Hinweis dafür gibt, dass derartige Maßnahmen hilfreich sind und sie zweitens davon ausgehen, dass Frauen nicht selbst entscheiden könnten, welche Form von Unterstützung hilfreich für sie ist.“ Es soll-

te das Ziel sein, Frauen ohne externe Einmischung und Vorgaben selbst entscheiden zu lassen, ob und wie sie einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen wollen.

Abgesehen von der Thematik des Schwangerschaftsabbruchs muss unter dem Aspekt der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen auch die Problematik der Kosten für Verhütungsmittel und das Notfallmedikament „Pille danach“ erwähnt werden. Deutschland liegt bei den Preisen für die Antibabypille im oberen Viertel unter den EU-Ländern. Länder mit höchsten Preisen wie Zypern und Irland bieten Ermäßigungen für sozial Schwache, hierzulande nur in einigen Bundesländern wie Berlin.

Das Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht, doch ist dieser menschenrechtliche Ansatz auch nach der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 noch wenig verbreitet – ebenso wie die Erklärung der weltweiten International Planned Parenthood Federation (IPPF) von 2008. Die sexuellen und reproduktiven Rechte sind danach sexualitätsbezogene Menschenrechte. Sie basieren auf einer Reihe von sexualitätsbezogenen Rechtsansprüchen, die aus den Rechten auf Freiheit, Gleichstellung, Privatsphäre, Selbstbestimmung, Integrität und Würde aller Menschen abgeleitet werden.

In Deutschland lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bei 1,46 in 2011 (2010: nur 1,39) und ist somit so hoch wie seit 1990 nicht mehr. Frauen bekommen ihr erstes Kind später, laut Statistik in 2010

mit etwa 29 Jahren. In den alten Bundesländern ist das Alter der Mütter bei Erstgeburten sogar um 5 Jahre seit den 70er Jahren gestiegen. Mehr Frauen bekamen zweite und dritte Kinder. Die Zunahme war hier stärker als bei den Geburten erster Kinder. Im Europavergleich (Angaben aus 2010) zählt Deutschland mit einer Geburtenrate von 1,4 Kindern weiterhin zu den Schlusslichtern in dieser Hinsicht (siehe Island: 2,2; Frankreich: 2,0; Schweden 1,98).

In der BRD lag die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2010 bei insgesamt 110.431, in 2011 bei 108.967. Es zeigt sich, dass die Zahl der Abbrüche in Deutschland abnimmt, und das seit Jahren, wobei Berlin lange Zeit eine Ausnahme war und im Vergleich zum deutschlandweiten Trend leichte Zunahmen verzeichnete. Allerdings scheint sich Berlin nun der allgemeinen Entwicklung anzupassen, denn 2011 gab es in der Hauptstadt 9.393 Schwangerschaftsabbrüche, 2010 waren es 9.503.

Rechtliche Einschränkungen und radikale Anti-Abtreibungs-Propaganda

In Deutschland gibt es noch immer eine Rezeptpflicht für die „Pille danach“ und damit ist es eines der wenigen Länder in Westeuropa, wo dies noch der Fall ist. Selbst katholisch geprägte Länder wie Spanien und Irland haben die Rezeptpflicht 2009 und 2010 abgeschafft. Die Kosten für das Notfallkontrazeptivum sind in Europa sehr unterschiedlich. In Deutschland liegen die Kosten für die „Pille danach“ zwischen 17 und 100 Euro. Hintergrund dafür sind zusätzliche Rezept- und Praxisgebühren oder gar Notdienstgebühren. Kosten erschweren den Zugang, auch zur Verhütung.

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

Internationale Untersuchungen bestätigen, dass der rezeptfreie Zugang zur „Pille danach“ keinerlei unverantwortliches Verhalten der Nutzerinnen, kein Missbrauch als generelles Verhütungsmittel zur Folge haben, zudem eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Jugendsexualität aus 2010 auf einen verbesserten Wissensstand junger Menschen bzgl. Verhütung und Anwendung von Verhütungsmitteln hinweist.

Doch nicht nur die Regularien im Bereich Schwangerschaftsabbruch und Verhütung sind eine Gefahr für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen, sondern auch die Aktivitäten radikaler Abtreibungsgegner_innen unterschiedlicher Professionen. Sie haben in den letzten Jahren zahlreiche Familienplanungszentren und Ärzt_innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, belästigt oder angezeigt. Der Vorwurf bestand unter anderem darin, dass das rechtlich vorgegebene Verbot von Werbung für Schwangerschaftsabbrüche zum Beispiel über die jeweiligen Homepages umgangen würde.

Vielfach wurden niedergelassene Ärzt_innen und Familienplanungszentren durch polizeiliche Anzeigen und gerichtliche Auseinandersetzungen unter dem Vorwand der unerlaubten Werbung für Schwangerschaftsabbrüche diffamiert bzw. als Tötungszentren öffentlich denunziert. Diesbezügliche Rechtsstreite wurden beispielsweise mit der Begründung der freien Meinungsäußerung eingestellt; eine Rechtsprechung hinsichtlich der Auslegung des § 219a StGB (Werbung für Schwangerschaftsabbruch) gab es bislang noch nicht. Bekannt geworden sind darüber hinaus die sogenannten „Gehsteigerberatungen“ von radikalen Abtreibungsgegner_innen vor gynäkologischen Praxen, bei denen Frauen, die in den Praxen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen, moralisiert werden. Radikale Abtreibungsgegner_innen versuchen mittels sogenannter „Beratungen“ Frauen in ihrer Entscheidung zu beeinflussen, ihnen das Recht auf eine selbstbestimmte Entscheidung zu nehmen.

Auch das Berliner Familienplanungszentrum (FPZ) BALANCE ist in der Vergangenheit von solchen Belästigungen betroffen gewesen. Im FPZ werden pro Jahr rund 1.000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt, ein Grund für viele radikale Abtreibungsgegner_innen, an das Zentrum, wie in den letzten Jahren mehrfach



Chronik

116. Berlin-Neukölln, 24. November 2012

Gegen 12.30 Uhr werden zwei Frauen in Gropiusstadt im Löwensteinring von einem 78-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Die 26-jährige Frau wird unvermittelt mit der Faust ins Gesicht geschlagen und ihrer 11-jährigen Schwester wird an den Haaren gerissen. Beide werden leicht verletzt.

Polizei Berlin, 25.11.2012, Div. Medien z.B.: Berliner Zeitung, 25.11.2012, Autonome Neuköllner Antifa

117. Berlin-Neukölln, 24. November 2012

Nach einer Demonstration von Neonazis gegen ein geplantes Wohnheim für Geflüchtete in Rudow greift ein bekannter Neonazi am S-Bahnhof Neukölln Gegendemonstrant_innen an und schlägt sie mit einem Regenschirm.

Autonome Neuköllner Antifa

118. Berlin-Kreuzberg, 6. Dezember 2012

Eine Verkäuferin in einem Geschäft in der Gitschiner Straße wird gegen 18.00 Uhr von einem Mann rassistisch beleidigt und mit einer Flasche in Richtung des Kopfes beworfen, aber nicht getroffen.

Polizei Berlin, 7.12.2012

119. Berlin-Reinickendorf, 8. Dez. 2012

Ein 30-jähriger Mann wird gegen 14.30 Uhr von einem unbekanntem Autofahrer rassistisch beleidigt, gestoßen, mit der Faust gegen das Jochbein geschlagen und dabei verletzt. Der 30-Jährige überquert mit seinen beiden Kindern einen Fußgängerüberweg an der Kreuzung Markstraße Ecke Holländerstraße.

Polizei Berlin, 9.12.2012

120. Bln-Hohenschönhausen, 20. Dez. 2012

Gegen 9.30 Uhr wird ein Schüler auf einem Schulhof in der Rüdickenstraße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt. Der Unbekannte hetzt einen Hund auf den Schüler, den eine Zeugin zurückhalten kann.

Polizei Berlin, 21.12.2012

geschehen, Beschwerdebriefe zu adressieren, dieses anzuzeigen oder sein Personal auf Internetseiten zu diffamieren. Auf www.babycaust.de wird das FPZ als Tötungszentrum diffamiert. Die Geschäftsführung und der Vereinsvorstand sind wegen vermeintlicher Werbung für Schwangerschaftsabbrüche angezeigt worden.

Aufklärung über Abtreibungsgegner_innen

Um solche Entwicklungen transparent zu machen und die Gefahren aufzuzeigen, die von radikalen Abtreibungsgegner_innen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit ausgehen, hat das FPZ im Jahr 2012 in Kooperation mit dem Netzwerk Sexuelle Selbstbestimmung die Dokumentation „Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner_innen im (inter)nationalen Raum“ im Verlag AG Spak Bücher herausgegeben.

Dem Netzwerk gehören verschiedene Organisationen wie der AKF (Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.) und der Humanistische Verband/Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. an. Aktiv ist das Netzwerk im Bereich Frauenrechte sowie sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung. Beispiele für das Engagement des Netzwerkes sind die Fachtagung „Sexuelle Selbstbestimmung – Realität oder Utopie? Das Recht auf reproduktive Gesundheit nach 20 Jahren Wiedervereinigung“, die 2011 im Roten Rathaus Berlin stattfand, sowie die Gegenkundgebung zum „Marsch für das Leben“ radikaler Abtreibungsgegner_innen in Berlin im Jahr 2012.

Dem FPZ als Herausgeber geht es nicht nur um das Transparentmachen kritikwürdiger, ja, gefährlicher Entwicklungen. Das Buch versteht sich darüber hinaus als notwendiges öffentliches Statement für die Wahlfreiheit von Frauen und als Aufruf, diese zu verteidigen – gerade vor dem Hintergrund einer hochgradigen und zunehmenden Tabuisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die dennoch verteidigt werden sollten. Sie gehören zu den fundamentalen Rechten von Frauen.

Für das FPZ lag eines der Hauptmotive für die Herausgabe der Dokumentation auch in der beschriebenen persönlichen Betroffenheit von Aktivitäten radikaler Abtreibungsgegner_innen und dem Wunsch, die verschiedenen juristischen Verfahren, die das Zentrum durchlaufen hat, darzustellen. Zugleich soll über

und mit dieser Darstellung deutlich gemacht werden, dass das Zentrum exemplarisch für „Betroffene“ (von Aktivitäten radikaler Abtreibungsgegner_innen) steht. Im Laufe der Beschäftigung mit dem Thema hat das FPZ zahlreiche im Bereich Schwangerschaftsabbrüche arbeitende und gerade deshalb zur Zielscheibe dieser Gruppierungen gewordene Praxen und Beratungsstellen kennen gelernt. Im Kontakt mit „Betroffenen“ wurde deutlich, dass sich viele scheuen, mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen und darüber kaum sprechen wollen.

Dies ist ein trauriges Indiz für die offenbar gelungene massive Einschüchterung, die radikale Abtreibungsgegner_innen mit ihren gezielten Aktivitäten bezwecken und erreichen.



Familienplanungszentrum Berlin BALANCE

Sybill Schulz ist Geschäftsführerin und Fachliche Leiterin im Familienplanungszentrum Berlin – FPZ BALANCE. Das FPZ ist eine Einrichtung, in der sowohl Beratung als auch medizinische Hilfe angeboten wird. Die Beratung beinhaltet die Sexualpädagogik, die psychologische Beratung zur Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft. Die medizinischen Hilfen umfassen die Versorgung im Bereich der Frauengesundheit und Familienplanung. Mit dem Konzept der integrativen Beratung und Versorgung im Bereich von Familienplanung und Sexualität ist das Familienplanungszentrum derzeit einzigartig in den neuen Bundesländern.



DURCHLÄSSIGKEIT

Politische Bildung

von Eberhard Seidel, SOR -SMC e.V.

Seit ein paar Jahren gehen MitarbeiterInnen der Landesämter für Verfassungsschutz in einer Reihe von Bundesländern wie selbstverständlich in Schulen und in der LehrerInnenfortbildung ein und aus. Sie kommen als ReferentInnen, um Kinder und Jugendliche sowie LehrerInnen über Rechts- und Linksextremismus oder über den Islamismus politisch zu bilden.



In Nordrhein-Westfalen betrachtet sich das Landesamt für Verfassungsschutz als ein normaler Anbieter von politischen Bildungsangeboten. Der VS qualifiziert nach dem „Top-Down-Prinzip“ MultiplikatorInnen wie SchulrätInnen und -leiterInnen, LehrerInnen und ReferendarInnen.

Aber auch Kinder und Jugendliche sind Zielgruppen seiner politischen Bildungsarbeit. Für diese erarbeitet der Verfassungsschutz in NRW pädagogische Materialien in Form der bekannten Andi-Comics zum Rechts- und Linksextremismus und Islamismus. Diese Bilderheftchen, mit denen man sich bei einer jungen Leserschaft andient, erreichen Millionenauflagen und werden bundesweit vertrieben. Das Landesamt erstellt auch die dazugehörigen Handreichungen für die LehrerInnen - gemeinsam mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen.

In Niedersachsen wurde 2005 die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft. Sehr schnell entstand

in der politischen Bildungslandschaft Niedersachsens ein Vakuum, das Innenminister Uwe Schönemann (CDU) mit einer innovativen Idee füllte. 2009 eröffnete er im Landesamt für Verfassungsschutz eine eigene Abteilung zur politischen Bildung, die „NEIS“, die Niedersächsische Extremismus-Informationstelle. Schon kurz nach ihrer Eröffnung hat die „NEIS“ alle Hände voll zu tun, denn die Nachfrage vor allem aus den Schulen ist groß. Anfragen kommen häufig auch aus „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ des Landes. Kein Wunder, sie beschäftigen sich intensiver als andere Schulen mit Rechtsextremismus, Islamophobie und Islamismus. Und sie suchen nach Informationen und kompetenten ReferentInnen, die möglichst nichts kosten sollen. Die „NEIS“ hat das zu bieten.

In einer Antwort auf eine kleine Anfrage vom Bündnis 90/ Die Grünen antwortet die Landesregierung Niedersachsen 2011: „Seit vielen Jahren wird der Verfassungsschutz in Schulen eingeladen, um Vorträge über Extremismus zu halten und zum Beispiel Projekttag zu begleiten. Mit Schulen werden seit 2008 auch Jugendkongresse durchgeführt.“

Politische Bildung oder Öffentlichkeitsarbeit?

Was hat der Verfassungsschutz an den Schulen zu suchen? KritikerInnen, wie der Autor dieser Zeilen, monieren, es gäbe für den Einsatz des Verfassungsschutzes als politisch Bildender an den Schulen keine Rechtsgrundlage und dort wo es sie gibt, steht die Legitimation auf schwachen Füßen. BefürworterInnen, wie zum Beispiel die Innenminister der genannten Länder, interpretieren den Einsatz als Teil des Auftrages, die Öffentlichkeit über Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zu informieren.

Politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit - das sind zwei sehr unterschiedliche Dinge. Natürlich muss es

den Verfassungsschutzämtern gestattet sein, auch in den Schulen über ihre Arbeitsweise und ihre Erkenntnisse im Extremismusbereich zu informieren. Das tut er bekanntlich bereits seit langem, vor allem in Form der Verfassungsschutzberichte, die zum Teil auch von den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben werden und auch in vielen Schulen genutzt werden. Aber diese Art der Information bzw. Öffentlichkeitsarbeit ist von politischer Bildung und von pädagogischer Arbeit zu unterscheiden. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, erklärt gegenüber der Frankfurter Rundschau den Unterschied folgendermaßen: „Das grundsätzliche Problem besteht in der Herangehensweise. Das A und O politischer Bildung ist: Sie erfordert immer Distanz zum Gegenstand und lässt das Urteil offen. Öffentlichkeitsarbeit ist naturgemäß interessensgeleitet.“ (FR, 28. Februar 2012, S.23). Bevor wir die Frage „Was hat der Verfassungsschutz an den Schulen zu suchen?“ vertiefen, möchten wir folgendes in Erinnerung rufen:

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde 1950 als Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik gegründet. In der Folgezeit haben die Länder vom Bund unabhängige Landesämter für den Verfassungsschutz eingerichtet. Die Trennung von Polizei und Verfassungsschutz wurde gesetzlich festgeschrieben. Das sogenannte Trennungsgebot besagt, dass für Nachrichtendienst und Polizei jeweils eigene, organisatorisch voneinander getrennte, Behörden geschaffen werden sollen, beide Einrichtungen eine unterschiedliche Aufgabenstellung haben und darüber hinaus mit unterschiedlichen Befugnissen agieren.

Die Aufgaben der Verfassungsschutzämter sind in Gesetzen geregelt. Zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden heißt es im § 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes wörtlich: „Sammlung, Auswertung von Informationen, Nachrichten und Unterlagen

SCHATTENBERICHTE AUS DEN INITIATIVEN

über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten.“ Von politischer Bildung ist nicht die Rede.

Der Verfassungsschutz ist aber noch aus weiteren Gründen nicht als politischer Bildner geeignet. Im Münchner Manifest, das den Titel „Demokratie braucht politische Bildung“ trägt, wurde am 26. Mai 1997 der Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentralen für politische Bildung für das 21. Jahrhundert festgeschrieben. Forderungen des Münchner Manifestes lauten: „Politische Bildung im öffentlichen Auftrag arbeitet pluralistisch, überparteilich und unabhängig. Die Zentralen für politische Bildung fördern die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger“. Dies alles gehört nicht zum Kerngeschäft und zu den Kernkompetenzen von Nachrichtendiensten.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal auf das von der Journalistin Jeannette Goddar mit Thomas Krüger geführte Interview in der FR vom 28. Februar 2012 zurückkommen und eine längere Passage daraus zitieren:

„Die Innenminister interpretieren den Einsatz von Referenten des Verfassungsschutzes an Schulen als Teil des Auftrags, die Öffentlichkeit über Erkenntnisse zu informieren. Nun könnte man sagen: Eine Wanderausstellung zu Rechtsextremismus ist ein anschaulich aufbereiteter Verfassungsschutzbericht, ein Vortrag in der Aula ein Referat darüber.

Krüger: Da wird der Begriff der Information aber sehr weit gefasst. Eine Ausstellung ist eigentlich etwas anderes und hat einen anderen pädagogischen Auftrag. Und was Vorträge in der Schule angeht, gilt: Im selben Maß, wie die Stundenzahl für politische Bildung in den Lehrplänen zurückgeht – und sie geht zurück! – beobachten wir, dass immer mehr Fachfremde eingeladen werden. Das ist im Prinzip legitim. Die Lehrer sind relativ frei darin, einzuladen, wen sie wollen.“

Wo ist die Grenze?

„Krüger: Zentral ist, dass der Verfassungsschutz keine federführende Rolle bekommt oder sogar vom Kultusministerium an die Schulen geladen wird. Wie andere – die Polizei, das Archiv der Jugendkulturen, ZeitzeugInnen – darf er immer nur eine Quelle sein. Einen guten Politiklehrer zeichnet aus, das Wissen, das diese Quelle mitgebracht hat, zu ergänzen, kontrovers zu



121. Berlin-Mitte, 22. Dezember 2012

In einer Tankstelle in der Holzmarktstraße wird ein 46-jähriger Mann von einem 24-Jährigen, der in Begleitung eines anderen Mannes ist, rassistisch beleidigt. Nachdem die beiden Männer die Tankstelle verlassen haben, kommt der 24-jährige Mann zurück und der 46-jährige Mann wird von ihm beworfen.

Polizei Berlin, 16.01.2013

122. Berlin-Charlottenburg, 31. Dez. 2012

Ein Mitarbeiter einer Diskothek wird gegen 0.50 Uhr von einem unbekanntem Mann mit einem Vorwand in die Toilette des Lokals gelockt. Zwei andere Männer halten ihn fest, während ein Mann ihn u.a. mit einer Glasflasche, die zerbricht, ins Auge schlägt. Alle drei Täter beleidigen ihn rassistisch. Der 40-jährige Mann wird schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Polizei Berlin, 2.01.2013, Div. Medien z.B.: Tageszeitung, 4.1.2013, ReachOut

diskutieren und Schüler dabei zu unterstützen, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden. Man kann auch andere einladen. Verfassungsschützer sind nicht die einzigen Experten in Sachen Rechtsextremismus.“ So weit die Position des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung.

Der Gesetzgeber in der Bundesrepublik Deutschland hatte also aus guten und nachvollziehbaren Gründen die nachrichtendienstlichen und bildungspolitischen Aufgaben voneinander getrennt. Und es gibt bis heute gute Gründe für ein „Trennungsgebot“ zwischen Verfassungsschutzämtern und der politischen Bildung. Wie sollte es auch anders sein? In einer funktionierenden Demokratie gibt es bewährte Institutionen und Träger der politischen Bildung: Dies sind die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, die Schulen und Universitäten, die ArbeiterInnenbildungsvereine, kirchliche und gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen, parteinahe Stiftungen, Jugendverbände und Vereine.

Problematisch wird die Verwischung der Grenzen zwischen den genannten Aufgabenbereichen aus demokratietheoretischer Sicht, wenn klassische Träger der politischen Bildung ihre Arbeit aufgrund von Mittelkürzungen nicht mehr wie gewohnt leisten können oder gar, wie in Niedersachsen, ganz einstellen müssen.

Wie weiter?

Über ihr Selbstverständnis und über die hier aufgezeigte Praxis in Ländern wie Niedersachsen, NRW, aber auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind sich die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz noch nicht in Gänze einig. Während sich das Bundesamt für Verfassungsschutz weiterhin als Inlandsgeheimdienst sieht, möchte sich der Verfassungsschutz in Niedersachsen, zumindest galt dies bis zum Regierungswechsel 2013, nicht mehr als Geheimdienst verstanden wissen, da er, wie der Leiter der „NEIS“ Stephan Walter angibt, gezielte Presse-, Informations- und Präventionsarbeit betreibt.

Auch auf einem Symposium des Innenministeriums NRW unter dem Titel „Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes“ im April 2009 wurde deutlich, dass der Nachrichtendienst mit seinen Bildungsangeboten für MultiplikatorInnen im „pädagogisch-präventiven Bereich“ zu

einer Agentur der Meinungsbildung geworden ist. Für die Verfassungsschutzleiterin in Brandenburg, Winfriede Schreiber, stellt sich auf dieser Tagung bereits nicht mehr die Frage, „ob wir diese Aufgaben haben, sondern nur die, wie wir diese Aufgabe immer wirksamer erfüllen“.

Eine öffentliche und kritische Debatte zu dieser Entwicklung findet so gut wie nicht statt.



Eberhard Seidel, Soziologe und Journalist, arbeitet und veröffentlicht zu Themen wie Rechtsextremismus, Islamismus, Migration und jugendliche Subkulturen, seit 2002 ist er Geschäftsführer von „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage e.V.“.



FAHNDUNG

Literatur

apabiz e.V./verdi Jugend (Hg.):
Aktiv gegen extrem rechte Zeitungen.
Berlin 2012.
Download unter: www.apabiz.de

Familienplanungszentrum BALANCE (Hg.):
Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner_innen im (inter-)nationalen Raum. Ist die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen heute in Gefahr?
Neu-Ulm 2012.

MBR/Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hg.):
Rechtsextremismus und Engagement im urbanen Raum.
Berlin 2013.
Download unter: www.mbr-berlin.de

Müller, Yves/Zilkenat, Reiner (Hg.):
Bürgerkriegsarmee: Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA).
Frankfurt 2013

Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen (Hg.):
Und Du?
Berlin 2012.
Download unter: www.adnb.de

ReachOut - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus (Hg.):
Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden: Antimuslimischer Rassismus – Diskriminierungs- und Gewaltverfahrungen von Menschen arabischer Herkunft.
Berlin 2012.
Download unter: www.reachout-berlin.de

Adressen

Amaro Foro e.V. - Jugendorganisation von Roma und Nicht-Roma

Weichselplatz 8
12045 Berlin
Tel.: 030 – 432 05 373
info@amaroforo.de
www.amaroforo.de

apabiz - Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin

Lausitzerstr. 10
10999 Berlin
Tel./Fax.: 030 - 611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de
www.blog.schattenbericht.de

Familienplanungszentrum - BALANCE

Mauritiuskirchstraße 3
10365 Berlin
Tel.: 030 - 236 236 80
Fax: 030 - 236 236 880
balance@fpz-berlin.de
www.fpz-berlin.de

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Georgenkirchstr. 69-70
10249 Berlin
Tel.: 030 - 2 43 44 57 62
Fax: 030 - 2 43 44 57 63
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.

Postfach 10 33 24
60316 Frankfurt
Tel.: 0 70 00 - 4 73 28 63
isdbund@isdonline.de
www.isdonline.de

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V.

Oranienstr. 159
10969 Berlin
Tel.: 030 - 614 94 00
Fax: 030 - 615 45 34
kontakt@kub-berlin.org
www.kub-berlin.org

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030 - 240 45 430
Fax: 030 - 240 45 319
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

Netzwerk gegen die Diskriminierung von Muslimen

Projektbüro:
c/o Inssan e.V.
Gitschiner Str. 17
10969 Berlin
Tel.: 030 - 20 61 96 39
antidiskriminierung@inssan.de
www.netzwerkdiskriminierung.de
Beratungsbüro:
c/o Antidiskriminierungsnetzwerk
Berlin des Türkischen Bundes in
Berlin-Brandenburg
Oranienstraße 53
10969 Berlin
Tel.: 030 - 61 30 53 28
Fax: 030 - 61 30 43 10
adnb@tbb-berlin.de
www.netzwerkdiskriminierung.de

ReachOut - Opferberatung und Bildung gegen Rechts- extremismus, Rassismus und Antisemitismus

Oranienstraße 159
10969 Berlin
Tel.: 030 - 695 68 339
Fax: 030 - 695 68 346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage

Ahornstr. 5
10787 Berlin
Tel.: 030 - 21 45 86 0
Fax: 030 - 21 45 86 20
schule@aktioncourage.org
www.schule-ohne-rassismus.org

StandUp - das Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin

Niebuhrstraße 59/60
10629 Berlin
Tel.: 030 - 23 36 90 80
l.wild@schwulenberatungberlin.de
www.lsbti-berlin.de

Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)

c/o Villa offensiv
Hasselwerder Str. 38-40
12439 Berlin
Besuchsadresse:
Michael-Brückner-Str. 1
Tel./Fax.: 030 - 654 87 293
zfdtk@t-online.de
www.zentrum-für-demokratie.de

Impressum

Berliner Zustände 2012
Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus

Herausgeber_innen
apabiz & MBR

VISDP
Christoph Schulze c/o apabiz e.V., Lausitzer Straße
10, 10999 Berlin

Gestaltung
Ute Langkafel, MAIFOTO

Fotos
Ute Langkafel, MAIFOTO

Druck
Drucktechnik Altona

Schutzgebühr
4 Euro



Senatsverwaltung
für Arbeit, Integration
und Frauen

be  **Berlin**

Diese Publikation wird Ihnen für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgebenden und Autor_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung auch in Teilen ist nur in nicht-kommerziellen Publikationen bei Angabe der Quelle sowie Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Bitte senden Sie uns im Fall der Weiterverarbeitung in anderen Dokumenten vorab die entsprechenden Passagen zur Autorisierung zu. Die Weiterverwendung in kommerziellen, insbesondere mehrwertsteuerpflichtigen Publikationen bedarf der ausdrücklichen schriftli-

chen Zustimmungen der Herausgebenden und Autor_innen. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen/verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seite verantwortlich. Entsprechende Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten

ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir entsprechende Links umgehend entfernen.

Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Beauftragten für Arbeit, Integration und Frauen des Berliner Senats. Wir danken den Fördermitgliedern des apabiz, die mit ihren Spenden die Erstellung dieser Publikation unterstützt haben.



AKTENVERNICHTUNG



BERLIN

IMMER

ZU

STÄNDE

2012

EIN SCHATTENBERICHT

über Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. - apabiz



mobile beratung gegen
rechtsextremismus berlin